



3. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 17. Januar 2002

Inhalt	Seite
Geschäftliches	
Liste der Dringlichkeiten _____	119 (A)
Begrüßung von Gästen	
Herr Altbundespräsident und Altvizerekanzler Scheel nebst Frau _____	83 (B)
Zur Geschäftsordnung (Vertagung der Wahl zum Senat, hilfsweise der Wahl des Senators für Stadtentwicklung)	
Abg. Zimmer (CDU) _____	82 (A)
RBm Wowereit _____	83 (B)
Abg. Gaebler (SPD) _____	83 (C)
Zur Geschäftsordnung (Vorziehen von TOP 10 D vor TOP 1)	
Abg. Henkel (CDU) _____	83 (D)
Abg. Gaebler (SPD) _____	84 (C)
Zur Geschäftsordnung (Stasi-Überprüfung der Senatsmitglieder)	
Abg. Ratzmann (Grüne) _____	84 (D)
Zur Geschäftsordnung (Einberufung des Ältestenrats)	
Abg. Goetze (CDU) _____	103 (D)
Abg. Wolf, Harald (PDS) _____	104 (A)
Zur Geschäftsordnung (Unterbrechung der Sitzung)	
Abg. Müller (SPD) _____	105 (B)

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Wahl			
des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und der Bürgermeister und der weiteren Mitglieder des Senats			
Abg. Dr. Stözl (CDU) _____	85 (B)	Drei Abgeordnete sowie deren Stellvertreter zu Mitgliedern der Gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftskommission mit Entscheidungsbefugnis für die Universitätsklinik in Berlin	
Abg. Müller (SPD) _____	87 (A)	– Drs 15/16 – _____	109 (B)
Abg. Dr. Rexrodt (FDP) _____	89 (A)	Ergebnis _____	121 (A)
Abg. Wolf, Harald (PDS) _____	91 (B)	Große Anfrage	
Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) _____	93 (D)	Kein Licht am Ende des Tunnels – „Abschirmung“ der Risiken von IBG und IBAG	
Abg. Hoffmann (CDU) _____	97 (A)	– Drs 15/90 – _____	109 (B)
Frau Schubert _____	99 (A)	Beschlussempfehlung	
Abg. Dr. Gysi (PDS) _____	99 (B)	Annahme einer Entschließung über Demokratie erhalten – Haushaltshoheit des Parlaments muss unverzüglich hergestellt werden	
Dr. Sarrazin _____	100 (B)	– Drs 15/97 – _____	109 (C)
Frau Dr. Knake-Werner _____	100 (D)	Beschluss _____	121 (A)
Abg. Dr. Flierl (PDS) _____	101 (B)	Vorlagen – zur Kenntnisnahme –	
RBm Wowereit _____	105 (B)	Entwurf eines Sechsten Staatsvertrages zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	
– Ergebnisse – _____	120 (A)	– Drs 15/72 – _____	109 (C)
Vereidigung			
der Mitglieder des Senats _____ 106 (A)			
Dank			
des Regierenden Bürgermeisters an die ausgeschiedenen Senatsmitglieder sowie an die Mehrheit der Mitglieder des Abgeordnetenhauses			
RBm Wowereit _____	106 (D)	Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	
Dank			
des Präsidenten an die Mitglieder der früheren Landesregierung			
Präsident Momper _____	107 (C)	– Drs 15/73 – _____	109 (D)
Wahlen			
Zwei Abgeordnete und deren Vertreter zu Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung Berliner Philharmoniker – Drs 15/10 – _____ 107 (D)			
Abg. Cramer (Grüne) _____	107 (D)	Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin	
Abg. Brauer (PDS) _____	108 (B)	– Drs 15/84 – _____	109 (D)
Ergebnis _____	120 (B)	Anträge	
Vier Abgeordnete sowie deren Stellvertreter zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Freien Universität Berlin			
– Drs 15/14 – _____	109 (A)	Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates	
Ergebnis _____	120 (C)	– Drs 15/86 – _____	109 (D)
Fünf Abgeordnete sowie deren Stellvertreter zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Humboldt-Universität zu Berlin			
– Drs 15/15 – _____	109 (A)	Veröffentlichung der Ergebnisse der Überprüfung auf Tätigkeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit	
Ergebnis _____	120 (D)	– Drs 15/87 – _____	109 (D)
		Einsetzung eines Ehrenrates	
		– Drs 15/88 – _____	110 (A)

Inhalt	Seite
Überprüfung von Mitgliedern der Landesregierung auf eine Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)	
– Drs 15/89 – _____	110 (A)
verbunden mit	
Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates	
– Drs 15/99 – _____	110 (A)
Abg. Cramer (Grüne) _____	110 (A)
Abg. Benneter (SPD) _____	111 (C), 112 (B)
Abg. Dr. Lindner (FDP) _____	112 (B)
Abg. Braun (CDU) _____	112 (C), 116 (B)
Abg. Nelken (PDS) _____	114 (A), 115 (C)
Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) _____	115 (A)
Abg. Ritzmann (FDP) _____	115 (D), 116 (C)
Beschluss _____	121 (B)
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden	
– Drs 15/91 – _____	116 (D)
verbunden mit	
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden	
– Drs 15/100 – _____	116 (D)
„Hochschulverträge einhalten – Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin“	
– Drs 15/98 – _____	117 (A)
verbunden mit	
Uneingeschränkter Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin statt Herabstufung zu einem Regionalkrankenhaus	
– Drs 15/102 – _____	117 (A)
Einsetzung von weiteren Ausschüssen	
– Drs 15/101 – _____	117 (A)
Abg. Mutlu (Grüne) _____	117 (B)
Beschluss _____	122 (A)
 Vorlage – zur Beschlussfassung –	
Entlastung wegen der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofs von Berlin im Haushaltsjahr 2000	
– Drs 15/66 – _____	117 (D)
 Persönliche Bemerkung gemäß § 65 GO Abghs	
Abg. Goetze (CDU) _____	118 (A)

(A) Präsident Momper eröffnet die Sitzung um 13.09 Uhr.

Präsident Momper: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich. Das gilt auch für die Vertreter der Medien, die heute in großer Zahl gekommen sind. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, so dass Sie den Verhandlungen auch mit der gebotenen Aufmerksamkeit folgen können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich auf das Verzeichnis der Dringlichkeiten hin. Über die Anerkennung der Dringlichkeit wird – wie immer – jeweils an der entsprechenden Stelle der Tagesordnung entschieden. Die Konsensliste liegt Ihnen heute nicht vor, weil es sie nicht gibt.

Dafür gibt es aber zwei Wortmeldungen zur Tagesordnung. Von der Fraktion der CDU gibt es zum Tagesordnungspunkt 1 eine Meldung. Herr Kollege Zimmer möchte vortragen. – Bitte schön, Herr Kollege Zimmer, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Zimmer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der heutigen Presse sind schwere **Vorwürfe gegen Herrn Senator Strieder**, die nicht nur unerträglich, sondern offensichtlich auch noch begründet sind, bekannt geworden. Diese zwingen uns dazu, heute einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen. Wir beantragen nämlich die **Vertagung der Wahl zum Senat**, hilfsweise der Wahl des Senators für Stadtentwicklung.

[Heiterkeit bei der CDU]

Aus der Presse ist bekannt, dass der Regierende Bürgermeister beabsichtigt, Herrn Strieder vorzuschlagen. Das Mindestmaß an politischem Anstand wäre wohl, wenn der alte und neue Regierende Bürgermeister Wowereit hier vor uns und vor den Augen der Öffentlichkeit die Zusage gibt, Herrn Strieder nicht für das Amt des Senators für Stadtentwicklung vorzuschlagen.

(B) [Dr. Flemming (SPD): Nicht zu fassen!]

Da er dies offensichtlich nicht zu tun gewillt ist, ist dieser Antrag zwingend notwendig. Artikel 56 der Verfassung von Berlin sagt, der Senat ist durch das Abgeordnetenhaus zu wählen. Wenn dies nicht nur eine leere Floskel sein soll – das Abnicken von Entscheidungen von irgendwelchen Parteigremien –, dann kann nach diesen schweren Vorwürfen, die nicht nur moralischer Natur sind, keine Wahl erfolgen.

Wir werden hier mit einem System konfrontiert, einem System des Geben und Nehmens.

[Doering (PDS): Das kennen Sie ja bestens!]

Die Berliner SPD mit ihrem Landesvorsitzenden Strieder ist tief im Sumpf versunken.

[Protestrufe von der SPD]

Es gibt ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass weitere hochrangige **SPD-Funktionäre** ebenfalls **Fonds gezeichnet** haben. Da sind die Namen Hans Görler und eben auch Peter Strieder programmatisch. Sie sind Teil und Produkt des Berliner Filzes.

[Liebich (PDS): Landowsky!]

Herr Görler wird sich bedankt haben als ehemaliger Staatssekretär in der Bauverwaltung, auf diesen lukrativen Posten befördert worden zu sein: nämlich bei der IBG, derjenigen Gesellschaft, die für die Fondsgeschäfte die operative Verantwortung getragen hat.

[Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

Hat er sich vielleicht bei Herrn Strieder mit Sonderkonditionen erkenntlich gezeigt? – Dem Vernehmen nach hat sich auch Dittmar Staffelt, der als SPD-Fraktionsvorsitzender seinerzeit auch im Aufsichtsrat gesessen hat, bei den Fondszeichnern eingereiht. Jetzt wird er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Wie man Gewinne optimiert, scheint er zu wissen.

(C) Die Liste der prominenten Sozialdemokraten lässt sich leider noch erheblich fortsetzen. Ich nehme an, dass der scheidende Justizsenator Wolfgang Wieland weiß, wovon ich rede. Die Mosaiksteinchen ergeben jetzt ein Bild, und mir läuft es schon jetzt eiskalt den Rücken hinunter, wo nur ein kleiner Zipfel des Vorhangs gelüftet wird, den Sie über Ihr System der Selbstbereicherung gedeckt haben.

[Gelächter bei der PDS]

Sie als Bausenator haben über den Wert von Grundstücken in Berlin durch Ihre Maßnahmen und politischen Vorgaben mit entschieden. Schließlich lagen die Investments in dem LBB-8-Fonds, bei dem Herr Strieder Anteile für 80 000 DM gezeichnet haben soll, nicht irgendwo in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch hier, in Mitte und in Pankow.

[Gaebler (SPD): Zur Geschäftsordnung!]

Sie als Aufsichtsratsmitglied haben Pflichten gehabt. Sie haben sie immer noch. Es gibt eine Treuepflicht des Aufsichtsrates, nicht gegen die Interessen der Gesellschaft zu handeln. Mit den in der Geschichte der Banken wohl einmaligen Konstruktionen der Fonds wurde bereits massiv gegen diese Interessen verstoßen. Ich habe Sie, Herr Strieder, und auch Frau Fugmann-Heesing mehrmals in diesem Saal hier gefragt, warum Sie nichts getan haben, um dies zu verhindern. Ich glaube, jetzt die Antwort zu kennen: Stichwort Insiderwissen.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Präsident Momper: Herr Kollege! Bitte vergessen Sie nicht, dass Sie einen Geschäftsordnungsantrag begründen und nicht in der Sache sprechen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

(D) **Zimmer (CDU):** Das ist richtig, Herr Präsident, ich rede zur Sache, weil die Wahl eines Mitglieds des Senats mit eine der vornehmsten Pflichten des Parlaments ist. Und ich glaube, es ist nur dann möglich, wenn diese Entscheidung in Kenntnis aller Umstände getroffen wird, deswegen unser Vertagungsantrag.

[Beifall bei der CDU]

Stichwort Insiderwissen: Ob Sie die Tatsachen, die Ihnen auf Grund im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, ausgenutzt haben, Herr Strieder, das muss geklärt werden, bevor Sie gewählt werden.

[Beifall des Abg. Dr. Steffel (CDU)]

Ich sage nicht, dass hier § 12 Wertpapierhandelsgesetz hier tatsächlich anwendbar ist, aber der Schutzzweck der Norm ist doch wohl das Entscheidende, nämlich Interessenkollisionen zu vermeiden. Darum geht es hier.

Sie sind ja nicht nur Mitglied im Bankgesellschafsaufsichtsrat, der Zeitraum ist bekannt – sie werden ja nicht müde, darauf hinzuweisen, dass es noch nicht so lange ist –, man fragt sich jetzt aber, warum Ihnen das so wichtig war. Ich möchte Ihnen nicht unterstellen, dass Sie dort etwas verdunkeln wollten, aber hatten Sie nicht höchstpersönliche Interessen? Haben Sie deswegen Frau von Friesen aus dem Aufsichtsrat hinausgedrängt, die dort eigentlich hineingehört hätte als Wirtschaftssenatorin?

[RBm Wowereit: Unglaublich!]

Waren Sie nicht im Aufsichtsrat der Landesbank? Es handelt sich um Landesbankfonds, auch wenn diese von der IBG verwaltet wurden. Diese sind der Grund für das Dilemma der Bankgesellschaft des Landes Berlin. Durch die Landesbank ist es wegen der Gewährträgerhaftung dieses Institutes unmöglich, sich der Fondsgeschäfte und deren Garantien ohne weiteres zu entledigen mit den bekannten Folgen für den Haushalt des Landes Berlin. Diese Fonds haben tiefe Löcher gerissen, waren mit Garantien ausgestattet, die unvorstellbar sind. Sie führen dazu,

Zimmer

- (A) dass die Berliner Steuerzahler die Zeche zahlen. Sie alle, wir alle zahlen mit unserem Geld die persönliche Steuerersparnis von Herrn Strieder,

[Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

von der er glaubt, dass sie wegen der bereits genannten Garantien völlig risikolos sein würden.

[Beifall bei der CDU –
Frau Michels (PDS): Unterstellungen!]

Fragen über Fragen, die beantwortet werden müssen, bevor dieses Parlament eine verantwortliche Entscheidung über den Senat fällen kann:

[Pewestorff (PDS):
Er nutzt die Geschäftsordnung brutal aus!]

z. B. die Frage, warum Frau Krajewski als Finanzsenatorin nicht mehr zur Verfügung steht. Was genau ist passiert, als Frau Krajewski zunächst ankündigte, die Fondsgeschäfte der IBG unter die Lupe zu nehmen, am nächsten Tag aber erklärte, nicht mehr für das Amt der Finanzsenatorin zur Verfügung zu stehen?

Präsident Momper: Herr Kollege! Kommen Sie zum Schluss, bitte!

Zimmer (CDU): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Ich kann die PDS an dieser Stelle nur noch fragen: Wie können Sie mitwählen? Waren Sie, Herr Wolf, nicht einer derjenigen, die die Aufklärung und Übernahme der Verantwortung vehement betrieben und eingefordert haben?

[Wolf, Harald (PDS): Schuld sind diejenigen,
die die Fonds aufgelegt haben!]

Ich kann Sie und uns alle, die wir Verantwortung für das Wohl Berlins tragen, nur auffordern, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Niemand kann heute ernsthaft bei der Wahl Herrn Strieder das Vertrauen aussprechen. – Vielen Dank!

- (B)

[Beifall bei der CDU]

Präsident Momper: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem Regierenden Bürgermeister das Wort gebe, möchte ich nicht versäumen, in unserer Mitte Herrn Altbundespräsident und Altvizkanzler Scheel und Frau Scheel sehr herzlich zu begrüßen.

[Allgemeiner Beifall]

Es ist eine große Freude und eine Ehre, dass Sie heute an der Sitzung teilnehmen und zuhören.

Dann hat der Regierende Bürgermeister um das Wort gebeten, und das hat er jetzt auch. – Bitte schön, Herr Wowereit!

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht Praxis des Senats, sich in Geschäftsordnungsdebatten des Parlaments einzumischen.

[Zuruf von der CDU: Warum machen Sie es dann?]

Aber ich muss sagen, Herr Zimmer, was Sie hier behauptet haben in einer infamen Art und Weise,

[Ah! von der CDU]

da interveniere ich von Seiten des Senats und weise die unberechtigten, haltlosen, überhaupt nicht substantiierten Vorwürfe, die Sie als Tatsachenbehauptungen hingestellt haben, aufs Schärfste zurück.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Dieser „Morgenpost“-Artikel entbehrt jeder Grundlage. Und wenn Sie genau gelesen haben, dann wissen Sie, dass substantiell noch nicht einmal ein Vorwurf im Ernst erhoben wurde.

[Zuruf des Abg. Henkel (CDU)]

Was Sie hier konstruiert haben, bis hin zu dem Verzicht der Finanzsenatorin, ist unglaublich. Bei allem Respekt vor politischen Debatten – Sie können darüber debattieren, ob Sie diese Regierung haben wollen oder selber gerne Senator hätten werden wollen –, aber in dieser Art und Weise ein Senatsmitglied über einen Geschäftsordnungsantrag zu diffamieren, das weise ich aufs Schärfste zurück.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Dr. Steffel (CDU): Gerade! –
Weitere Zurufe von der CDU]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Zur Geschäftsordnung hat nun Herr Gaebler von der Fraktion der SPD das Wort!

Gaebler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich üblich, dass solche Anträge vorher im Ältestenrat angekündigt und besprochen werden bzw. dass sie dann wenigstens zwischen den Fraktionen angekündigt werden. Dass dies hier nicht passiert ist, zeigt, dass es hier lediglich um eine Shownummer und kein tatsächliches Anliegen geht, was einer geschäftsordnungsmäßigen Behandlung bedürfte.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Insofern erspare ich mir jetzt auch längere Begründungen. Ich glaube, der Antrag spricht gegen sich selbst, deshalb bitte ich, den Antrag mit der SPD gemeinsam abzulehnen.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Czaja (CDU)]

Präsident Momper: Das Wort hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Ratzmann! So ist mir gemeldet worden.

[Zurufe]

Zur Geschäftsordnung ist doch schon gesprochen worden.

[Ratzmann (Grüne): Ich habe einen neuen Antrag!]

– Wenn Sie einen weiteren Antrag haben, dann warten Sie erst einmal, wir besprechen erst diesen zu Ende.

Es ist hier der Antrag von der Fraktion der CDU gestellt worden, den Tagesordnungspunkt „Wahl“ abzusetzen. Über diesen Antrag stimmen wir jetzt ab. Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren die Mehrheit, bei Enthaltung der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt worden.

Es gibt Weiteres zur Geschäftsordnung. Der Kollege Henkel von der Fraktion der CDU möchte sprechen zu Tagesordnungspunkt 10 D. – Bitte, Sie haben das Wort!

Henkel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat heute hier den Antrag eingebracht, die Mitglieder der Landesregierung auf eine Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit überprüfen zu lassen. Im Grunde genommen ist es fatal, dass wir ausgerechnet über solch einen Antrag eine Geschäftsordnungsdebatte führen müssen. Auf den ersten Blick wird man sagen: Das ist doch nichts Neues. Das wurde immer so gehandhabt. Das hat der Regierende Bürgermeister immer praktiziert. – Klaus Wowereit hat auch dieses Mal gesagt, das er von dem Verfahren nicht abweichen wolle. So gut, so schön.

Die Ausführungsvorschrift über eine Überprüfung von Dienstkräften des Landes Berlin auf eine Tätigkeit bei der Staatssicherheit aus dem Jahr 1993 besagt nichts über eine **Veröffentlichung der Ergebnisse**, und genau darum geht es. Wir wollen, dass die Ergebnisse der Überprüfung dem Abgeordnetenhaus

Henkel

- (A) bis zum 1. März dieses Jahres vorgelegt werden. Dies ist zum einen nur konsequent, weil die Mitglieder des Senats des Vertrauens der Abgeordneten bedürfen und zum anderen in dieser Sache keine anderen Maßstäbe anzulegen sind als bei jedem Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Angesichts der heute hier zur Wahl stehenden Personen halten wir ein solches Verfahren für mehr als geboten.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wir lassen uns dabei auch von niemandem einreden, eine solche Angelegenheit sei ein reines Ost-West-Thema. Mitnichten ist es das. Denn es geht eben nicht nur um den letzten SED-Vorsitzenden,

[Pewestorff (PDS): Zur Geschäftsordnung reden!]

der heute vermutlich zum Senator gewählt werden wird, sondern wir haben den Gipfel der Geschmacklosigkeit hier noch zu erleben, wenn uns ein ehemaliges DKP-Mitglied nachher zur Senatorin vorgeschlagen wird.

[Beifall bei der CDU und der PDS]

Ich weiß, dass Sie angesichts des heutigen Wahlakts nervös sind und ein schlechtes Gewissen haben. Ich kann das nachvollziehen, aber lassen Sie mich einfach ausreden.

[Gelächter bei der PDS –
Zuruf von der PDS: So ein Schwachsinn!]

Es ist auch deshalb kein Ost-West-Thema, wenn man bedenkt, dass drei von fünf Anwerbungsversuchen der Stasi in der damaligen DDR und Ostberlin gescheitert sind.

[Pewestorff (PDS): Zur Sache!]

– Ich rede zur Sache. Sie müssen nur zuhören.

- (B) [Pewestorff (PDS):
Das ist es ja! Sie reden zur Sache!]

Die Überschrift über unseren Antrag lautet ganz einfach „Gerechtigkeit und Transparenz“.

Präsident Momper: Herr Kollege! Darf ich auch Sie daran erinnern, dass Sie zur Geschäftsordnung und nicht zur Sache sprechen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Der Sachzusammenhang mit der Begründung muss für einen durchschnittlich intelligenten Menschen immer erkennbar sein.

[Gram (CDU): Da haben Sie Schwierigkeiten,
Herr Momper!]

Henkel (CDU): Das traue ich Ihnen durchaus zu, Herr Präsident! Deshalb lassen Sie mich die letzten Sätze zu Ende bringen, dann sind wir damit durch. – Dabei ist es nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, gleiche Maßstäbe bei Vorgesetzten von Senatsverwaltungen anzulegen wie bei anderen Bediensteten der öffentlichen Verwaltung, nein, es ist auch und gerade vor allem eine Frage von Transparenz. Natürlich hat die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, inwieweit Mitglieder der Landesregierung mit dem Schild und dem Schwert der SED, der Stasi also, kooperiert haben. Die jüngsten Presseberichte in diesem Zusammenhang über Gregor Gysi lassen hier Schlimmes befürchten. Um so mehr darf dieser Antrag nicht in irgendwelche Aufschüsse überwiesen werden, sondern hierüber muss nach unserer Überzeugung heute und jetzt, das heißt vor der Wahl des Senats, abgestimmt werden. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Präsident Momper: Zur Geschäftsordnung hat der Herr Kollege Gaebler von der Fraktion der SPD nunmehr das Wort!

- (C) **Gaebler (SPD):** Ich weiß nicht, ob dies eine Einstimmung auf die neue Legislaturperiode ist, dass wir zu Beginn der Sitzung eine Reihe von Geschäftsordnungsanträgen haben, bei denen die inhaltliche Debatte vorweggenommen wird. Ich glaube, dies wäre kein guter Stil und sollte nicht zur Regel werden.

[Beifall bei der SPD]

Deshalb werde ich wie auch beim vorherigen Antrag nicht zur Sache reden.

[Dr. Steffel (CDU):
Sie sollten ruhig einmal zur Sache reden!]

Es geht hier um die geschäftsordnungsmäßige Frage, ob es sinnvoll ist, diesen Antrag vor der Wahl des Senats zu behandeln oder nicht. Das ist weder aus dem Antrag erkennbar noch aus dem Sachzusammenhang. In dem Antrag heißt es, eine Überprüfung finde statt und irgendwann werde berichtet. Sie haben hier nicht beantragt, die Senatswahl abzusetzen, das wäre auch etwas abwegig. Wir sehen deshalb keinen Grund, einer solchen Änderung der Tagesordnung zuzustimmen, die im Übrigen lange vorher diskutiert und festgelegt worden ist – auch mit Ihrer Zustimmung im Ältestenrat. Deshalb bitte ich darum, den Antrag abzulehnen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege Gaebler! – Meine Damen und Herren! Von dem Kollegen Henkel ist für die Fraktion der CDU der Antrag gestellt worden, den Tagesordnungspunkt 10 D vor den Tagesordnungspunkt 1 vorzuziehen.

Wer diesem Antrag der Fraktion der CDU die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Danke schön! – Enthaltungen? – Das ist mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der Grünen und der Fraktion der PDS, bei einer Enthaltung und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP abgelehnt. – Bitte? – Ein paar Grüne mehr noch. Ich bitte um Nachsicht. (D)

Nunmehr hat das Wort zur Geschäftsordnung der Kollege Ratzmann, bitte!

[Dr. Rexrodt (FDP): Der Herr Ratzmann! –
Ratzmann (Grüne): Ich bin immer
für eine Überraschung gut! –
Dr. Rexrodt (FDP): Das weiß ich! –
Ratzmann (Grüne):

Ich weiß, dass Sie das wissen, Herr Rexrodt!]

Ratzmann (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantrage, die Geschäftsordnung des heutigen Tages dahin zu ändern, dass vor Eintritt in die Wahl des Senats den einzelnen zu wählenden Senatorinnen und Senatoren die Gelegenheit gegeben wird, eine Erklärung darüber abzugeben, ob sie mit der Veröffentlichung der Ergebnisse ihrer Überprüfung im Hinblick auf Verstrickungen in MfS-Tätigkeiten einverstanden sind. Wir haben eine bestehende Rechtslage – aus meiner Sicht ist es nicht notwendig, Tagesordnungspunkt 10 vorzuziehen –, die den Haken hat, dass die Veröffentlichung der Überprüfungsergebnisse von der Zustimmung der einzelnen Betroffenen abhängig ist. Deshalb halten wir es für notwendig, im Hinblick auf die Wahl zu erfahren, ob die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten mit der Veröffentlichung einverstanden sind.

Aus unserer Sicht ist dies etwas anderes, als die CDU-Fraktion beantragt hat. Wir halten es für notwendig, die größtmögliche Transparenz vor der Wahl herzustellen, und bitten deshalb darum, diese Erklärung vor der Wahl zu erhalten. Wir brauchen nicht darüber debattieren, ob es sich herbei um ein Thema in der Stadt handelt. Es ist bereits breit behandelt worden, und die Berlinerinnen und Berliner haben gewählt in Kenntnis dieser Debatte und dieses Problems. Alle haben gewusst, dass, wer die PDS wählt, nicht nur einen Anwalt in den Senat bekommt, sondern eventuell auch noch einen „Notar“.

[Heiterkeit bei der CDU und der FDP]

Ratzmann

- (A) Es ist aber auch bekannt, wie in der Vergangenheit mit diesen Veröffentlichungen umgegangen worden ist. Deshalb ist es für uns nötig, die Sicherheit zu haben, dass Transparenz nicht in der altbekanntesten Weise verhindert, sondern hier klar das Bekenntnis abgegeben wird, dass die Überprüfungsergebnisse auch veröffentlicht werden können. – Danke!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Momper: Herr Ratzmann! Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es nicht unserer Beschlussgewalt unterliegt, was Senatoren oder künftige Senatoren öffentlich machen oder nicht. Damit handelt es sich nicht um einen abstimmungsfähigen Geschäftsordnungsantrag.

[Dr. Lindner (FDP): Das ist doch Unsinn! –
Krestel (FDP): Das wird ja immer schlimmer! –
Frau Dr. Klotz (Grüne): Es gibt auch eine Erklärung
des Regierenden Bürgermeisters! –
Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

Es ist eine Aufforderung an die Kandidatinnen und Kandidaten, das zu machen. Den Kandidatinnen und Kandidaten wird nachher ohnehin Gelegenheit gegeben, sich persönlich vorzustellen. Wer zu diesem Thema Stellung beziehen mag, der kann das tun. Abstimmungsfähig ist das nicht.

Ich rufe nunmehr auf

Ifd. Nr. 1:

**Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin
und der Bürgermeister und der weiteren Mitglieder
des Senats**

Bevor wir in die allgemeine Aussprache eintreten, verlese ich Ihnen ein Schreiben des Vorsitzenden der Fraktion der SPD vom 15. Januar 2002:

- (B) Sehr geehrter Herr Präsident,

im Namen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei des Abgeordnetenhauses von Berlin schlage ich Herrn Klaus Wowerit für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Müller
Vorsitzender

Andere Vorschläge höre ich nicht.

Damit können wir in die allgemeine Aussprache zur heutigen Wahl des Senats eintreten. Der Ältestenrat empfiehlt pro Fraktion eine Redezeit von bis zu 20 Minuten bei freier Aufteilung auf die Redebeiträge. Bei Überschreitung dieser Redezeit werden wir dies vom Präsidium aus großzügig beachten. Dazu höre ich keinen Widerspruch.

An Wortmeldungen liegt mir vor Herr Professor Stölzl für die Fraktion der CDU. – Bitte schön, Herr Professor Stölzl!

Dr. Stölzl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! An diesem scheinbar großen Tag der Sozialdemokratie, den wir noch gekannt haben, als er ganz klein angefangen hat, mit Wortbruch und Wankelmut, an diesem Tag, den wir einmal wiedersehen werden, wenn er wieder ganz klein ist – wonach fragen wir heute? – Wir fragen nicht nach den Winkelzügen der Tagespolitik. Wir fragen nicht nach der allzu menschlichen Dialektik von Ethik und Ehrgeiz, von Leichtsinn und Versorgungsdenken bei den Akteuren. Uns ist es heute wie gestern gleichgültig, ob die Spielmacher aus Damen- oder Herrenschuhen trinken, wenn sie einmal über die Stränge schlagen. Wir fragen nicht einmal nach den Namen, weil das Auge der Geschichte, das auf Berlin blickt, in anderen Dimensionen misst als aufgeregte Zeitungleser. Wonach wir fragen, das ist der

- historische Sinn des Moments. Was geschieht heute? – Die Zuschauer aus aller Welt antworten: Heute sperrt die Sozialdemokratie dem **Kommunismus** die **Tür zur Macht in Deutschland** wieder auf. (C)

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Aber was heißt das? Ist der Kommunismus als historische Bewegung nicht längst tot, untergegangen mit der Roten Armee, zahnlos, ungefährlich, ein Kindergespens? – An diesem Tag, der in seiner Bedeutung schillernd ist wie noch jeder Schicksalstag, sagen wir: Mag vielleicht alles sein. Aber demokratische Politik, die den Namen verdient, fragt zuerst nach **Glaubwürdigkeit** und historischer **Moral**. Die Bewusstlosigkeit der Spaßgesellschaft ist der Tod von verantwortlicher Politik.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Und darum gilt: Solange sich Menschen mit aufrechtem Gang in Berlin erinnern, werden sie beim Wort „Kommunismus“ im Zorn zurückblicken, denn die große Erzählung von der Stadt Berlin hat ein einziges Thema, es heißt „Freiheit“. Es ist der Pulsschlag der Freiheit, es sind ihre Atemzüge, die Berlin machen. Kampfplatz der Freiheit gewesen zu sein, stellvertretend für Deutschland, das ist der Ehrentitel unserer Stadt.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Heute wählen die Sozialdemokraten eine Partei zurück an die Macht, die vor der großen Sturmflut der europäischen Freiheit im Jahr 1989 ein Bollwerk der Unfreiheit gewesen ist. Die Partei trug damals einen anderen Namen, und das Handbuch des Abgeordnetenhauses legt nahe, sich mit dem Kürzel „PDS“ zu begnügen. Aber eine Bewegung, die als Kommunismus Weltgeschichte gemacht hat, sollte eigentlich stolz darauf sein, mit dem Jahrhundertbegriff angeredet zu werden, der ihr früher heilig war. Hüten werde ich mich, die heutige Partei mit der damaligen einfach gleichzusetzen, auch wenn sie von sich selbst sagt, dass 94 % ihrer heutigen Mitglieder auch damals dabei waren. Am demokratischen Bekenntnis meiner Parlamentskollegen zu zweifeln, liegt mir fern. Aber eine große historische Partei ist viel mehr als die Summe ihrer Individuen. Sie ist kein harmloses Etikett. Sie ist ein Symbol. Sie transportiert eine tief verwurzelte Tradition. Sie wirft einen Schatten, dem niemand entrinnt, solange er nicht mit der Partei bricht. (D)

[Beifall bei der CDU und der FDP]

In diesen Tagen geben Sozialdemokraten nach Jahrzehnten der Mitgliedschaft ihr Parteibuch zurück, weil ihre Partei heute mit dem Kommunismus paktiert. Vor zwölf Jahren – damals, als die deutsche Revolution binnen Wochen die Totenstarre des Sozialismus aufbrach – wäre man verlacht worden, hätte man dergleichen prophezeit.

[Beifall bei der CDU]

Aber nun ist es geschehen. Wirklich erklären kann man es niemandem. Oder nur Menschen mit Kurzzeitgedächtnis, die bei den Buchstaben SPD nur an einen roten Schirm auf der Straße denken und nichts von der ehrwürdigen und ältesten deutschen Partei wissen, die mit ihrem Herzblut an unserer gemeinsamen Geschichte von Einigkeit und Recht und Freiheit mitgeschrieben hat.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Warum tun die das, ruft man uns aus Deutschland überall fassungslos zu. Und erntet Rauchzeichen aus dem politischen Kiez: Mit diesem CDU-Kopf geht es nicht, mit jenem FDP-Programm nicht, mit diesem grünen Starrsinn erst recht nicht. – Rauchzeichen, morgen verweht, gewichtslos auf der Waage der Geschichte! Steckt denn vielleicht ein heimlicher Traum vom gemeinsamen Sozialismus dahinter, die Berliner SPD als Avantgarde einer Versöhnung der seit 1919 tödlich verfeindeten Geschwister der Arbeiterbewegung? – Ach was! Gemessen am theorieleeren anything goes der Berliner SPD wundert man sich fast darüber, wie viel Begründungsmühe sich die Sozialdemokratie 1987 mit ihrem SED-Annäherungspapier gemacht hat.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Dr. Stölzl

(A) Was niemand versteht, legitimiert sich am besten durch Phrasen: Schlussstrich, Schwamm drüber, Tür zu, das Leben geht weiter. – Manchen Sozialdemokraten ist solche Amnesie peinlich, sie glauben dafür allen Ernstes an Entschuldigungsformulare, wo der Schlussstrich von moralischen Schnörkeln umrahmt wird.

An diesem Tag der großen Selbstbeschwichtigung sage ich: Der Geist der Geschichte pfeift auf Papiere und Entschuldigungen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Er vergisst nichts. Kein „Schwamm drüber!“ wischt das an der Mauer vergossene Blut der Unschuldigen ab.

[Beifall des Abg. Hahn (FDP)]

Kein Schlüssel sperrt die Stimmen der Erinnerung weg, die tausendfältig gegen enteignetes Leben protestieren. Ich sage: Der Mensch wird geboren, um die Schwingen auszubreiten und fliegen zu lernen über das Enge und Kleine hinaus. Dass der deutsche Kommunismus dies vor allem anderen den Menschen auszutreiben getrachtet hat, bleibt seine Hauptsünde. Kein Kalter Krieger, sondern Deutschlands bedeutendster Lyriker der Gegenwart, Durs Grünbein, hat jüngst seine Jugend in der DDR mit einer vernichtenden Bilanz beschrieben:

Alle schlechten Eigenschaften des modernen Menschen fanden sich hier kollektiviert und in den Rang gesellschaftlicher Notwendigkeiten erhoben, die geistige Ignoranz . . . die Denunziation des Nächsten, das dumme Geschwätz . . . die Borniertheit [und der] Kadavergehorsam.

Ist das nun Schwarzmalerei? – Natürlich gelang auch etwas in der DDR. Natürlich haben Millionen von Menschen ein Leben in Würde und Anstand gelebt, nur waren es Würde und Anstand trotz und gegen SED und Staatssicherheit. Was in Leben, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft Positives geschaffen wurde, war in Leidenschaft und List dem Staatssozialismus abgerungen. Dies sind die Biographien, vor denen wir uns in Hochachtung verneigen. Wir sagen zur Präambel der Koalitionsvereinbarung: Die PDS hat nicht das geringste Recht, sich zur Anwältin dieser Lebensgeschichten zu ernennen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

An diesem Tag, der ein einziges Fragezeichen über Berlin ist, fragen wir noch einmal: Wohin platziert sich die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte? – Es ist enthüllend, dass die Bündnispartner ein Denkmal für Rosa Luxemburg beschließen. Kann es im Ernst solche historische Legasthenie geben?

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Die große Sozialistin ist keine Schutzpatronin der Demokratie. Sie hat Klassenkampf, Diktatur des Proletariats und Bürgerkrieg propagiert. Mit dem Spartakusaufstand gegen die demokratische Vernunft Friedrich Eberts begann der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt, der am Ende die erste deutsche Republik zerstörte. Golo Mann hat der verblendeten Republikfeindschaft der deutschen Kommunisten ein gerüttelt Maß Mitschuld an der deutschen Katastrophe zugemessen.

[Zuruf von der FDP: Sehr richtig!]

Und weiter: Als das Nazi-Reich 1945 in Schande untergegangen war, wer hinderte eigentlich Walter Ulbricht daran, sich in der Sowjetzone einem echten demokratischen Votum zu stellen, anstatt das Wort „Freiheit“ ständig zu missbrauchen? – Die Frage ist rhetorisch, das weiß ich, aber man braucht sie, um den Schleier, den die heutige Berliner SPD und die PDS mit den Schlagworten vom „Kalten Krieg“ und vom „Ost-West-Konflikt“ vor die Schuldfrage spannen, einmal wegzureißen. Dass der deutsche Kommunismus seinen Staat auf Unfreiheit baute, dass er zuerst die Sozialdemokratie, dann das ganze Land in Ketten schlug und bespitzelte, einsperrte und aus dem Land jagte, wer die Ketten nicht tragen mochte, das hat unser Land gespalten.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

(C) Es hat alles brüderliche Streben nach Gleichheit und Gerechtigkeit, das es im östlichen Deutschland selbstverständlich ebenso gab wie im freiheitlichen Sozialstaat des Westens, vom ersten Tag an mit Zwang und Verlogenheit vergiftet. Freiheit ist nicht alles, das weiß ich, aber ohne Freiheit ist alles nichts.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Das Jahr 1989 kam endlich, nach dem 17. Juni 1953, nach dem 13. August 1961, wo historischer Appell genug schon gewesen wäre zur Einsicht und Umkehr für den Kommunismus. Aber was geschah im Winter 1989? – Noch einmal verweigerte sich der deutsche Kommunismus der Forderung des Tages. Süchtig nach der Droge der Macht, war ihm alles verhasst, was Machtverlust verhiß. Am Ende eines jahrzehntelangen Niedergangs, nach ökonomischem wie moralischem Bankrott, wäre die Umwidmung der Parteimilliarden für die Diktaturoper und die Selbstauflösung der Partei ein Akt von jener welthistorischen Größe gewesen, wie sie die Sozialisten immer für sich beansprucht hatten.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Einzelne sind diesen Weg einer echten geistigen Umkehr gegangen. Denen gilt meine ganze Sympathie.

Die Präambel der Koalitionsvereinbarung, etwa am 4. November 1989 am Alexanderplatz verlesen, hätte dem Sozialismus vielleicht einen Rest von Glaubwürdigkeit gerettet. Nach 12 Jahren Schweigen aber ist sie nur ein Zeugnis eiskalter Berechnung zur Betäubung des schlechten Gewissens der Sozialdemokratie.

[Starker Beifall bei der CDU und der FDP]

Der Stein, den die PDS 1989/90 vergeblich der Wiedervereinigung in den Weg wälzte, wurde danach geschickt zermahlen und zum Sand im Getriebe.

(D) „Desinformation“ hat eine große Tradition im Kommunismus. Geschickter hat wohl nie jemand „Haltet den Dieb!“ gerufen. Von denen, die doch ganz still hätten sein müssen über all dem Elend, das sie verantworteten, kamen zum Wiederaufbau vor allem Hohn und Häme und agitatorische Maximalforderungen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Die von der CDU geführte große Koalition beschloss: Aufbau Ost kommt vor Aufbau West. Ist die PDS ein einziges Mal darauf positiv eingegangen? – Ich wüsste nicht. In Berlin hat die PDS die Stadt gepalten. Sie selbst ist das Problem, für dessen Lösung sie sich jetzt großzügig anbietet.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Welche Kompetenz bringt sie mit? – Das Parteiprogramm der PDS ist buchstäblich nicht von dieser Welt. Viel wichtiger ist etwas anderes: Die Partei hat die Erinnerung, wie süß die Macht schmeckt. Und sie schickt Persönlichkeiten in den Senat, die vor allem eine Qualifikation haben: Sie sind mit allen Wassern des Klassenkampfes gewaschen.

[Heiterkeit bei der PDS]

Sogar die DKP darf mit ihrer in Moskau ausgebildeten Sozialsenatorin einen unerwarteten, späten Erfolg feiern.

[Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der PDS]

Und wir, das bürgerliche Berlin? – Auch an diesem Tag, der grau, nicht groß ist, verhüllt die Stadt der Freiheit nicht ihr Haupt. Sie braucht ihre offenen Augen mehr denn je. Und sie weiß: „Lachen hat seine Zeit, Weinen hat seine Zeit.“ Das hat das bürgerliche Berlin im letzten Jahr schmerzhaft erfahren. Auch die Sozialdemokratie, die heute einen großen Tag zu haben glaubt, wird die Wahrheit des biblischen Satzes bald erleben. Die leichtfertige „Liaison dangereuse“ von heute wird sie ihre Seele kosten.

[Zuruf des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Dr. Stölzl

- (A) Darüber freut sich niemand, dem unsere Demokratie am Herzen liegt. Klaus Wowereit, Peter Strieder, Klaus Böger! Um nichts in der Welt möchte ich heute in Ihrer Haut stecken! – Vielen Dank!

[Stehender Beifall bei der CDU –
Beifall bei der FDP]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege Stölzl! Das Wort hat nunmehr für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Müller. – Bitte schön, Herr Müller!

Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute ist ein besonderer Tag. Nach einem Jahr gewaltiger politischer Veränderungen wird heute eine neue Regierung gewählt und ihre Arbeit für die nächsten fünf Jahre aufgenommen. Als mir mitgeteilt wurde, dass der Ältestenrat heute eine Aussprache zur Wahl der zukünftigen Senatsmitglieder vereinbart hat, war ich gespannt, wer hier welche Rolle spielen wird und ob die Opposition ihre Verantwortung für unsere Stadt wahrnehmen wird. Herr Steffel, Sie hätten heute die Chance gehabt, sich endlich einmal als kraftvoller Oppositionspolitiker zu präsentieren und als solcher hier auch politische Akzente zu setzen.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Zurufe von der CDU]

Ich stelle fest: Schon wieder Fehlanzeige!

[Zuruf des Abg. Henkel (CDU)]

Sie treten Ihre Rederunde ab an Herrn Stölzl. Ich finde im Übrigen auch bemerkenswert, dass der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses diese Rolle hier annimmt

[Frau Michels (PDS): Allerdings!]

und sich in eine parteipolitische Diskussion verstricken lässt.

- (B) [Beifall bei der SPD und der PDS –
Gelächter bei der CDU]

Wobei ich auch das ganz deutlich sage: Im Grunde genommen, wenn man sich die Inhalte anguckt – diese Rede hätten Sie auch halten können, Herr Steffel!

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Henkel (CDU): Das ist eine Unverschämtheit!]

Es waren die gleichen Inhalte, sie waren nur besser vorgetragen. Das war alles.

[Dr. Steffel (CDU): Das ist Ihr Niveau, Herr Müller!]

Die Stadt Berlin hätte mehr davon gehabt, wenn die CDU sich früher aufgeregt hätte, nicht erst heute, nämlich als führende CDU-Politiker im Umgang mit der Bankenkrise ihre Unfähigkeit bewiesen haben. Aber da haben Sie alle miteinander geschwiegen. Da haben Sie alles mitgemacht.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Henkel (CDU): Herr Strieder hat auch mitgemacht!]

Aber das Ergebnis kennen wir auch. Sie kennen es sehr gut. Die Wähler haben Ihnen nämlich dafür im Oktober auch die Quittung präsentiert und den Neuanfang gewählt. Sie wären gut beraten, das Wahlergebnis endlich auch einmal zur Kenntnis zu nehmen

[Frau Herrmann (CDU):
So gut war das nun auch nicht!]

und auch Ihre Rolle anzunehmen und gründlich darüber nachzudenken. Mit diesen Reden aus den 50er Jahren werden Sie zum Zusammenwachsen der Stadt mit Sicherheit nicht beitragen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Und die SPD hat es schon gar nicht nötig, sich von Ihnen eine Belehrung über die Freiheit und über den Kampf um die Freiheit und um demokratische Rechte anzuhören.

[Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU und der FDP]

Ich danke dem rot-grünen Senat ganz herzlich für sein Engagement und seinen Einsatz während der letzten sieben Monate. (C)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Dieser Senat war nur ein Übergangssenat. Er ist als ein Übergangssenat angetreten, er konnte und wollte auch gar nicht mehr sein.

[Gelächter bei der CDU]

Er wollte in erster Linie schnelle Neuwahlen herbeiführen, und damit die Legitimierung für eine neue Regierung schaffen. Dass diese Wahlen nicht so schnell stattfinden konnten, wie wir es wollten, das hat auch mit der CDU-Fraktion hier zu tun. Wir kennen alle die Hintergründe.

[Beifall bei der SPD]

Während der letzten sieben Monate haben wir trotz der Kürze der Zeit und der Fülle an Problemen eine gute und solide Arbeit miteinander geleistet. Wir konnten in vielerlei Hinsicht eine Reihe von politischen Akzenten setzen.

[Oh! von der CDU]

Und es wurden – auch das ist eine neue Qualität – verbindliche Fahrpläne erstellt, an die der neue Senat nahtlos anknüpfen kann. Das gilt für die Länderfusion, für die Senderfusion; das geht um die Zukunft unserer wichtigsten Beteiligungen in der Stadt und auch um die Bankgesellschaft. Über all diese Probleme wurde von dem vorigen Regierungschef oft nur geredet, ohne dass Entscheidungen und verbindliche Fahrpläne getroffen wurden. Das ist eine neue Qualität auch des rot-grünen Senats, an die der neue Senat anknüpfen kann und anknüpfen wird.

[Zuruf des Abg. Zimmer (CDU)]

Es muss Schluss sein mit der Beliebigkeit und der „Herumeierei“. Das ist die neue Qualität auch in der Berliner Politik.

Daran, dass wir mehrere hundert neue Lehrer einstellen konnten, auch schon in der Amtszeit des rot-grünen Senats, (D)

[Zuruf der Abgn. Dr. Rexrodt (FDP)
und Frau Senftleben (FDP)]

können Sie erkennen, dass die Bildungspolitik unser Schwerpunkt war, ist und auch bleibt.

[Zuruf des Abg. Zimmer (CDU)]

Bei der Bankgesellschaft haben wir sowohl die personellen als auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um überhaupt die Weiterarbeit der Bankgesellschaft zu ermöglichen. Im Zuge der Bankgesellschaft wird gegen eine Vielzahl von Personen strafrechtlich ermittelt. Dieses ist in dieser Größenordnung ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Nach den schrecklichen Ereignissen am 11. September in New York hatten wir auch in Berlin für die innere Sicherheit Sorge zu tragen. Ehrhart Körting hat diese Aufgabe gemeinsam mit Klaus Wowereit klug und besonnen bewältigt. Dafür gilt ihm unser besonderer Dank, in den ich ganz ausdrücklich auch unsere Polizistinnen und Polizisten einschließe, die in dieser schwierigen Phase auch in Berlin wirklich Unglaubliches für die Stadt geleistet haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Wir hatten sehr schwere Rahmenbedingungen, und alle Senatsmitglieder, die im Senat bleiben, und auch die, die jetzt aus dem Senat ausscheiden, haben für Berlin eine hervorragende Arbeit geleistet, für die ich mich an dieser Stelle bedanken möchte.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Wir hätten nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus die erfolgreiche Zusammenarbeit des rot-grünen Senats gern fortgesetzt. Das Wahlergebnis hat diese Möglichkeit nicht zugelassen. Wir haben daher **Verhandlungen mit den Grünen und**

Müller

- (A) der FDP aufgenommen. Diese sind trotz intensiver tage- und nächtelanger sehr ernsthafter Gespräche an der Haltung der FDP letztendlich gescheitert.

[Zurufe von der CDU und der FDP]

– Herr Rexrodt, auch das muss man irgendwann mal zur Kenntnis nehmen, dass wir sicherlich alle drei Partner

[Czaja (CDU): Das glauben Sie ja selber nicht!]

mit dem festen Willen zusammengekommen sind, zu einem guten Ergebnis zu kommen, dass man aber nach vier Wochen Verhandlungen mit 54 Dissenspunkten, ohne dass der schwierige Finanzteil überhaupt das erste Mal diskutiert werden konnte mit Ihnen, an einer Stelle war, wo man sagen konnte: Sie wollten über bestimmte Hürden nicht springen. Und dann geht es eben an dieser Stelle auch nicht; dann muss man das auch zur Kenntnis nehmen.

[Beifall bei der SPD –
Zurufe von der CDU und der FDP]

Es war eben an dieser Stelle mit Ihnen nicht möglich, ein ausgeglichenes Sparpaket – ja, es war insbesondere beim Finanzteil – zu verabreden. Deshalb haben Sie ja auch den Verhandlungstisch verlassen.

Die SPD hat daraufhin **Koalitionsverhandlungen mit der PDS** geführt.

[Czaja (CDU): Die habt ihr schon vorher geführt!]

Und ich stelle hier noch einmal klar: Diese Option war den Wählerinnen und Wählern bekannt für den Fall, dass andere Koalitionen nicht möglich sind. Diese Verhandlungen waren dann geprägt von großer Offenheit, waren orientiert auch an mutigen Lösungen für die großen Probleme dieser Stadt, eben diese Probleme zu bewältigen.

Der von uns vielfach geforderte **Mentalitätswechsel** spiegelt sich in der Koalitionsvereinbarung der beiden Parteien wider.

- (B) [Zuruf von der CDU: Welcher?]

Diese Koalitionsvereinbarung enthält sehr viele schwierige und auch unpopuläre Entscheidungen. Daran zeigt sich aber auch, dass es eine Politik des „Weiter so!“ nicht geben kann nicht geben wird. Und es muss auch allen Beteiligten klar sein, dass es bei diesen unpopulären Entscheidungen kein Wackeln geben kann, sondern dass wir in der Situation, in der das Land Berlin sich befindet, zu diesen Entscheidungen auch stehen und sie dann gemeinsam in dieser Koalition durchsetzen müssen.

[Beifall bei der SPD – Niedergesäß (CDU):
Vorwärts immer, rückwärts nimmer!]

Rot-Rot wird mit einem guten Team arbeiten. Die künftigen Senatsmitglieder sind Persönlichkeiten mit Lebenserfahrung und politischer Erfahrung. Es werden bewährte und neue Gesichter dabei sein. Wir haben einen Senat aufgestellt, der sich sehen lassen kann, einen Senat, der mit Zuversicht und Optimismus an die Arbeit gehen wird. Dieser Optimismus basiert einerseits auf einer ungeschminkten Analyse der Lage der Stadt, andererseits auf den enormen Potentialen und der großen Strahlkraft, über die Berlin verfügt, was man auch nie vergessen darf.

[Czaja (CDU): Strahlkraft!]

Berlin soll weiter glitzern und glänzen, aber wir wollen auch ein Berlin, in dem sich Menschen mit kleinem Geldbeutel wohlfühlen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich weiß, dass diese Koalition bei manch einem noch um Akzeptanz werben muss

[Beifall bei der CDU und der FDP]

– Sie werden es nicht für möglich halten, das war selbst bei der großen Koalition so. – und für den einen oder anderen auch bitter ist. Viele Menschen in unserer Stadt haben mit dem SED-Regime sehr leidvolle Erfahrungen gemacht. Die Bewertungen der Menschenrechtsverletzungen der DDR in der Präambel zur Koalitionsvereinbarung gehen aber weit über die bisherigen For-

mulierungen und Festlegungen der PDS hinaus. Dies war für die SPD auch eine Grundvoraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der PDS. Und noch eins ist völlig klar: Selbstverständlich werden alle Senatsmitglieder – deswegen waren das vorhin hier von Ihnen nur Scheingefechte – selbstverständlich auf eine eventuelle Stasivergangenheit überprüft. Abgeordnete sollten dies im Übrigen auch tun.

[Beifall bei der SPD –
Frau Senftleben (FDP): Selbstverständlich!]

Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die SPD sehr selbstbewusst ihre Rolle als führende Regierungspartei übernehmen wird, und zwar basierend, Herr Stölzl, auf den freiheitlichen Traditionen Berlins,

[Czaja (CDU): Basierend auf 29 %!]

und insbesondere auf der deutschen Sozialdemokratie.

[Beifall bei der SPD]

Die neue Regierung wird dafür sorgen, dass diese Stadt sich einen Ruck gibt und die innere Einheit zügig vorantreibt. Wir wollen das Gemeinsame, nicht das Trennende zwischen Ost und West in den Vordergrund stellen. Es wird kein Gefeilsche geben, wie in früheren Jahren, um politische Schwerpunkte im Ost- oder Westteil. Wir haben das ganze Berlin im Visier unserer Politik.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Das schwierigste Amt neben dem des Regierenden Bürgermeisters ist zweifellos das des Finanzsenators. Mit Thilo Sarrazin steht ein hervorragender Kandidat zur Verfügung. Er wird sich bei seiner Arbeit auf die beiden Regierungsfractionen von SPD und PDS verlassen können. Aber für die Konsolidierung ist nicht nur Herr Sarrazin zuständig. Das muss hier auch jedem klar sein. Da ist das gesamte Abgeordnetenhaus in der Verantwortung. Vergessen Sie das bitte nicht, insbesondere meine Damen und Herren von der Opposition.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Lassen Sie mich noch eine Anmerkung machen zu der Berliner Dauerdebatte, die sich heute auch wieder in den Zeitungen widerspiegelt, wo es um die Gretchenfrage für viele geht: Wofür spart diese Koalition eigentlich? – Angeblich wissen wir ja nicht, hier miteinander, wofür wir sparen. Ich kann Ihnen das aber ganz genau sagen, wofür wir hier sparen. Wir **sparen**, damit diese **Stadt** überhaupt **lebensfähig** bleibt. Wir sparen, damit diese Stadt ihre Strahlkraft und ihre Dynamik behält. Wir sparen, um das soziale Netz zu sichern. Wir sparen, damit die Kunst und Kultur in dieser Stadt sich weiter wohl fühlt und aufblüht. Wir sparen für kleine und große Berliner, wir sparen für schwache und starke, für Investoren, für Studenten und Rentner. Und wir sparen dafür, dass Berlin eine wunderbare Stadt bleibt und in 10 Jahren noch attraktiver ist als heute. Genau dafür sparen wir. Und ich glaube, das müsste inzwischen bei den meisten auch angekommen sein.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Ich appelliere an Sie alle, auch an die Oppositionsfractionen, trotz aller kritischen Auseinandersetzungen an der Bewältigung der großen Aufgaben für unsere Stadt mitzuarbeiten. Auch wenn die Bundestagswahl am 22. September für manch einen ein magisches Datum ist, so erwartet die Bevölkerung in dieser Stadt harte Sacharbeit und kein Wahlkampfgetöse. Von der künftigen Berliner Landesregierung wird nicht nur in unserer Stadt viel erwartet. Es werden fünf harte Jahre voller Arbeit werden. Aber die Stadt wird sich bewegen und weiter zusammenwachsen. Daraus wird sie neue Kraft schöpfen. Lassen Sie uns mit Optimismus und Tatkraft an diese Arbeit gehen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege Müller! – Für die Fraktion der FDP hat nunmehr der Herr Kollege Dr. Rexrodt das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege!

(A) **Dr. Rexrodt (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, heute ist ein denkwürdiger Tag! Gerade einmal elf Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Landes und unserer Stadt bilden Sozialdemokraten und die Partei des Demokratischen Sozialismus eine gemeinsame Regierung im Bundesland Berlin.

Die PDS steht in unmittelbarer **Kontinuität zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**, einer revolutionär-marxistischen Partei, die in offener Diktatur dafür verantwortlich war, dass die Menschen im Ostteil Deutschlands ihrer Freiheit beraubt, drangsaliert, eingekerkert und in nicht wenigen Fällen auf der Flucht erschossen wurden.

[Beifall bei der FDP –
Mutlu (Grüne): Das ist ja eine Steffel-Rede!]

Die PDS behauptet heute, etwas anderes zu sein. Dies hält einer Prüfung nicht stand, einer juristischen ohnehin nicht, aber das ist nicht das Wichtigste. Einer politischen vielleicht insoweit, als man offensichtlich die Methode zur Erreichung des gesamtgesellschaftlichen Zustands Sozialismus gewechselt hat. Nicht die Revolution soll dieses Ziel herbeiführen, sondern – ja was eigentlich? So richtig steht da nichts im Parteiprogramm der PDS. Aber nehmen wir einmal an, dass realistischerweise der Weg über den Mehrheitsentscheid gewählt werden soll.

Das politische Ziel dieser Partei ist ein Sozialismus, der beschrieben wird als eine „Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschens gegen den Menschen“, ein Wertesystem, in dem die Existenzkrise der Zivilisation, die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweisen zu einer Frage des menschlichen Überlebens macht. Und damit es dann keine Missverständnisse gibt, wird gesagt: „Es muss darum gehen, die von Profit und Kapitalverwertung bestimmte Entwicklung der Volkswirtschaften und der Gesellschaften zu Gunsten einer Entwicklung zu überwinden, die von der Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen geprägt wird.“ Dann wird im Parteiprogramm der PDS von realer Vergesellschaftung gesprochen und festgestellt, dass ein „weltweit geführter Hochtechnologie-wettbewerb zwischen den kapitalistischen Machtzentren wesentliche Entwicklungspotenzen der Welt verschlingt und global zerstörerisch wirkt“.

Ich trage das an diesem denkwürdigen Tag nur deshalb vor, weil im Europa des 20. Jahrhunderts immer wieder vergessen wurde, die Programme und Kampfschriften der Parteien zu lesen, und weil es mehrfach böses Erwachen gab, als diese Programme, wenn die Verhältnisse es dann hergaben, auch umgesetzt wurden.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Und ich trage das auch deshalb vor, weil eine erklärtermaßen sozialistische, auf Vergesellschaftung orientierte Partei ab heute den Wirtschaftssenator und stellvertretenden Bürgermeister der deutschen Hauptstadt stellen wird. Die sind ja gar nicht mehr so, wird dem entgegengehalten. Die leisten ja operativ gute Arbeit. Meine Damen und Herren, operativ gute Arbeit wurde oft geleistet. Subjektiv und objektiv, wie die Sozialisten zu sagen pflegen, und doch war das Ergebnis dieser Arbeit oft ein einziges Desaster.

Niemand wird in Zweifel stellen, dass die rot-rote Regierung, die heute Gestalt annimmt, demokratisch und parlamentarisch legitimiert ist. Aber niemand wir auch in Abrede stellen können, dass dieser Vorgang bei Millionen von Menschen in Deutschland und darüber hinaus Fragen und Befürchtungen aufkommen lässt, Fragen und Ängste, die ihre Ursachen eben nicht nur in der Vergangenheit der PDS haben, sondern in deren Gegenwart. Die PDS ist eben nicht nur der witzige und wendige und der schlaue Herr Gysi, die PDS ist eine Partei, die zu weiten Teilen aus alten Kadern besteht, die nicht in der pluralistischen Demokratie angekommen sind.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

(C) Wo gibt es das klare und unzweideutige, nicht das wendige, konditionierte und auf Artikel 15 verengte **Bekennnis der PDS zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland**, zum Eigentum und der Marktwirtschaft?

[Beifall bei der FDP]

Die PDS lebt zu weiten Teilen von Spannungen und Ungleichheiten zwischen West und Ost. Sie nutzt diese Spannungen. Sie schürt sie, statt Brücken zu schlagen und Gräben einzuebnen. Es gibt merkwürdige Verrenkungen. Wenn man diese Partei fragt, wie das denn wohl gemeint sei: Verstaatlichung nein, aber Vergesellschaftung ja.

In einem muss man sehr differenziert argumentieren: Es gibt die Partei, die PDS, und es gibt die Wähler der PDS. Letztere sind in großer Zahl, nicht alle, nicht Sozialisten und rückwärtsgerichtet. Das sind Menschen, die mit ihrer Stimme für die PDS etwas transportieren und etwas bewirken wollten.

[Brauer (PDS): Genau!]

Und da müssen wir, die wir aus dem Westen kommen, uns fragen, warum das so ist. Es gibt sicherlich viele Antworten. Eine, vielleicht die wichtigste, ist – so scheint es mir –, dass sich viele Menschen in den neuen Ländern, auch im Ostteil unserer Stadt, in ihren **Biographien** nicht ausreichend gewürdigt sehen. Sie haben in der DDR fleißig gearbeitet. Sie haben aus schwierigen Situationen das Beste gemacht. Sie haben gute Vorsätze gehabt. Sie haben das Beste gewollt. Und nun soll das alles unnütz sein, wie ihnen vermittelt wird oder wie sie glauben, dass es im Westen so verstanden wird. Wer lässt sich schon gern sagen, dass sein Leben unnütz war? Niemand. Und das hat auch niemand so verdient. Da wird die PDS nun als Anwalt und Sachwalter gesehen. Obwohl sie das nur auf sehr fadenscheinige Weise ist, aber mit der Stimme für die PDS kann man es denen, die es angeht, einmal richtig klar machen. So wird bei vielen gedacht.

(D) Und überhaupt wird gedacht: Der Herr Gysi, der zeigt es denen auch, die so oft arrogant sind oder zumindest so wirken. Die CDU und die SPD haben uns vorgeführt, was Filz bedeutet in dieser Stadt. Die denken nur an ihren eigenen Vorteil. So wird empfunden. Und da ist manches wahr. Es muss ernst genommen werden, besonders im Westen, bei Parteien und Menschen. Ich nehme meine eigenen Partei dabei nicht aus. Wir sollten alle etwas mehr Sensibilität zeigen, damit es die, die auf der falschen Schalmee spielen, nicht allzu leicht haben in unserem Land.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Nun, so wird auch noch gesagt, habe es doch mit der Beteiligung der PDS an der Macht etwas Gutes an sich, das sei doch ein Beitrag zur **inneren Vereinigung**. Außerdem könne die PDS nun zeigen, ob sie in der Lage ist, das einzulösen, was sie so vollmundig unter die Leute gebracht hat. Das letztere ist sicher richtig. Bereits die Koalitionsvereinbarung zeigt, dass nicht alle Bäume in den Himmel wachsen. Aber mit der inneren Vereinigung scheint es mir so eine Sache zu sein. Alles, was nicht geht, da habe ich keinen Zweifel, wird die PDS in Zukunft bei denen abgeben, die ihr angeblich einen Scherbenhaufen hinterlassen haben. Investiert wurde auch vorher nicht genug. Und die Schulden: Das sind natürlich Herr Diepgens Schulden.

[Doering (PDS): Das ist doch auch so!]

Die sind es auch! Aber die PDS wird geflissentlich verschweigen, dass diese Schulden in Gänze deshalb gemacht worden sind, um mit den Hinterlassenschaften des real existierenden Sozialismus wenigstens einigermaßen fertig zu werden.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Wenn es um die innere Vereinigung geht, dann werden auch diejenigen um ihre Befindlichkeit zu fragen sein, die unter dem DDR-Regime gelitten haben, diejenigen, die ihren aufrechten Gang nicht verloren hatten, die Bürgerrechtler, von denen ich einige auf der Zuschauertribüne gesehen habe.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Dr. Rexrodt

- (A) Wie ist denen zumute? Oder jenen, die aufmerksam den Untersuchungsbericht des Bundestages über Herrn Gysis Kontakte zur Staatssicherheit gelesen haben? Das sind sehr viele Menschen im Osten Deutschlands, die das lesen und nachdenken, heute, am 17. Januar 2002.

Nicht nur im Osten gibt es Befindlichkeiten, solche, mit denen wir vielleicht nicht gut genug umgegangen sind. Auch im Westen gibt es Befindlichkeiten. Bei Menschen, die die offene Feindschaft und den Hass des DDR-Regimes über 40 Jahre täglich erfahren haben, im Geschäftsleben, im privaten Bereich, an den Grenzen, bei Besuchen, den Mief, die Spießigkeit, den anmaßenden Ton, das Auftreten der so genannten Staatsorgane der DDR. Sie haben sie nicht vergessen – dieses miese, kleine, aus Angst und Engstirnigkeit geborene Aggressionsverhalten der Würdenträger dieses Systems.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Meine Damen und Herren von der PDS! Mit einer, wie ich es sehe, so dümmlichen Bemerkung wie der, es gebe nichts zu entschuldigen, weil nichts entschuldbar sei, dürfen Sie uns nicht davonkommen. Schuldbekennnisse haben Sie in anderem Zusammenhang immer munter eingefordert – und nicht nur munter, sondern hart und unerbittlich.

Das ist nur der eine Teil dieser neuen Landesregierung. Und die anderen, die Sozialdemokraten? – Sie sind bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus deutlich abgestraft worden – nicht so stark wie die Union –, aber sie sind als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Sie haben den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen. Haben sie ihn denn richtig genutzt? – Eine Fortsetzung der großen Koalition war unmöglich. Dies ist zuzugestehen. Meine Partei, die FDP, hat nach sechsjähriger Abstinenz vom Abgeordnetenhaus ein gutes Wahlergebnis erzielt. Wir waren angetreten, um Rot-Rot zu verhindern. Wir sind aufgeschlossen und konzessionsbereit in die „Ampel“-Verhandlungen gegangen. Wir wollten die „Ampel“ – eine schwierige Konstellation, aber durchaus dazu angetan, die aus den unterschiedlichen Kulturen kommenden Spannungen dazu zu nutzen, um Verkrostungen, wie sie in Berlin gewachsen waren, auch aufzubrechen.

- (B) Wir hatten während der Verhandlungen dicke Kröten geschluckt – solche, die uns von grüner Seite präsentiert wurden, einer Partei, die sich in Berlin in kleinteiligen Themen ergeht.

[Ha, ha! von den Grünen –
Mutlu (Grüne): Das müssen Sie gerade sagen! –
Cramer (Grüne): Nun mal langsam!]

Hofbegrünungsprogramme, Quartiersmanagement in Sanierungsgebieten, Erschwerung des Tabak- und Erleichterung des Drogenkonsums, Lehrerarbeitszeiten und das Wohl der Kindergärten – alles ehrenhafte Themen, aber sehr anstrengend, wenn man dazu ausschließlich und nächtelang verhandeln muss.

[Heiterkeit]

Wir hatten sie alle geschluckt, die Kröten, auch diejenigen von Herrn Strieder im Umwelt- und im Verkehrsbereich. Sie waren nicht minder dick und nicht minder ekelig.

[Heiterkeit –
Beifall bei der FDP und der CDU –
Eßer (Grüne): Da sieht man ja,
warum das nichts geworden ist!]

Bis dann das eintrat – Herr Müller, und nun bitte ich Sie einmal, besonders gut zuzuhören –, was viele erwartet hatten: Die SPD – an der Spitze Herr Strieder – hat die Verhandlungen innerhalb weniger Stunden gezielt und bewusst in die Sackgasse geführt.

[Henkel (CDU): Das kann er!]

Vehikel war die Forderung nach völlig unsinnigen, ausschließlich gegen Bürger mit kleinem Einkommen gerichtete Steuererhöhungen – in den Sondierungsgesprächen vorab nicht erwähnt. Herr Strieder kam damit wie Zieten aus dem Busch.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

- (C) So ist es ihm dann gelungen, am Ende seine Lieblingskonstellation doch noch zu gestalten: Rot-Rot – gegen die Intention der Bundes-SPD und des Bundeskanzlers, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Ob die PDS als langfristige Machtreserve der SPD betrachtet wird, sei dahingestellt. Herr Müntefering gibt jeden Tag neue Lösungen aus. Da ist Vorsicht angesagt.

Es gibt keinen besseren Beleg dafür, dass die SPD bewusst auf Rot-Rot zugegangen ist, als die Tatsache, dass sie die von der FDP kompromisslos geforderte Zustimmung zu Steuererhöhungen dann in Verhandlungen mit der PDS im Kern aufgegeben hat.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Beifall des Abg. Cramer (Grüne) –
Frau Senftleben (FDP): So ist es!]

Das sage ich ausdrücklich auch an diejenigen, die uns in dieser Stadt gewählt haben, um Rot-Rot zu verhindern.

Nun haben wir also Rot-Rot. Neben den politischen Abwägungen ist die Frage zu stellen, ob die Stadt damit in Sachfragen vorankommen wird. Kein Zweifel: Herr Gysi wird ein riesiges Tamtam veranstalten.

[Benneter (SPD): Neidisch?]

Er wird sich selbst übertreffen in Aktivität und Charme, er wird mit kleinen Hilfen und großen Worten aufwarten gegenüber Unternehmen und Unternehmern, und viele werden beeindruckt sein, obwohl sie natürlich immer erwähnen, dass sie mit den Kommunisten und der PDS nichts zu tun und gar nichts am Hut haben. Sie sind da sehr leicht – einige jedenfalls – geistig korruptierbar.

[Heiterkeit bei der PDS –
Brauer (PDS): Keine Neiddiskussion! –
Weitere Zurufe von der PDS]

Aber wird das alles nützen? – Berlin wäre es zu wünschen. Es ist unsere Stadt, eine gebeutelte Stadt, wie in einem Brennglas gefangen in der deutschen Geschichte. Keiner will defätistisch sein, aber Zweifel muss man dann schon haben an einem Tag wie dem heutigen. In Berlin gibt es angesichts der alles dominierenden Haushalts- und Finanzkrise drei herausragende Handlungsfelder. Es ist eine notwendige Bedingung, da zu bestehen, um die Stadt in den Griff zu bekommen – aber nicht schon eine hinreichende.

Diese drei Themen umfassen erstens die Rückführung des überhöhten Personalbestandes: Zwei Milliarden DM müssen bis 2006 eingespart werden, anderenfalls wäre das Ziel einer auf Null reduzierten Netto-Neuerschuldung bis 2009 nicht zu erreichen. – Da ist zweitens die ideologiefreie Veräußerung der umfangreichen Beteiligungen Berlins an unzähligen Betrieben und Institutionen, und da ist drittens – letztlich entscheidend – die Frage, ob es gelingt, die Wirtschafts- und Steuerkraft dieser Stadt zu stärken. Darüber hinaus gilt es dann die kulturellen und wissenschaftlichen Potentiale zu nutzen, die Stadt attraktiv zu machen für neue Bevölkerungsgruppen – darunter die besten Köpfe aus dem In- und Ausland.

Gehen wir kurz diese drei Handlungsfelder durch! Da ist zunächst das Sparziel. Was soll denn werden, wenn die 15 000 Stellen – gleich eine Milliarde DM – ausgeschöpft sind? – Man hat sich vorgenommen, mit den Gewerkschaften über die Einsparung einer zweiten Milliarde zu sprechen und Erfolg zu erzielen. Die Gewerkschaften können und werden dies nicht schlucken. Dann müssten sie sich selbst aufgeben. Was soll dann werden? – Die Realität wird ein Kompromiss sein, ein fauler Kompromiss, weit vorbeigehend an den Sparzielen.

Nichts anderes im zweiten Handlungsfeld – den Vermögensveräußerungen! Schon in den „Ampel“-Verhandlungen wurde offensichtlich, dass die SPD mit äußerst spitzen Fingern an dieses Thema geht: Bei den Wohnungsbaugesellschaften nur einige wenige, bei der Krankenhausgesellschaft gar nicht, bei den Verkehrsbetrieben – übrigens das größte Milliardengrab in dieser Stadt – am liebsten auch nicht. – Überall sitzt die eigene Klientel.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Dr. Rexrodt

- (A) Also, schlechte Aussichten in diesem Bereich. Die Konflikte sind vorprogrammiert.

Wichtigste Aufgabe ist die Stärkung der Wirtschaftskraft durch Erweiterung vorhandener und Ansiedlung neuer Betriebe. Dazu stehen in Zukunft weniger Fördermittel bereit. Aber das ist nicht das Wichtigste. Wirtschaft investiert da, wo sie ein für sich günstiges Umfeld findet – politisch und kulturell – und wo Optimismus und positive Zukunftserwartungen vorherrschen. Niemand vermag auszuschließen – ich habe es schon gesagt –, dass der eine oder andere Mittelständler oder Gründer tief beeindruckt sein wird von der anstelligen Wendigkeit des Herrn Gysi. Ausreichend wird das bedauerlicherweise nicht sein, um das Kapital in die Stadt zu bringen – eine Stadt, die im Wettbewerb steht mit hundert anderen und die von einer Partei regiert wird, die noch vor wenigen Jahren die bestimmende Kraft in der DDR war. Da sind Zweifel angebracht. Alte Geschichte hin oder her: So lange die PDS das marktwirtschaftliche System, das sie nun zu stützen als Tagesgeschäft betreibt, eigentlich überwinden will, braucht sich niemand zu wundern, wenn diese Zweifel so laut geäußert werden.

[Beifall bei der FDP]

Am Ende bin ich aber dann doch sehr hoffnungsvoll. Unsere Bundesrepublik – auch ihre Hauptstadt Berlin – verkörpert trotz aller aktuellen Mängel und Unzulänglichkeiten eine offene und starke Gesellschaft. Es ist eigentlich nicht zu erwarten, dass sich diese Gesellschaft von einer PDS, die für eine gescheiterte Ideologie steht, mehr beeinflussen lässt als eben diese Partei von der starken und offenen Gesellschaft. Das alles wir mühsam sein und lange dauern, aber es ist naheliegend.

Wir Liberale wünschen es unserer Gesellschaft – vor allem unserem gebeutelten, armen und doch so großartigen Berlin, der Stadt, die wir lieben und für die wir – auch als Opposition – unser Bestes tun werden. – Herzlichen Dank!

- (B) [Beifall bei der FDP und der CDU]

Präsident Momper: Danke, Herr Kollege! – Für die PDS-Fraktion hat nun ihr Vorsitzender Wolf das Wort. – Bitte schön!

Wolf, Harald (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte nach den ersten beiden Redebeiträgen der Vertreter der neuen Opposition den Eindruck, dass Sie zu Koalitionsvereinbarungen nichts zu sagen haben – bis auf ein paar wenige Anmerkungen.

[Dr. Rexrodt (FDP): Das kommt noch!]

Es gibt für Sie offensichtlich nur ein Thema, nämlich PDS. Ich glaube, dieses Thema wird die Oppositionsarbeit nicht über fünf Jahre lang tragen können. Sie müssen in der nächsten Zeit noch einiges zulegen, wenn Sie in der politischen Auseinandersetzung hier im Haus und in der Stadt bestehen wollen.

[Beifall bei der PDS]

Sie haben sich etwas intensiver mit dem historischen Sinn dieser Koalition beschäftigt. Herr Stölzl hat explizit die Frage gestellt, was der historische Sinn dieses Ereignisses ist. – Herr Stölzl, Sie wissen, dass ich Sie als klugen Diskussions- und Gesprächspartner schätze. – Er hat die Antwort gegeben, dass dem Kommunismus die Tür aufgesperrt wird. Das ist doch nicht im Ernst Ihre Auffassung? Sind Sie doch selbst nicht davon überzeugt, dass es hier darum geht.

Der historische Sinn der heutigen Veranstaltung, der Tatsache, dass heute in Berlin eine Koalition zwischen SPD und PDS zustande kommt, besteht darin – wenn man nach einem tieferen historischen Sinn fragt –, dass wir in einer Situation sind, wo die Schlachtordnung, die Auseinandersetzung zwischen den Ideologien des letzten Jahrhunderts und der letzten Jahrzehnte nicht mehr funktionieren. Davon müssen wir uns verabschieden – auch das bürgerliche Lager.

[Beifall bei der PDS]

(C) Ich kann mich gut erinnern, dass ein Fraktionsvorsitzender der CDU zu Beginn der letzten Legislaturperiode in einer durchaus bemerkenswerten Rede genau das angekündigt hat, nämlich dass man sich am Beginn des 21. Jahrhunderts von diesen **alten Schlachtordnungen verabschieden** muss, wenn man eine Zukunft für die Stadt haben will – gerade in der Stadt, die von Lager und Blockdenken so gebeutelt wurde und darunter gelitten hat –. Darum geht es in dieser Auseinandersetzung.

[Beifall bei der PDS]

Wer Zukunft haben will, der muss sich natürlich auch der Vergangenheit stellen. Ohne, dass man dies tut, wird man in der Tat keine Zukunft gewinnen können.

[Beifall des Abg. Benneter (SPD)]

Deshalb haben wir in der Koalitionsvereinbarung und in den Debatten im Vorfeld über Beschlüsse des Landes- und Bundesparteitags seitens der PDS deutlich gemacht, dass wir uns der Verantwortung bewusst sind, die eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin, der Stadt, durch die die Mauer ging, in der das Leid, die Drangsalierung – wie Sie richtig sagten –, die Erniedrigung, die mit der deutschen Teilung, den Menschenrechtsverletzungen und den Schüssen an der Mauer verbunden waren. Es ist unsere Verantwortung, deutlich zu machen, dass wir als PDS mit dieser Vergangenheit der SED unwiderruflich gebrochen haben. Wir müssen durch unsere Praxis und unser politisches Handeln – nicht nur durch Präambeln – auch gegenüber denjenigen, die dieser Koalition und unserer Regierungsbeteiligung skeptisch oder ablehnend gegenüber stehen, den Nachweis erbringen, dass dieser Bruch mit der Vergangenheit unwiderruflich ist, wir uns gegen jedwede Menschenrechtsverletzung aussprechen und unsere Lektion aus der Geschichte gelernt haben.

Man muss es als historischen Fortschritt begreifen, dass sich die alten Lager auflösen und es von unserer Seite dieses klare **Bekennnis zur Verantwortung** gibt. Das ist ein Beitrag zum Zusammenwachsen innerhalb der Stadt. Dazu gehört nicht nur die Anerkennung von Schuld, sondern auch die Möglichkeit zur Versöhnung. Die Aufgabe, der wir uns stellen müssen, ist eine doppelte: das Anerkennen von Schuld und das Arbeiten an der Versöhnung zwischen Ost und West, zwischen denjenigen, die Unrecht begangen haben, und denen, die Unrecht erlitten haben. Das ist eine schwere Aufgabe, aber wir müssen uns ihr stellen, wenn wir Ost und West zusammenführen wollen. Deshalb ist es nötig, sich der Verantwortung zu stellen und sich von der Rhetorik des Kalten Kriegs zu verabschieden.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

(D) Wenn wir über Verantwortung hinsichtlich der Vergangenheit reden, muss ich darauf hinweisen, dass es ein Paradoxon ist – dem auch Sie sich stellen müssen –, dass es ausgerechnet die CDU und das bürgerliche Lager waren, die eine Politik gemacht haben, die dem Regierungseintritt der PDS den Weg bereitet hat. Das gehört zu den Sachverhalten, die man hier offen aussprechen muss. Das ist die Verantwortung, die Sie tragen. Wie kam es zu dem Zustand, den Sie jetzt beklagen? Sie haben ihn ganz wesentlich verursacht. Damit müssen Sie zu Rande kommen, wenn Sie eine Chance haben wollen, den beklagenswerten Zustand des bürgerlichen Lagers in der deutschen Hauptstadt zu überwinden und zu besseren Verhältnissen zu kommen.

Diese Stadt befindet sich in einer mehr als schwierigen Situation. Diese Regierungskoalition tritt ein mehr als schweres Erbe an. Die Finanzen dieser Stadt sind ruiniert.

[Zimmer (CDU):

Von Herrn Strieder und Herrn Görler!]

– Zu diesem Zwischenruf muss ich eine Anmerkung zu dem machen, was Sie zu Beginn der Sitzung aufgeführt haben, machen. Herr Zimmer, das war deutlich unter Ihrem Niveau. Ich mache immer noch einen deutlichen Unterschied – das sollten auch Sie tun, wenn Sie intellektuell redlich sind – zwischen jemandem, der einen Fonds auflegt und ihn so ausgestaltet, dass der öffentlichen Hand erhebliche Risiken entstehen, und jemandem, der einen solchen Fonds in aller Öffentlichkeit – sie sind ja

Wolf, Harald

- (A) öffentlich angeboten worden – zeichnet. Wenn Sie daraus Filz und Korruption machen, meine Damen und Herren von der CDU, dann ist das die Vertuschung von Verantwortlichkeit und der Versuch, Sparen zu verwischen. Das ist absolut unredlich. Ich rate Ihnen, diesen Stil der Auseinandersetzung zu unterlassen.

[Beifall bei der PDS und der SPD
und des Abg. Cramer (Grüne)]

Die Stadt ist nicht an den Fondszeichnern zu Grunde gegangen, sondern die Stadt leidet darunter, dass unverantwortlich gehandelt wurde und dass in der Bankgesellschaft ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit existierte. Zudem leidet die Stadt daran, dass die große Koalition in der Vergangenheit nicht in der Lage war, frühzeitig die Alarmzeichen der finanziellen Krise zu erkennen, gegenzusteuern und die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen wurden immer wieder vertagt. Von Herrn Diepgen wurden stattdessen weiße Salben und beruhigende Worte ausgeteilt. Das ist der Grund für die derzeitige Situation. Diese Koalition steht vor der Aufgabe, diesen Zustand zu beenden, die notwendigen Entscheidungen anzugehen und zu treffen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Wenn ich jetzt immer mal wieder in einer Kommentierung höre, dass dieser Koalition – –

[Zurufe von der CDU]

– Wir werden Herrn Görler in den Untersuchungsausschuss einladen. Sie wissen, dass ich auch der Meinung bin, dass Herr Görler ein gerüttelt Maß an Verantwortung trägt. Und da werden wir rangehen. Das ist doch völlig unbestritten. Warum regen Sie sich denn auf? Das machen wir alle hier zusammen, davon gehe ich mal aus.

[Beifall bei der PDS]

- (B) Jetzt will ich mal zu einem Punkt kommen, der in der öffentlichen Diskussion immer wieder angesprochen wurde, nämlich dem Argument, dieser Koalitionsvereinbarung fehle es an **Visionen für diese Stadt**.

[Dr. Rexrodt (FDP): Reden Sie doch mal zur PDS und nicht die kleinkarierte Nummer, die Sie da abziehen! Kleinkariert ist das!]

– Herr Rexrodt, ich möchte über die Stadt reden!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Wenn Sie ein Interesse haben, über die PDS zu reden, lade ich Sie gern ein. Wir können da gern ein Privatissimum machen, aber ich möchte hier über die Politik für diese Stadt reden. Ich habe hier schon oft genug über die PDS geredet und werde es auch weiterhin tun. Wenn Sie auch weiterhin hier im Hause bleiben, werden Sie dazu noch genug Gelegenheit haben, Herr Rexrodt.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Zum Thema Visionen: Ich glaube, das Problem dieser Stadt in der Vergangenheit war nicht, dass es ihr an Visionen gemangelt hat. Visionen hatten wir in den letzten zehn Jahren mehr als genug. Es wusste nur keiner, wie sie realisiert werden; oder wenn sie zu realisieren versucht wurden, dann nur auf Pump. Daran müssen wir heute abbezahlen. Ich habe eine Vision für diese Stadt, die nicht einfach zu erreichen ist. Meine Vision für diese Stadt lautet, dass sich diese Stadt und die Akteure in dieser Stadt endlich an den Realitäten orientieren und aus den Realitäten ihre Zukunftsperspektiven herausarbeiten. Daran hat es nämlich in der Vergangenheit gemangelt.

[Beifall der Frau Abg. Dr. Fugmann-Heesing (SPD)]

Das ist nicht Glitter, das ist nicht Glamour, sondern das ist harte Arbeit an den Zukunftschancen in dieser Stadt, und darum geht es jetzt. Dazu werden Sie in der Koalitionsvereinbarung eine ganze Menge finden, was in die Zukunft weist. Sie werden dort für den Bereich öffentliche Sicherheit und zum Bereich Justiz ein klares Bekenntnis zu innerer Liberalität und zu einer Politik finden, die sich dazu bekennt, dass sie Bürgerinnen und Bürger

- (C) nicht mehr als Bedrohung für den Staat sieht, sondern Sicherheit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, und dass sie sich klar zu Bürgerrechten in dieser Stadt bekennt. Mit Ehrhart Körting steht ein Innensenator zur Wahl, der sich vorteilhaft von allen CDU-Innensensoren unterscheidet, unter denen die Stadt in den letzten Jahren immer wieder gelitten hat.

[Beifall bei der PDS, der SPD und den Grünen]

Er widersteht der Versuchung aller seiner Vorgänger – mit Ausnahme von Erich Pätzold in einem kurzen Intermezzo –, das Thema innere Sicherheit zu einem populistischen Thema zu machen, wobei man versucht, mit Law-and-order-Parolen die Hoheit über die Stammtische zu gewinnen, anstatt sachgerecht, in aller Ruhe, Arbeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, für Deeskalation und ein friedliches Zusammenleben in dieser Stadt zu leisten. Dieses Agieren mit der Koalitionsvereinbarung und dem Personalvorschlag ist auch in Zukunft gesichert. Dies ist eine gute Entscheidung für Berlin. Das macht die Stadt endlich weltoffen und liberal, weil es darum geht, in Zukunft Flüchtlinge in dieser Stadt anständig zu behandeln und deutlich zu machen, dass Einwanderinnen und Einwanderer mit zu den Zukunftschancen der Stadt gehören, hier willkommen sind und dementsprechend begrüßt und behandelt werden. Das ist ein Fortschritt dieser Koalition und ein Wahren und Herstellen von Zukunftschancen für die Stadt.

[Beifall bei der PDS und der SPD –
Henkel (CDU): Parteitagsrede!]

Und wir haben es geschafft, in dieser Koalitionsvereinbarung trotz der schwierigen Finanzlage die Priorität auf Bildung zu setzen. Es wird mit dieser Koalition pädagogische Verbesserungen und ein weiteres Arbeiten am Zustand der Bildungsinfrastruktur in Richtung Verbesserungen geben, trotz der schwierigen Finanzlage. Auch das ist ein klares Signal in die Stadt, um Zukunftschancen zu gewährleisten.

- (D) Herr Rexrodt, ich habe mich sehr gefreut, von Ihnen in den letzten Tagen und auch heute wieder zu hören – nachdem Sie in Ihrer Tätigkeit als Wirtschaftsminister vor allem durch den berühmten Satz bekannt geworden sind: „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“, womit Sie deutlich machen wollten, dass es auf Sie nicht ankommt, das war zu dieser Zeit auch so –,

[Beifall bei der PDS und der SPD]

wie wichtig Sie diese Position des Wirtschaftssenators oder des Wirtschaftsministeriums finden, wie wichtig Sie das Setzen von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft finden, dass die Politik da also nicht völlig gegenstandslos ist, sondern wichtige und zentrale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schafft. Ich habe aus Ihren Ausführungen auch einen gewissen Neid erkennen können. Ihre Verärgerung über so manche positive Äußerung aus der Wirtschaft über den neuen Senator ist auch jetzt wieder an Ihren Ausführungen sehr deutlich geworden.

Auch dazu nenne ich eine ganz einfache Vision für diese Stadt: Meine Vision wäre, dass uns das gelingt, was seit Jahren in dieser Stadt immer wieder gesagt wird: Wir müssen endlich die Anlaufstelle für Investoren haben, wir müssen endlich die Verwaltungsverfahren so vereinfachen, dass Investoren in dieser Stadt nicht abgeschreckt werden, sondern hier vernünftige Bedingungen vorfinden. Wir wollen auch endlich die IBB zu einer vernünftigen Förderbank in dieser Stadt machen. Wenn uns all dieses gelingt, ist das ein deutliches Signal und eine deutliche Verbesserung. Es ist eine bescheidene Veränderung, aber gemessen an der Politik der letzten zehn Jahre eine wirkliche Vision für diese Stadt. Jetzt werden wir doch einmal sehen, ob Gregor Gysi nicht in der Lage ist, zu zeigen, dass jemand auch als demokratischer Sozialist erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen kann. Ich glaube, es kann in dieser Stadt nur besser werden nach dem, was seine Vorgänger geleistet haben.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Das Thema Finanzen kann man nicht nur unter dem Thema Kürzungen diskutieren, sondern es muss um strukturelle Veränderungen gehen. Eine weitere Vision, die wir für diese Stadt haben, ist eine umfassende Verwaltungsmodernisierung. Wir

Wolf, Harald

- (A) müssen den öffentlichen Dienst und die Krise der Finanzen in dieser Stadt dazu nutzen, uns die Aufgabe zu stellen, am Ende dieses Jahrzehnts den modernsten öffentlichen Dienst zu haben, der neue Formen der Leistungserbringung aufweist und eine moderne, effektive, unbürokratische Verwaltung hat, die sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und nicht als Selbstbeschäftigungsunternehmen versteht. Auch damit soll ein Beitrag zur Konsolidierung geleistet werden. Das ist ein ambitioniertes Projekt in dieser Stadt mit ihrer Geschichte und ihrer großen Verwaltung. Das werden wir angehen.

Wir werden alles dieses angehen bei Wahrung der sozialen Gerechtigkeit in der Stadt. Wir werden darauf achten, dass die Lasten nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verteilt werden. Lieber Herr Rexrodt, da gehört es auch an der einen oder anderen Stelle dazu, dass man sich von dem Dogma, nirgendwo Steuererhöhungen vorzunehmen, verabschiedet. Da ist es mir lieber, dass an der einen oder anderen Stelle eine verkraftbare Steuererhöhung vorgenommen wird

[Niedergesäß (CDU): Buh!]

und ich dafür zum Beispiel die Kitabeiträge stabil lasse. Das ist eine Entscheidung, die man politisch treffen muss und die auch verantwortbar ist.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Wir werden noch sehr intensiv in der nächsten Zeit über die Koalitionsvereinbarung diskutieren. Diese Koalitionsvereinbarung ist eine tragfähige Vereinbarung für fünf Jahre. Aber wir wissen auch alle: Koalitionsvereinbarungen sind das eine, Regierungshandeln ist oftmals das andere. Deshalb will ich klar sagen, wo der Mentalitätswechsel in dieser Stadt einsetzen muss: Das, was zwischen Koalitionspartner vereinbart wurde, muss auch gemeinsam umgesetzt werden.

[Niedergesäß (CDU): Da lachen ja die Hühner!]

- (B) In dieser Stadt ist es Übung und in den vergangenen zehn Jahren in der großen Koalition der Fall gewesen, dass Koalitionspartner weniger miteinander gearbeitet haben, sondern vielmehr versucht haben, gegeneinander zu arbeiten und sich gegeneinander zu profilieren. Das ist nicht gut für die Stadt, sondern bedeutet, dass notwendige Entscheidungen blockiert werden, statt eine Diskussion darüber zu führen, wie Veränderungen sinnvoll durchgesetzt werden.

[Zimmer (CDU): Dann darf man nicht mit der SPD koalieren!]

– Weil der Zwischenruf wegen der SPD kommt: Ich muss Ihnen sagen, in diesen Koalitionsverhandlungen war wirklich angenehm, dass man über die Sache geredet hat und versucht hat, über ein gemeinsam erkanntes Problem zu gemeinsamen Problemlösungen zu kommen. Das ist dann manchmal für den einen oder anderen schwierig.

[Niedergesäß (CDU): Das ist neu?]

– Ja, das ist neu. Das hatten Sie nicht hinbekommen, und ich hoffe, dass wir es schaffen, dieses Klima der Koalitionsverhandlungen, das gemeinsame Ringen um Probleme und Problemlösungen nicht nur in der Koalition hinzubekommen, sondern ich sage das auch ausdrücklich als Angebot an die Opposition. Den gemeinsamen Dialog, die gemeinsame Diskussion über die Zukunft in dieser Stadt, die unser gemeinsames Projekt über die Parteigrenzen hinweg sein sollte, wie wir zu vernünftigen Lösungen kommen können, biete ich ausdrücklich an. Dabei sollte parteipolitische Profilierung nicht über die Sache gestellt werden, sondern wir sollten dabei versuchen, zu sachgerechten Lösungen zu kommen. Deshalb das ausdrückliche Angebot an die Opposition, in diese Diskussion, in diese Auseinandersetzung zu gehen, wobei ich klar sage: Wir erwarten von Seiten der Opposition keine Schonfrist.

[Danke! von der CDU]

Es ist die Aufgabe der Opposition, sachgerecht Kritik zu üben.

[Henkel (CDU): Ein Fortschritt zu früher!]

(C) Wir haben in der Vergangenheit, als wir in der Opposition waren, durchaus unsere oppositionelle Kritik als sachgerechte Kritik und häufig auch als konstruktive Kritik formuliert. Ich wünsche mir, dass das auch in dieser Legislaturperiode von der jetzigen Opposition so gemacht wird. Aber eine Garantie dafür haben wir natürlich nicht.

Letzter Punkt, und damit will ich sagen, was auch zum Mentalitätswechsel gehört: Es gibt einen Kritikpunkt an dieser Koalition und an diesem Senat, über den ich nicht hinwegreden will, der berechtigt ist, der einen Schwachpunkt betrifft. Das ist die Repräsentanz von Frauen in diesem Senat. Das hätten wir uns anders gewünscht. Ich glaube, dass es auch in beiden Parteien klar ist, dass diese Lösung, wie wir sie jetzt haben, unter diesem Aspekt keine gute Lösung ist.

[Zuruf des Abg. Dr. Steffel (CDU)]

Ich finde, es muss einfach dazu gehören, dass man auch sagt, wo man nicht zufrieden ist, wie einem etwas nicht gelungen ist, dass man da nicht darüber hinwegredet und das nicht beschönigt. Deshalb will ich das an dieser Stelle deutlich benennen.

Präsident Momper: Herr Kollege, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

Wolf, Harald (PDS): Ich komme zum Schluss.

Ich sage deshalb: Wir werden uns der Kritik stellen, nicht nur aus der Opposition, sondern auch der Kritik und der Auseinandersetzung, die aus der Stadt und von gesellschaftlichen Gruppen kommt. Ich sage gleich, was der entscheidende Punkt ist und was sich mit dieser Koalition ändern muss: dass in dieser Stadt die notwendigen Entscheidungen angepackt werden. Das heißt, dass endlich entschieden wird und das, was entschieden wird, auch umgesetzt wird. Ich glaube, das ist der wesentliche und entscheidende Mentalitätswechsel, der für diese Stadt notwendig ist, und das ist visionär angesichts des Ausgangspunktes nach den letzten zehn Jahren. – Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Kollege! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr Frau Dr. Klotz das Wort. – Bitte schön, Frau Dr. Klotz!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In wenigen Stunden wird Realität sein, was in Berlin, der ehemaligen Mauerstadt, nicht für möglich gehalten wurde: Ein rot-roter Senat übernimmt die politischen Geschicke. SPD und PDS werden gemeinsam regieren.

[Zurufe von der CDU]

Dieser Tag hat eine historische Dimension, das ist unbestritten. Diese historische Dimension ist in der Rede von Christoph Stözl zum Ausdruck gekommen, auch wenn ich nicht alles teile, was Sie an Einschätzungen vertreten haben. Ich muss wirklich sagen – zu Herrn Müller und auch in Richtung von Harald Wolf –: Ich finde es ein wenig billig, darauf mit formaler Kritik zu reagieren, dass er als Vizepräsident dieses Recht nicht hätte. Ich finde, diese historische Dimension muss heute auch – darauf liegt die Betonung – zum Ausdruck kommen, und dieses Recht dazu haben wir in diesem Parlament.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass ein Aufschrei in der Stadt über die Tatsache, dass es eine rot-rote Koalition gibt, ausgeblieben ist. Viele halten eine Regierungsbeteiligung der PDS für einen schlimmen Tabubruch und lehnen sie grundsätzlich ab. Einige jubeln, weil sie der PDS die ersehnte Machtopion gibt. Wenige fürchten die Regierungsbeteiligung der PDS, weil sie in der DDR geschunden und dort geknechtet wurden und weil sie dies einfach nicht vergessen werden. Die große Mehrheit übt sich allerdings derzeit in Fatalismus. Die

Frau Dr. Klotz

- (A) Befürchtung und bei einigen auch die Furcht müssen ernst genommen werden. Deswegen reicht es auch nicht aus, auf kritische Anmerkungen mit dem Vorwurf zu reagieren, dies würde allein der Blockkonfrontation der 50er Jahre entstammen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich sage aber auch: Die Koalition zwischen SPD und PDS entstand auf der Basis demokratischer Wahlen und des Willens beider Parteien, miteinander zu regieren. Wir finden, das ist zu respektieren, auch wenn es uns als Bündnis 90/Die Grünen nicht gefällt. Deswegen werden wir eine faire und eine differenzierte, aber auch eine schonungslose Oppositionspolitik machen. Nach der Vorstellung der letzten vier Wochen gibt es für Schonung auch gar keinen Grund mehr.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Zur Fairness – das sei mir noch gestattet; bezogen auf die unterschiedlichen Einschätzungen der Ampelverhandlungen; ich hoffe, das ist heute wirklich das letzte Mal, dass wir uns darüber unterhalten – gehört aber auch, dass ich sie von den Regierungsparteien erwarte. Deswegen – Michael Müllers Worte, die ich ernst nehme, noch im Ohr – habe ich mich sehr geärgert über einen Brief von Peter Strieder an alle SPD-Mitglieder mit der Aussage, die Ampel sei nicht gelungen, „... weil die Hälfte der Grünen eine Koalition mit der FDP ablehnte und weil die FDP die Bedienung ihrer Klientel vor die Interessen der Stadt stellte.“ Die SPD-Verhandlungsführung habe lange versucht, die beiden kleineren Parteien und ihre gegensätzlichen Positionen zusammenzuführen.

[Beifall bei der SPD]

Aber am Ende sei klar gewesen, mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen ginge es nicht. „Nicht, weil wir nicht wollten, sondern weil sie nicht konnten.“ – Zitatende.

- (B) [Beifall bei der SPD –
Dr. Rexrodt (FDP): Das ist unser Strieder! –
Ritzmann (FDP): Das ist der „Schwarze Kanal“
von Strieder!]

Dies ist wirklich Geschichtsklitterung. In letzter Konsequenz hat zwar die FDP die Verhandlungen verlassen. Auch wir Grünen haben in diesen Verhandlungen sicherlich Fehler gemacht. Aber auch die Verhandlungsführung der SPD hat ihren ganz eigenen und eigenwilligen Beitrag dazu geleistet, und dies hat letztlich zum Scheitern geführt. Das Zusammenführen, wie es in diesem Brief behauptet wurde, war nun wirklich nicht die Stärke der SPD-Verhandlungsführung. Wenn heute das Verhältnis der Berliner SPD durch Rot-Rot ihrem Verhältnis zur Bundesregierung schadet oder dieses Verhältnis ein wenig getrübt ist, dann ist das bedauerlich, aber das Resultat ihrer Entscheidung. Und damit ist es auch ein Problem der SPD, und das lassen wir uns als Grüne nicht in die Schuhe schieben. – So viel dazu und zur Vergangenheit.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Für die Gegenwart will ich sagen, dass sie sich in den letzten Wochen durch tägliche Bekundungen – wir haben es heute wieder erlebt – vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS und Händeschütteln ausgezeichnet hat. War waren aber gleichzeitig – jetzt 14 Tage lang – Zeugen eines Senatsfindungsprozesses, der sowohl bezüglich der Zahl der gehandelten Namen als auch der Absagen Guinnessbuchverdächtig ist. Das Vertrauen der Angefragten in Rot-Rot ist offensichtlich nicht so groß wie das Vertrauen der beiden Regierungspartner zueinander. Es gab erste, zweite und dritte Besetzungen bei der PDS. Es gab Selbstnominierungen, Absagen und hektische Telefonate in letzter Minute bei der SPD.

[Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

– Messen wir das das Gesamtergebnis an den eigenen Ansprüchen von SPD und PDS; das ist ja wohl legitim. – Ein Senat der Besten sollte es sein, ein Senat der inneren Einheit sollte es sein,

- und nicht zuletzt ein Senat, in dem die Frauen nicht am Katzenstisch sitzen. Ich sage: In allen drei Punkten haben Sie Ihr selbst gesetztes Ziel verfehlt, und das ist nicht gut so!

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Und so haftet dem Arrangement der heute zu wählenden Personen – das gilt nicht für jede einzelne, aber für die Gesamtkonstellation – schon der Geruch einer Notlösung an, noch ehe der Senat im Amt sind. Das ist kein guter Start für die Koalition, die aus einer rechnerischen Mehrheit hier im Parlament eine gesellschaftliche Mehrheit machen, die auch mit ihren Politikangeboten überzeugen muss. Ein Senat der Besten wird es ganz bestimmt nicht, weil diese abgesagt haben. Mit zwei **Frauen am Kabinettstisch** zieht Berlin nun gleich mit Bayern. Eine Frau, die in der DDR groß geworden ist, sucht man in diesem Senat vergebens. Auch in Schlüsselressorts sind Frauen nicht mehr zu finden. Ich sage ganz klar: Das ist ein Rückschritt gegenüber dem rot-grünen Übergangssenat. Es ist auch unter demokratischen Gesichtspunkten kein gutes Signal!

Wenn das hier bedauert wird, lieber Harald Wolf, muss ich sagen, dass ich an dieser Senatsbildung nicht beteiligt war.

[Wolf, Harald (PDS):
Ich habe es euch nie vorgeworfen!]

Es ist kein Naturereignis, das über uns gekommen ist, sondern war sozusagen eine freie Entscheidung beider Koalitionspartner, es so zu tun. Insofern ist es auch Ihre Verantwortung, dafür geradzustehen. Es ist ernüchternd, dass die Frauen von der SPD und gerade die der PDS dies so stillschweigend mitgetragen haben! Es bestärkt mich in dem Gefühl, dass hier zwei sozialdemokratische Kulturen zusammentreffen.

[Beifall bei den Grünen]

Wenn die fehlenden Senatorinnen dadurch ausgeglichen werden sollen, dass mehr Staatssekretärinnen berufen werden, kommt das sozialdemokratische Verständnis von Gleichberechtigung uns auch noch teuer zu stehen. Dafür werden Sie auf unsere Unterstützung nicht zählen können.

Der Ostteil der Stadt wird künftig – jetzt spreche ich mit Wolfgang Wieland und zitiere ihn – „personell von zwei Söhnen der Nomenklatura repräsentiert, von denen der eine schon so gottgleich scheint, dass es auch auf sein Geschlecht nicht mehr ankommt und er sich in die Rolle einer Frau versetzen kann.“

[Beifall bei den Grünen –
Heiterkeit bei der CDU und der FDP –
Beifall des Abg. Dr. Lindner (FDP)]

Damit wir uns nicht missverstehen: Jeder Mann und schon gar jeder in einer Regierung, der etwas für die Gleichstellung tut, ist herzlich willkommen. Dass aber Frauen ihre Interessen jetzt nicht mehr selbst vertreten können und sozusagen ein Mann als Sprachrohr gewählt wird, das uns faktisch wieder stellvertretend übernimmt, hätten wir – so dachte ich – längst überwunden.

Am Bedenklichsten ist jedoch der fehlende Zukunftsentwurf, die fehlende Idee, wohin die Reise mit Berlin eigentlich gehen soll. Nun ist einiges von Herrn Müller und Herrn Wolf dazu gesagt worden. Ich teile auch die Einschätzung von Herrn Dr. Rexrodt nicht, dass ein Koalitionsvertrag höchstens 3 Seiten lang sein muss und man irgendwie sagt, man wolle die Wirtschaftskraft in dieser Stadt stärken. Das halte ich für nicht ausreichend. Sie, die Regierungskoalition, müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass viele, die diesen Koalitionsvertrag gelesen haben, dass Journalisten, die darüber geschrieben haben, dieser Zukunftsentwurf fehlt. Die Idee fehlt, wohin es mit dieser Stadt gehen soll. Wenn Sie für den Koalitionsvertrag genauso viel Zeit und Zeilen – sie wurden ausgezählt, habe ich mir sagen lassen – in der Präambel zur Zukunftsentwicklung wie zur Vergangenheit verwendet hätten, dann wäre das ein Signal gewesen. Sparen bis es quietscht, ist kein Konzept für eine 3 1/2-Millionen-Stadt. Es ist auch kein Konzept für die Finanzpolitik. Gestalten und Sanieren, das muss die Prämisse für die Haushaltspolitik der nächsten Jahre sein. Dazu gehört es, Gestaltung

Frau Dr. Klotz

- (A) und Haushaltseinsparungen mit klaren politischen Schwerpunkten zu verknüpfen. Der rot-grüne Senat hatte hierzu einen Anfang gemacht, indem er die Bildung verbessert, die Hochschulverträge verlängert und die Kulturfinanzierung abgesichert hatte. Rot-rot stellt nun zwei dieser Schwerpunkte in Frage: die Wissenschaft und die Kultur, und kündigt an, die Hochschulverträge mit der Schließung des Uni-Klinikums Steglitz zu brechen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit Berlins. Es ist übrigens auch kein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, weil es letztlich und mittelfristig betrachtet finanzpolitisch unsinnig ist.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei der FDP]

Dabei brauchten wir gerade auch in Erinnerung an das, was wir hier erlebt haben, eine langfristige Planung zur Haushaltskonsolidierung, aber auch die Hilfe des Bundes. Unter neuer Finanzkultur verstehen wir die absolute Transparenz der Finanzplanung und – das ist genauso wichtig – eine öffentliche Verständigung über die Ziele, die diese Stadt haben muss. Sparen kann man nur, wenn man weiß, wofür. Was ist Sinn und Zweck des Sparens? Und nicht nur, was Sinn und Zweck der Hauptstadt ist. Es reicht dauerhaft auch nicht, immer wieder auf die Verantwortung der CDU für die Haushaltskrise und die Bankensituation zu verweisen, wobei es – das gebe ich gern zu – nach so manchem Redebeitrag der CDU hier immer wieder herausgefordert wird. Es reicht aber allein nicht aus.

Um eine Finanzplanung zu machen, muss man wissen, welche Stadt man will. Nur wer seine Ziele geklärt hat, kann letztlich auch über die Finanzmittel dafür reden.

Die **Zukunft der Stadt** liegt – darin waren sich während des Wahlkampfes alle hier im Haus vertretenen Parteien einig – in der Entwicklung der Stadt zu einer Stadt des Wissens und der Forschung. Die Kultur muss eine Perspektive bekommen. Eigeninitiative und Selbsthilfepotentiale müssen gestärkt werden. Eine radikale Reform der Verwaltung ist überhaupt die Voraussetzung, um finanziell und wirtschaftlich wieder auf die Füße zu kommen.

- (B) Berlin braucht Zuwanderung und einen Plan, damit die Chancen der EU-Osterweiterung nicht gerade an dieser Stadt vorbeigehen. Sich auf neue Technologien zu konzentrieren, beispielsweise im Umweltschutz oder in der Medizintechnologie und damit interessant für den osteuropäischen Markt zu werden, ist die wirkliche Voraussetzung, um sich aus der Schuldenfalle zu befreien!

Dass das wichtigste Ressort, die Finanzen, erst nach langem Suchen besetzt werden konnte, spricht Bände. Es spricht nicht nur Bände über die schwierige Haushaltssituation des Landes. Wir bedauern den Weggang von Christiane Krajewski, die ein wirklicher Gewinn für Berlin war, auch wenn manches, was sie sich und was sich auch der Übergangssenat vorgenommen hatte, in dieser kurzen Zeit nicht umgesetzt werden konnte.

Eigentlich hätte man heute darüber nicht mehr reden müssen, wie ihre Absage wirklich motiviert war. Aber wenn ich gestern im Radio auf allen Kanälen höre, dass sowohl Klaus Wowereit als auch Peter Strieder auf die Frage, ob Frau Krajewski von den SPD-Spitzen wirklich so allein gelassen worden sei, antworten: Sie sei im Senatsgästehaus sicher sehr einsam gewesen, ohne Mann und ohne Familie, dann ist dies an Chauvinismus nicht mehr zu toppen! Die SPD braucht sich wirklich nicht mehr zu wundern, wenn Sie keine Frauen für diesen Senat findet!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Henkel (CDU): Solche Machos!]

Ob Herr Sarrazin erfolgreich in seinem Amt sein wird, bleibt abzuwarten. Der Ruf, der ihm vorausseilt, ist widersprüchlich. Er soll kompetent, neoliberal mit rotem Parteibuch, ein Querdenker und Exzentriker sein.

[Dr. Rexrodt (FDP): Das Mittlere ist das Beste!]

So lautet der ihm vorausseilende Ruf. Das ist eine interessante Mischung. In jedem Fall hat er die Aufgabe, einen verfassungswidrigen Haushalt für das Jahr 2002 und eine unseriöse Finanz-

- planung durchzusetzen, denn – auch das ist eine Enttäuschung – Rot-Rot hält an der Fiktion fest, bis zum Jahr 2009 die Netto-Neuverschuldung auf Null zu senken, sagt aber nicht, wie. Dieses Ziel umzusetzen, ist unrealistisch. Es würde die Stadt die Luft zum Atmen kosten – das sage ich hier in aller Deutlichkeit!

[Beifall bei den Grünen]

Ein Versprechen – ich habe es schon einmal angeführt –, das alle Parteien den Wählern gegeben haben, ist es, Wissenschaft und Kultur zu stärken. Das ist nicht nur wichtig, weil wir die Opern, die Theater und Universitäten in dieser Stadt Berlin schätzen, sondern auch aus ganz beinhalten wirtschaftspolitischen Erwägungen. Das Uniklinikum Steglitz schließen zu wollen, ist die erste wirklich folgenschwere wirtschaftspolitische Fehlentscheidung, die dieser Senat getroffen hat.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Berlin wird nie wieder Industriemetropole werden. Das wissen wir doch alle. Die neuen Arbeitsplätze entstehen im Dienstleistungsbereich und gerade im Umfeld von Universitäten und Forschungseinrichtungen. Da entstehen auch wirtschaftliche Netzwerke, so wie in Steglitz mit Hunderten von Arbeitsplätzen, besonders an diesen Schnittstellen zu Wissenschaft und Forschung. All das soll mit einem Federstreich kaputtgemacht werden, ohne mit den Betroffenen zu reden, ohne das Votum der Experten abzuwarten, ohne wirklich nach Alternativen gesucht zu haben.

[Hoff (PDS): Das ist doch Unsinn!
Das ist Quatsch, was Sie erzählen!]

– Nein, das ist kein Unsinn! Gut! Darauf gehe ich gern ein. Der Zwischenruf von Benjamin Hoff von der PDS war, dass dies Unsinn sei. Es ist eine Entscheidung, die die rot-rote Koalition in den Verhandlungen getroffen hat. Der Präsident der Freien Universität, Herr Prof. Gaehtgens – er sitzt übrigens oben bei den Zuhörern, Sie sind herzlich willkommen hier als Gast, das erlaube ich mir jetzt, Herr Präsident –

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Momper: Ich schließe mich der Begrüßung an.

Frau Dr. Klotz (Grüne): – und andere haben diese Entscheidung aus der Zeitung erfahren.

[Gaebler (SPD): Seit zehn Jahren reden wir
mit denen, das wissen Sie genau!]

Ein entscheidender Punkt ist: Wenn wir mehr als einen Machtwechsel, sondern wirklich einen Politikwechsel haben wollen, dann geht es auch darum, eine andere politische Kultur zu entwickeln, den Dialog zu führen, in Kommunikation einzutreten und Betroffene zu Mitwirkenden zu machen

[Beifall der Abgn. Over (PDS) und Klemm (PDS)]

und sie nicht hinterher über Entscheidungen in Kenntnis zu setzen, die am roten Tisch getroffen wurden. Ich finde, das ist auch an der jetzigen politischen Kultur der Koalitionspartner zu kritisieren und will das einmal in aller Deutlichkeit hier sagen.

Präsident Momper: Frau Dr. Klotz! Genehmigen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hoff?

Frau Dr. Klotz (Grüne): Nein, ich habe auf das Argument, dass das nicht stimmt, schon reagiert. Wir werden diese Diskussion hier noch oft genug führen.

[Hoff (PDS): Polemik!]

Ich denke, die Schließung ist noch nicht in trockenen Tüchern. Rot-Rot kann sich warm anziehen bei diesem Vorhaben. Das betrifft nicht nur alle drei Oppositionsfraktionen, das betrifft auch viele in der Stadt.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Frau Dr. Klotz

- (A) Es ist wirklich so, es gibt keinen Aufschrei über Rot-Rot, aber es gibt einen Aufschrei über diese Fehlentscheidung. Deswegen werden wir versuchen, sie rückgängig zu machen.

[Dr. Rexrodt (FDP): Das ist die richtige Dimension! –
Gram (CDU): Rot-Rot aber auch!]

Ich will aber noch etwas dazu sagen, wie dies mit Steglitz kommuniziert wird, weil ich auch das ärgerlich finde für das Zusammenwachsen der Stadt und für den Anspruch, dies sei eine Koalition, die wirklich die Stadt zusammenwachsen lasse. Das Argument, auch der Osten habe die vielfachen Abwicklungen und Schließungen verkräftet, polarisiert und spaltet. Es sollte in Zukunft unterlassen werden. Falsche Entscheidungen im Ostteil werden nicht dadurch besser, dass man später auch falsche Entscheidungen im Westen trifft. Fehlentscheidungen sollten in Zukunft möglichst ganz unterbleiben, und zwar für die gesamte Stadt.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Thomas Flierl, der neue Wissenschafts- und Kultursenator wird nicht nur wegen seiner Vorgängerin kein leichtes Amt antreten. Dass erst Gregor Gysi und dann – –

[Zurufe von der PDS]

– Da brauchen Sie nicht gleich loszuschreien, wenn ich sage, es wird kein leichtes Amt sein, das ist doch nun noch völlig wertfrei. Er wird kein leichtes Amt antreten.

[Over (PDS): Nein, nein!]

Und dass erst Gregor Gysi und dann Lothar Bisky abgewinkt haben, hat Schaden für das Ressort, aber auch für die Person verursacht. Das Entscheidende aber wird sein, dass der neue Senator darum kämpfen muss, nicht allein als Abwickler von Wissenschafts- und Kultureinrichtungen wahrgenommen zu werden.

- (B) [Zuruf von der CDU: Wird er wohl werden!]

51 Millionen Euro – Euro, nicht Mark, ich rechne nämlich in Euro, Herr Rexrodt, Sie rechnen immer noch in Mark, ist mir eben aufgefallen –

[Heiterkeit bei der FDP]

an Kürzungen ist wirklich angesichts des Wahlversprechens der PDS, dass gerade in der Kultur aufgestockt werden soll, ein ziemlich starkes Stück. Daran ändert auch die überaus dialektische Formulierung nichts, die sich in diesem Koalitionsvertrag findet, der Kulturplafond werde auch bei weniger Haushaltsmitteln nicht abgesenkt.

[Zuruf des Abg. Wolf, Harald (PDS)]

Das ist ein Widerspruch an sich. Auch hier kündigen wir Opposition an.

Für Thomas Flierl, der all diese drastischen und falschen Einschnitte umsetzen soll, haben wir uns ein Geschenk für das neue Amt und das Amtszimmer überlegt, das wir dann nachher, wenn die Wahl erfolgt ist, übergeben werden. Keine Angst, es ist nicht der befürchtete Kulturbeutel.

[Dr. Rexrodt (FDP): Ein Zollstock?]

Dass Ehrhart Körting in dieser Senatsbildung, um zu der nächsten Person zu kommen, nicht zum Bauernopfer wurde, das ist ein gutes Signal, und wir schätzen diese Entscheidung.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Was sich über die anderen zukünftigen Senatsmitglieder sagen lässt, lässt sich kurz folgendermaßen auf den Punkt bringen: Über Peter Strieder wird mittlerweile ja gesagt, es sei ihm egal, wer unter ihm Regierender Bürgermeister sei. Uns, lieber Peter Strieder, ist aber nicht egal, dass auch Sie nach Pressemitteilung die allseits bekannten und attraktiven Fonds der Berliner Landesbank, für die die Steuerzahlerinnen und -zahler zur Kasse gebeten werden, gezeichnet haben sollen. Ich finde, wie die CDU versucht hat, dies am Anfang der Sitzung zu skandalisieren, ist nicht angemessen. Ich finde aber auch die Reaktion des Regierenden Bürgermeisters wenig hilfreich. Ich finde, Peter Strieder, wenn Sie wirklich hier für Transparenz und Offenheit stehen, dann sollten Sie sich zu diesem Vorwurf erklären, sollten sich dazu äußern, sollten sich öffentlich – vor der Senatswahl – äußern und sollten mit dieser Situation umgehen und hier nicht auf der Bank sitzen und schweigen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Klaus Böger ist ein Lobbyist für die Bildung.

[Zuruf von rechts: Opportunist!]

Ob es sich in diesem Senat damit durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Die PISA-Studie wird Ihnen dabei helfen.

Karin Schubert geht der Ruf einer durchsetzungsfähigen Frau voraus. Durchsetzungsfähigkeit braucht sie auch als Justizsenatorin, damit sie die in Berlin über Jahre verwahrloste Justiz nach dem kurzen halbjährigen Zwischenspiel, wo das nicht zu bewältigen war, nun wirklich modernisieren kann.

Frau Knake-Werner wird sich daran messen lassen müssen, wie sie es schafft, die Sozialhilfeempfänger, von denen es Hunderttausende in dieser Stadt gibt, in Arbeit zu integrieren, ihnen eine Beschäftigungsperspektive zu bieten. All dies wird nicht mit Befehl von oben möglich sein, sondern nur mit intelligenter Verwaltungsreform und unter Einbindung der Bezirke.

[Dr. Rexrodt (FDP): Jetzt verteilt sie Fleißkärtchen!]

Präsident Momper: Frau Kollegin! Würden Sie zum Schluss kommen?

Frau Dr. Klotz (Grüne): Ja. – Jetzt habe ich mich zu entscheiden zwischen zwei Möglichkeiten: Entweder ich sage jetzt noch etwas zum Regierenden Bürgermeister

[Dr. Rexrodt (FDP): Oh ja, der fehlt noch!]

oder etwas zur Geschichte und zur Präambel. Was ist denn Ihr Wunsch, Herr Rexrodt?

[Heiterkeit – Zurufe von der FDP: Bürgermeister!]

Ich entscheide mich für die Geschichte,

[Braucher (PDS): Ja!]

weil der Bürgermeister ja bleibt, über ihn werden wir noch öfter reden können. – Wir werden die Senatsmitglieder daran messen, ob Sie das, was sie den Berlinerinnen und Berlinern versprochen haben, auch wirklich halten werden, also daran, was sie für die Zukunft dieser Stadt zu leisten vermögen. Aber wir werden dabei auch die Vergangenheit und die Geschichte nicht aus den Augen verlieren. Anders als manche öffentliche Äußerung der vergangenen Wochen zollen wir den deutlichen Worten in der Präambel zur Zwangsvereinigung, zur Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni, zum Bau der Mauer und auch zum Schießbefehl Respekt. Wir sagen aber auch: Mit dem Versuch, die Vergangenheit in einen Satz zu gießen, darf nicht der Versuch einhergehen, diese Vergangenheit auch zu entsorgen.

[Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Insofern darf der Satz aus der Präambel, auf Dauer dürfe die Vergangenheit nicht die Zukunft beherrschen, nicht dazu führen, zu verdrängen, zu vergessen und zu verschweigen. Darauf werden wir achten. Wir werden auch darauf achten, dass die Transparenz von Biographien als politisches Handeln zu verstehen ist, dass es eine wirkliche Auseinandersetzung mit Vergangenheit gibt, eine Aufarbeitung von Geschichte. Unterlassungserklärungen allein reichen uns da nicht aus. Denn nur ein offenes Umgehen mit der Geschichte wird am Ende – egal welche Koalition regiert – die vielbeschworene Einheit dieser Stadt wirklich herstellen können. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Beifall des Abg. Dr. Stözl (CDU)]

(C)

(D)

(A) **Präsident Momper:** Danke schön, Frau Dr. Klotz! – Das Wort hat nun für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Gregor Hoffmann. Die CDU hat noch eine Restredezeit von 6 Minuten.

[Zuruf von der CDU: 8 Minuten!]

Hoffmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erinnern – ich wende mich heute an die Berlinerinnen und Berlin und bitte Sie, sich einmal folgende Situation vorzustellen.

[Zuruf von der PDS:

Die Zuhörer gehen schon, schauen Sie nur!]

Sie bewerben sich gerade um einen Ausbildungsplatz, und Sie legen die besten Zeugnisse vor. Die Personalchefin guckt sich diese genau an und sagt zu Ihnen: Das ist ja hervorragend, Sie können bei uns anfangen. Füllen Sie nur noch den Personalbogen aus. – Stutzig werden Sie nur bei der Frage, nachdem Sie vorher strahlend und zuversichtlich diesen Bogen angefangen haben auszufüllen, ob Sie Verwandte in Westdeutschland haben. Wenn Sie diese Frage wahrheitsgemäß mit Ja ankreuzen, reißt Ihnen die Personalchefin die Unterlagen aus der Hand und meint, es habe gar keinen Sinn weiterzuschreiben. So erging es mir 1987 – mit 16 Jahren –, nicht einmal drei Jahre vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes in dieser Stadt. Auch dies ist ein Teil der deutschen Geschichte, das Durchkreuzen meiner Berufspläne z. B. oder dass ich meine Oma zu ihrem 75. Geburtstag nicht besuchen durfte, weil ich meinen Wehrdienst noch nicht abgeleistet hatte. Oder dass ich eine Studiendelegation nicht bekommen würde, wenn ich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft nicht beitrete. Diese vielfältigen Unterdrückungsmechanismen für ganz normale Bürger, diese politischen Schikanen rücken immer seltener in den Blick.

Es gab die Mauer. Es gab ein gigantisches Spitzelsystem, zu dem sogar manche der heute handelnden Personen – ich würde mir wünschen, dass gerade Herr Gysi dem beiwohnen würde – eine Beziehung der einen oder anderen Art unterhielt. Es gab Hohenschönhausen und Bautzen. Aber hinter diesen spektakulären Menschenrechtsverletzungen gab es doch den grauen sozialistischen Alltag, der Freiheit, Autonomie und Selbstbestimmung mit Füßen trat. Das waren die unentrinnbaren Verhältnisse, mit denen sich viele arrangieren mussten, ohne sie für gut zu heißen. Sie erinnern sich: Die Partei, die Partei, die hat immer Recht. – Die SED wusste besser als wir selbst, was für uns gut war. Sie wollte den sozialistischen Menschen erziehen. Was will sie heute als PDS? – Sie bleibt die Partei mit einem unabdingbaren Hegemonieanspruch, und dies unter anderem mit einer DKP-Vertreterin aus dem alten Westdeutschland.

Reste dieses Alleinvertretungsdünkels finden Sie bis heute, nämlich in der dreisten Behauptung, nur die PDS sei für die Bewohner der ehemaligen DDR repräsentativ und nur die **Machtbeteiligung der PDS** sei ein Beitrag zur inneren Einheit. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wären mit der inneren Einheit ohne die PDS in diesem Land schon viel weiter.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Ich spreche niemandem das Recht und die Fähigkeit ab, in zwölf Jahren umzudenken oder umzulernen, auch nicht Herrn Gysi, der zum SED-Regime in keinerlei Widerstandshaltung stand, wie er selbst sagt, auch nicht Herrn Flierl, der ausgerechnet in der Hochzeit der Ausbürgerungswelle, Stichwort Biermann, freiwillig der SED beitrat. Aber, ich hege doch tiefe Skepsis, dass sich Grundhaltungen und Grundüberzeugungen, die in langen Jahren gewachsen sind, völlig überwinden und unterdrücken lassen. Zumal auch der Wille dazu fehlt, was ein Blick in die Programmatik der PDS nur zu deutlich macht. Allerdings staune ich vor der Naivität vieler Mitbürger, die sich vom pragmatischen Auftreten der PDS-Funktionäre blenden lassen und den ideologischen zentralistischen Überbau dieser Partei nicht erkennen. Es ist doch die offizielle Lesart der PDS, dass der Sozialismus im Kern eine gute Sache ist, dass er aber von der DDR nur schlecht umgesetzt worden sei. Mit anderen Worten: Das mit dem Sozialismus machen wir dieses Mal besser, und die heutige Wahl von

ehemaligen SED-Funktionären zu Senatoren im freien, demokratischen, wiedervereinten Berlin ist eine dieser Etappen, die ich mit Sorge für unsere Stadt betrachte.

[Beifall bei der CDU]

Nun gut, die PDS macht nichts anderes als das, was in ihrer strategischen Tradition steht, nach dem Motto: heute Berlin, morgen ganz Deutschland.

Dreiviertel der Berliner – und das lassen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen – Wählerinnen und Wähler haben nicht PDS gewählt, nein, mehr noch: 78 Prozent. Wieso kommt es dennoch zu einer Regierungsbeteiligung der PDS? Gab es wirklich keine Alternativen? – Es gab mehrere Alternativen. Ohne SPD, ohne die Herren Momper, Wowereit und Strieder wäre das so nicht möglich gewesen. Alle Berliner, vor allem die aufrechten Sozialdemokraten im Ostteil, die ihre Hoffnungen darauf gesetzt haben, dass die Partei eines Kurt Schumacher, eines Ernst Reuter und eine Willy Brandt niemals zum Steigbügelhalter des Kommunismus herabwürdigen ließe, sind ab heute bitter enttäuscht.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Enttäuscht von Ihnen, Herr Wowereit und Herr Strieder,

[Cramer (Grüne): Und Landowsky auch!]

die sie eine historische Wende nach links vollziehen. Mag sein, dass Sie jetzt meinen, sich endlich vom ungeliebten Joch der CDU befreit zu haben, aber Sie haben sich dafür unter ein weit-aus gefährlicheres Joch begeben, unter ein ideologisches.

[Wolf, Harald (PDS): Geben Sie wenigstens zu, dass Ihnen das Joch fehlt!]

Heute ist in der Tat ein historischer Tag,

[Pewestorff (PDS): Heute ist Donnerstag!]

aber er wird zu den Tagen gehören, an die sich Berlin in absehbarer Zeit nicht gern erinnert und der schon heute einer Mehrheit von Berlinerinnen und Berlinern vor das Gesicht schlägt und deutlich macht: Es gibt nur eine Mitte – die Union.

[Beifall bei der CDU – Gelächter bei der PDS]

Präsident Momper: Herr Kollege! Würden Sie bitte zum Schluss kommen!

Hoffmann (CDU): Deshalb wende ich mich in einem letzten, vermutlich vergeblichen Appell an Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion: Es liegt in Ihrer Hand, den Ausgang dieses Tages zu verändern. Betrachten Sie sich als freie Abgeordnete, die ihrem Gewissen verpflichtet sind und nicht als vollautomatisierte Steigbügelhalter der Damen und Herren Gysi und Co.

[Pewestorff (PDS):

Haben Sie das selbst aufgeschrieben?]

Selbst wenn Sie nicht historisch, sondern nur zukunftsgerichtet denken und hier eine Zusammenfügung von SPD und PDS zu einer SPDS verhindern wollen, werden Sie gut daran tun. Sollten Sie aber dennoch diese geplante rot-dunkelrote Regierung wählen, können Sie sicher sein, dass die CDU-Fraktion der Anwalt für alle Berlinerinnen und Berliner sein wird,

[Cramer (Grüne): Wie Landowsky!]

die nicht aufwachen wollen und sehen, wie der Sozialismus wiederholt, was er schon einmal getan hat, nämlich ein Land herunter zu wirtschaften und die Bürger im Stich zu lassen.

Präsident Momper: Herr Kollege! Kommen Sie bitte zum Schluss!

Hoffmann (CDU): Wir werden als größte Oppositionspartei sachlich, aber kritisch diesen Senat begleiten

[Cramer (Grüne): So sachlich wie jetzt?]

Hoffmann

(A) und immer Position für die Berlinerinnen und Berliner beziehen. Sie werden sich auf einen inhaltlich scharfen Wettstreit für die besseren Ideen für unsere Stadt einstellen müssen.

Präsident Momper: Herr Kollege! Ich fordere Sie jetzt zum letzten Mal auf, zum Schluss zu kommen.

Hoffmann (CDU): Noch ein Satz. – Die CDU-Fraktion wird sich richtigen Entscheidungen nicht verschließen. Wir werden an konstruktiven Lösungen für unsere Stadt mitwirken und Ihnen bessere Alternativen aufzeigen, denn uns geht es um ein freies, liebenswertes und zukunftsfähiges Berlin für die Berlinerinnen und Berliner, bei dem wir gern mit anpacken. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Präsident Momper: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir nunmehr zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters, der Bürgermeister und des Senats.

Zum Wahlverfahren gestatten Sie mir einige Anmerkungen. Zum Regierenden Bürgermeister von Berlin wurde Herr Klaus Wowereit vorgeschlagen. Ich habe den Brief der SPD-Fraktion zuvor verlesen. Gemäß Artikel 56 Absatz 1 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 75 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wird der Regierende Bürgermeister mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Ich betone noch einmal besonders und ausdrücklich: mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei der Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen Stimmen zählen nach unserer Geschäftsordnung die Stimmenthaltungen und die ungültigen Stimmen mit.

Ein Stimmzettel ist vorbereitet worden. Auf ihm finden Sie wie üblich die drei Möglichkeiten: Ja, Nein oder Enthaltung. – Ich bitte Sie, Ihr Votum entsprechend abzugeben. Ein leerer Stimmzettel ist keine Enthaltung, sondern wird als ungültig gewertet, weil Sie das Votum Enthaltung extra ankreuzen können. Anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken werden ebenfalls als ungültig gewertet.

(B)

Ich bitte nunmehr um die Aufstellung der Wahlkabinen. Dann bitte ich Sie, sich nachher an den entsprechenden Wahlkabinen einzufinden. Es ist zu beachten, dass Sie die Stimmzettel nur in den Wahlkabinen ausfüllen. Meine Bitte ist, dass die seitlich stationierten Fernsehkameras jetzt ausgeschaltet werden, andernfalls bestünde die Möglichkeit, dass mit dem Teleobjektiv ein Einblick in das einzelne Abstimmungsverhalten der Abgeordneten genommen wird. Ist das sichergestellt? – Ich bitte dann die Beisitzer, an der rechten und linken Seite neben den Wahlkabinen Aufstellung zu nehmen. Das ist schon der Fall. Nunmehr bitte ich Frau Anja Hertel, die schon am Redepult steht, mit dem Namensaufruf zu beginnen. – Bitte schön, Frau Hertel!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Haben alle Gelegenheit gehabt, ihre Stimme abzugeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das offensichtlich der Fall. Damit schließe ich den Wahlgang und bitte die Beisitzer, die Stimmen auszuzählen. Bis zum Vorliegen des Ergebnisses unterbreche ich die Sitzung.

[Auszählung]

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis liegt vor, und ich kann es Ihnen mitteilen.

Zur Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin wurden 140 Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 74 Abgeordnete, mit Nein stimmten 66 Abgeordnete. Es gab keine Enthaltungen und keine ungültigen Stimmen. Damit hat Herr Klaus Wowereit die erforderliche Mehrheit erhalten und ist zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der PDS]

(C) Jetzt bitte ich Herrn Klaus Wowereit, mir seine ungeteilte Aufmerksamkeit zu schenken. – Herr Wowereit, ich frage Sie, ob Sie die Wahl abnehmen.

Wowereit (SPD): Ja, ich nehme die Wahl an.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Beifall des Abg. Dr. Rexrodt (FDP)]

Präsident Momper: Danke schön! – Ich unterbreche jetzt kurz die Sitzung, nicht nur, um die Gratulation zu ermöglichen, sondern ich brauche auch noch einen Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters für die Bildung des Senats.

[kurze Unterbrechung]

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen den vom Herrn Regierenden Bürgermeister eingegangenen Brief verlesen:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin

An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses,
Herrn Walter Momper

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf Grund des mir erteilten Auftrags zur Regierungsbildung schlage ich gemäß Artikel 56 Abs. 2 und Artikel 58 Abs. 4 der Verfassung von Berlin vor, die nachstehend aufgeführten Geschäftsbereiche zu beschließen und die folgenden Damen und Herren zu Mitgliedern des Senats zu wählen:

zur Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz Frau Karin Schubert;

zum Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen Herrn Dr. Gregor Gysi;

zum Senator für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Herrn Klaus Böger;

zum Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen Herrn Dr. Thilo Sarrazin;

zur Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Frau Dr. Heidi Knake-Werner;

zum Senator für die Senatsverwaltung für Inneres Herrn Dr. Ehrhart Körting;

zum Senator für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Herrn Peter Strieder;

zum Senator für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur Herrn Dr. Thomas Flierl.

Ich bitte, eine Entscheidung des Abgeordnetenhauses über meine Vorschläge in seiner heutigen Sitzung herbeiführen zu wollen und feststellen zu lassen, dass der Bereich Technologie zur Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen gehört. Darüber hinaus möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass beabsichtigt ist, die Zuständigkeit für den Stellenplan und das Überhangmanagement von der Senatsverwaltung für Inneres auf die Senatsverwaltung für Finanzen zu verlagern.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Wowereit

(D) – So weit der Vorschlag des Herrn Regierenden Bürgermeisters. – Ich darf nunmehr darum bitten, dass wir eine Entscheidung über diese Vorschläge in der heutigen Sitzung treffen. Die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten Peter Strieder, Erhart Körting und Klaus Böger sind Ihnen bekannt. Ich darf die noch nicht diesem Hause bekannten neuen Kandidatinnen und Kandidaten für ein Senatorenamt bitten, sich kurz vorzustellen. Dies hatten wir im Ältestenrat so vereinbart. Ich darf Sie dann bitten, jeweils ans Rednerpult zu treten, und zwar zuerst Frau Karin Schubert. – Bitte schön, Frau Schubert, Sie haben das Wort zu einer kurzen Vorstellung!

(A) **Frau Schubert:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin 1944 in Erfurt geboren und, Frau Dr. Klotz, ich bin in der DDR groß geworden, jedenfalls so groß wie heute, 1,74 Meter.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich habe dort auch die Schule besucht, auch die Oberschule, habe aber Abitur in Bayern gemacht. Ich habe dann Psychologie, Soziologie und Jura studiert. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich bin jahrelang Richterin gewesen, in fast allen Verfahrenssparten, auch in der Spezialgerichtsbarkeit. Das ist mir dadurch ermöglicht worden, weil ich nach der Wende wieder in die neuen Bundesländer zurückgekehrt bin, nach Mecklenburg-Vorpommern, und dort naturgemäß die noch nicht neu strukturierten Gerichte geführt habe, wozu auch die öffentliche Gerichtsbarkeit und die Arbeitsgerichtsbarkeit gehörte. Ich bin 1994 Justizministerin geworden, das heißt also zwei volle Legislaturperioden mit wenigen Wochen Ausnahme. Und ich denke, was man mir hier nachgesagt hat – durchsetzungskräftig – ist notwendig, um etwas aufbauen zu können. Denn aufbauen kann man nur gegen den Willen vieler Interessentengruppen, und da braucht man schon einen starken Atem. Und ich glaube, ich habe ihn.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich möchte hier in Berlin das tun, was ich in Sachsen-Anhalt mit Erfolg gemacht habe, nämlich modernisieren und die Arbeitsabläufe optimieren, ich möchte die Verfahren beschleunigen – nicht zu verwechseln mit dem besonders beschleunigten Verfahren im Strafrecht, sondern ich möchte Rückstände abbauen lassen, und ich möchte vor allen Dingen die Wartezeiten verkürzen.

[Beifall bei der SPD]

Denn Berlin hat Vorbildfunktion. Berlin ist die Hauptstadt, und dazu gehört auch, dass dort eine Justiz angesiedelt ist, die Vorbildfunktion hat. Und Vorbildfunktion heute, im 21. Jahrhundert, ist Technisierung, ist Onlinevernetzung mit Behörden, die mit ihr zusammenarbeiten. Dazu braucht man im Anfang etwas Geld, Herr Finanzsenator.

(B)

[Heiterkeit links]

Wer zuerst investiert, kann hinterher sparen. Ich denke, das ist der richtige Weg.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Frau Schubert! Das war ja schon eine halbe Regierungserklärung und der erste Teil der Haushaltsdiskussion. Das war gar nicht gefordert, wenn ich das mal so sagen darf, aber doch interessant.

Herr Dr. Gregor Gysi hat nunmehr das Wort. – Bitte schön, Herr Dr. Gysi!

[Zuruf von der CDU: Muss nicht sein!]

Dr. Gysi (PDS): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin 1948 in dieser Stadt, in Berlin, geboren worden. Meine Familie väterlicherseits ist acht Generationen vorher aus der Schweiz direkt nach Berlin übersiedelt und lebte seitdem auch in Berlin, zunächst als Bäcker, dann als Ärzte. Mein Vater war dann der Erste, der dieses Studium nicht mehr ergriff. Herr Stölzl, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Es ist immer schwer, im Rahmen parteipolitischer Auseinandersetzungen Geschichte zu betreiben, weil sie dann notgedrungen auch einseitig wird. Sehen Sie, als mein Vater sich zum Beispiel entschloss, Kommunist zu werden aus Überzeugung, das war im Jahr 1928, glaube ich, das war natürlich zu einer Zeit, als man damit ja keine Karriere machen konnte. Es müssen also ganz andere Motive gewesen sein, die ihn dazu bewegt haben. Sicherlich glaubte er in erster Linie, damit seine Vorstellungen einer wirklich sozial gerechten Gesellschaft umsetzen zu können. Er hat dann aktiv gegen die Nazis gekämpft. Und ich muss Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, weil Sie die bürgerliche Mitte so ausschließlich gewürdigt haben, zur deutschen Geschichte gehört natürlich

(C) auch, dass in dieser Zeit SPD und KPD den aktiven Widerstand gegen das Naziregime leisteten, während eben die bürgerliche Mitte ihn so gut wie nicht leistete, von Ausnahmen abgesehen,

[Beifall bei der PDS und der SPD]

was die Machtergreifung der Nazis wesentlich erleichtert hat.

[Dr. Rexrodt (FDP): 20. Juni!]

Auf der anderen Seite, das ist eine Wahrheit, überall dort, wo Kommunistinnen und Kommunisten dann die Macht ergriffen, haben sie sie missbraucht. Sie können das doch einfach nicht leugnen. – Dass es in der bürgerlichen Mitte welche gab, habe ich doch gar nicht bestritten. Aber in ihrer großen Mehrheit gingen sie diesen Weg leider nicht mit, sondern das waren Ausnahmen, die diesen Weg gingen. – Und als dann die Kommunistinnen und Kommunisten irgendwo zu staatlicher Macht kamen, da allerdings haben sie dann Grundrechte von Freiheit und Demokratie verletzt, selbst Unrecht begangen und auch Verbrechen. Das ist überhaupt nicht zu leugnen, und das bedarf der in jeder Hinsicht kritischen Aufarbeitung. Ich sage das aber dennoch, weil ich glaube, dass nur, wenn wir so gerecht mit Biographien und auch mit Parteien und ihren Schicksalen umgehen, wir zu einer inneren Verständigung und damit auch Einheit kommen.

Bei meiner Mutter war das anders, auch wieder interessant, weil es auch deutsche Geschichte ist; ihr Vater war ja Deutscher, und sie lebten in Petersburg. Mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurden sie feindliche Ausländer und mussten deshalb nach Deutschland zurückkehren, und so kamen sie auch nach Berlin.

Also 1948 geboren, damals wohnten meine Eltern übrigens in Schlachtensee; geboren wurde ich allerdings im Krankenhaus in Lichtenberg, und 1949 zogen sie in den Ostteil der Stadt um. Ich habe mir natürlich manchmal überlegt: Wie wäre mein Leben verlaufen, wenn wir nicht umgezogen wären? – Das weiß ich nicht, und deshalb spekuliere ich auch nicht. Aber eins weiß ich: Es gemahnt mich umgekehrt zur Vorsicht. Weil ich es nicht weiß, erlaube ich mir auch kein Urteil, welche Entwicklung ich denn genommen hätte, wenn ich im Westteil der Stadt aufgewachsen wäre. So war es nicht. Ich habe die Schule besucht, ich bin – darauf wurde heute schon hingewiesen – auch zum Facharbeiter für Rinderzucht ausgebildet worden, während der Schulzeit. Ich habe dann Jura studiert, wurde Rechtsanwalt und war viele Jahre bis heute als Rechtsanwalt tätig.

In die Politik bin ich 1989 gekommen, so ab Herbst des Jahres, im engeren Sinne. Ein politisch motivierter denkender Mensch war ich schon immer, aber im engeren Sinn Politiker bin ich in dieser Zeit geworden. Und ich muss auch sagen, dass mich das sehr geprägt hat, was in dieser Zeit geschehen ist, auch nach der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990. Ich auf jeden Fall habe in diesen Jahren viel dazugelernt und will das nicht missen.

[Zuruf von der FDP: Immer oben!]

Ich war in der Politik immer als Generalist tätig, weil ich mich als Partei- oder Fraktionsvorsitzender mit allen Feldern zu beschäftigen hatte. Eine konkrete Ressortzuständigkeit ist für mich eine völlig neue Herausforderung.

Ich will, weil die Grünen danach gefragt haben, auch dazu etwas sagen. Ich habe niemals inoffiziell mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet. Unabhängig davon gibt es eine Überprüfung für Senatoren, sie wird stattfinden. Und was das Öffentlichmachen des Ergebnisses betrifft – obwohl ich keinen Zweifel habe, wie es aussieht –, sage ich Ihnen: Da brauchen Sie nicht die geringste Befürchtung zu haben. In meinem Fall war es immer so, dass es lange vor der Behörde, die das angefordert hat, wenigstens zwei, drei Tage vorher schon beim „Spiegel“ lag. Also hinsichtlich der Öffentlichkeit müssen Sie sich keine Sorgen machen. Da war immer alles öffentlich, und da wird auch immer alles öffentlich sein. Und gegen unberechtigte Vorwürfe werde ich mich ebenso wehren, wie ich andere akzeptiere, weil natürlich auch mein Leben nicht frei von Kritik und Selbstkritik sein kann.

Dr. Gysi

- (A) Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, dass ich die Absicht habe, in dieser Stadt etwas für die Herstellung der inneren Einheit zu tun. Sie, Herr Stözl, haben gesagt, die PDS kann dazu keinen Beitrag leisten, sie ist das Problem der inneren Einheit. Wenn dem so wäre, bitte ich Sie, darüber nachzudenken, wie es dann kommen konnte, dass dieses Problem der Einheit von 1990 9,2 % inzwischen auf 22,6 % gestiegen ist, fast die Hälfte der Wählerinnen und Wähler im Ostteil der Stadt erreicht hat. Das hieße ja dann, dass die große Koalition eine Politik gemacht hat, dass das Problem der Einheit immer größer geworden ist. Damit müssen Sie sich dann auseinander setzen.

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich sage Ihnen aber, ich will mich auf jeden Fall als Person bemühen, etwas für mehr Verständnis, für mehr Toleranz und für die innere Einheit in dieser Stadt zu tun. Ich denke, dass das auch gelingen kann, wenn wir kritisch zur Geschichte stehen, sie aufarbeiten, nichts vertuschen, aber gleichzeitig die Methoden des Kalten Krieges überwinden und wenigstens lernen, einander zuzuhören, zu verstehen, dass andere eine andere Sozialisation haben und deshalb auch eine andere Entwicklung genommen haben, ohne daraus gleich einen Vorwurf zu formulieren, egal in welcher Richtung des Hauses das geschehen sollte.

Zur Wirtschaftspolitik, zur Arbeitsmarktpolitik und zur Gleichstellungspolitik hinsichtlich der Frauen: Hier ist für mich das Wichtigste der Versuch, daraus wirklich eine Einheit zu machen, den engen Zusammenhang von Wirtschafts- und Arbeitsleben herzustellen, aber auch, dass die Gleichstellung der Frauen ohne Erwerbsarbeit niemals Realität werden kann. Das sind die wichtigsten Aussagen in der Zusammenfügung des Ressorts. Ich werde selbstverständlich darum bemüht sein, Investoren und Unternehmen nach Berlin zu holen, um die wichtigste soziale Frage, nämlich die Frage der Überwindung von Arbeitslosigkeit, immer wieder in den Mittelpunkt zu stellen und dort für die Stadt auch voranzukommen.

- (B) Ich will auch, dass wir neue intellektuelle Herausforderungen an diese Stadt stellen. Machen wir uns doch allesamt in einer Frage nichts vor: Noch ist in anderen Regionen nicht wirklich akzeptiert, dass wir die gemeinsame Hauptstadt aller Bewohnerinnen und Bewohner der Bundesrepublik Deutschland sind. Und nur wenn wir das hinbekommen, haben wir auch eine Chance, die Probleme dieser Stadt zu lösen. Auch diesbezüglich fühle ich mich verpflichtet.

Viele Parteien in diesem Hause hatten bisher die Chance nach der Einheit 1990. Die Ergebnisse kennen wir. Jetzt muss es neue Chancen geben. Wir und ich wollen es auf jeden Fall versuchen.

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Momper: Jetzt folgt Herr Dr. Thilo Sarrazin. – Bitte schön, Herr Sarrazin!

Dr. Sarrazin: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin 1945 in Gera in Thüringen geboren worden. Ich bin aber dort nur etwa acht Wochen geblieben, bin insoweit kein echter Ostdeutscher. Dann gingen meine Eltern in den Westen. Ich bin in Recklinghausen in Westfalen aufgewachsen und habe dort auch Abitur gemacht.

Ich habe in Bonn Volkswirtschaft studiert und bin dann auch in Bonn geblieben und war nach einer Zeit an der Universität Bonn und bei der Ebert-Stiftung für etwa 15 Jahre im Bundesfinanzministerium. Ich habe dort vor allem auf dem Gebiet Haushaltswirtschaft, Beteiligungsverwaltung sowie Geld- und Währungspolitik gearbeitet. In dem Zusammenhang habe ich dann im Jahr 1989/1990 die deutsche Währungsunion konzipiert und federführend vorbereiten dürfen.

Ich bin im Jahr 1991 als Finanzstaatssekretär nach Rheinland-Pfalz gegangen, habe dort auch einige Akzente setzen können, so beim Thema Verwaltungsmodernisierung. Ab dem Jahr 1997

- bis zum Jahr 2000 war ich Vorsitzender der Geschäftsführung bei der TLG, Treuhandliegenschaftsgesellschaft, ein bundeseigenes Immobilienunternehmen hier in Berlin. Danach war ich bis Dezember Vorstand bei der DBNetz AG. (C)

Zu meinen Akzenten will ich, so weit sie Zahlen betreffen, jetzt noch nichts sagen, da ich den Berliner Haushalt im Augenblick nur so weit kenne, wie man ihn als aufmerksamer Zeitungsleser und Teilnehmer an politischen Diskussionen kennt. Ich kenne ihn noch nicht, was die internen Zahlen angeht, und deshalb kann ich auch keine Aussagen machen. Ich kann Ihnen allerdings einiges zu der Art sagen, wie ich vorhabe, zu verfahren. Zunächst möchte ich für mich – das möchte ich dann auch weiter vermitteln – was den Berliner Haushalt angeht ein klares Bild von der Zukunft gewinnen.

[Dr. Steffel (CDU): Bravo!]

Es reicht nicht aus, nur zu sagen, dass das Geld fehlt, man muss auch wissen, wo es am Ende hingehet und wo der Endpunkt einer solchen Entwicklung ist. Dabei zähle ich auch gern auf die Unterstützung der CDU.

Zum anderen werde ich mich um absolut ehrliche Zahlen bemühen. Ehrlichkeit ist immer so eine Sache: Es gibt auch Ungewissheit um Zahlen, die so ehrlich sind wie möglich.

Im weiteren werde ich mich um möglichst weit gehende Transparenz der Finanzpolitik bemühen. Zahlen sind immer etwas, was nicht allen leicht zugänglich ist. Man kann es aber häufig auf eine Ebene bringen, die eine allgemeine Diskussion ermöglicht. Darum werde ich mich bemühen.

Ich werde in engem Zusammenwirken mir dem gesamten Senat daran arbeiten, eindeutige Alternativen, die klare Optionen vermitteln, aufzuzeigen. Das eigentliche Konsolidieren, und es ist in Berlin mehr, es ist ein Sanieren, da bin ich mir klar, kann nur erfolgen, wenn alle wesentlichen politischen Kräfte mitmachen und dies gemeinsam mitgestalten. Ich weiß, dies geht nicht im Einzelkampf. (D)

Zum Abschluss Folgendes: Die eine oder andere Zeitung hat aus meiner Vergangenheit zitiert, der Umgang mit mir sei nicht einfach.

[Dr. Rexrodt (FDP): Ja!]

Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen. Dies gilt aber nur für einen Punkt: Wenn ich mir einmal eine Meinung gebildet habe – sie werden jetzt auch gemerkt haben, es dauert immer einige Zeit bis ich mir eine bilde –, dann ist es eine Meinung, die ich auch verfechte, und das empfinden manche als anstrengend. Aber auch das führt dazu, dass man geistig regsam bleibt. In diesem Sinne muss ich sagen, dass ich mich auf meine zukünftige Aufgabe freue. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Dr. Sarrazin! Nunmehr bitte ich Frau Dr. Heidi Knake-Werner, sich vorzustellen. – Sie haben das Wort!

Frau Dr. Knake-Werner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin 1943 in Polen geboren. Ich bin in Wilhelmshaven aufgewachsen und habe dort bis zum Abitur die Schule besucht. Ich habe, im Unterschied zu Ihrer Vermutung, Herr Dr. Rexrodt, nicht in Moskau studiert, sondern an der guten traditionellen Alma Mater in Göttingen.

[Dr. Rexrodt (FDP): Das habe ich nicht gesagt!]

– Okay! – Dort habe ich in den 60er Jahren studiert und zugegebenermaßen mit dazu beigetragen, manch unnötige traditionelle Zöpfe abzuschaffen.

In Moskau hatte ich die Gelegenheit, den Glasnost-Prozess des von Ihnen heute sehr geschätzten Michail Gorbatschow zu studieren. Das war für mich in der Tat eine sehr interessante Erfahrung, die sicher auch meinen späteren politischen Weg mit beeinflusst hat. Ich habe nach meinem Studium in Oldenburg an

Frau Dr. Knake-Werner

(A) der Oldenburger Universität gearbeitet. Ich habe dort im Zusammenhang mit der Arbeit promoviert. Danach habe ich in Bremen an der Universität gearbeitet.

1991 bin ich mit der PDS-Bundestagsgruppe nach Bonn gegangen und habe dort als Mitarbeiterin im Bereich Arbeit und Sozialpolitik gearbeitet. Ich bin von Beruf und von meinen Studien her Sozialwissenschaftlerin. Ich habe mich auch in meiner wissenschaftlichen Arbeit mit diesen Fragen wesentlich beschäftigt. Ich habe dann 1994 auf der Landesliste der PDS in Sachsen-Anhalt für den Bundestag kandidiert und bin in den Bundestag gewählt worden. Dort habe ich bis vor kurzer Zeit die Schwerpunkte Arbeits- und Sozialpolitik für die Fraktion bearbeitet. Ich war stellvertretende Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

Ich hatte mich im Oktober 2000 entschieden, die Funktion der ersten parlamentarischen Geschäftsführerin meiner Fraktion zu übernehmen. Das war auch keine ganz leichte Entscheidung. Das Amt hat mir Spaß gemacht. Bis heute hat es mir Spaß gemacht, ich bin ja auch noch in diesem Amt. Sicherlich war das mit ein Grund, dass ich auch gezögert habe, mich nunmehr für dieses Amt zu entscheiden.

[Czaja (CDU): Sie haben auch gezögert?]

Ich habe mich entschieden – wohl wissend, dass ich damit eine schwere Aufgabe übernehmen werde, die auch für mich eine große Herausforderung darstellt. Dessen bin ich mir bewusst.

[Czaja (CDU): Schlimmer als bei Frau Schöttler kann es nicht werden!]

Und ich bin mir auch bewusst, dass diese Aufgabe nicht zu bewältigen sein wird ohne die Erfahrungen, die Kompetenz und die Kenntnisse der Menschen, die in den Behörden arbeiten und dort ihre Aufgaben wahrgenommen haben, und derjenigen, die außerhalb im so genannten außerparlamentarischen Bereich genau von diesen Themenfeldern betroffen sind. Eines will ich hier deutlich sagen: Ich werde versuchen, alle diese Menschen für mich zu gewinnen und sie dafür zu gewinnen, dass sie die Arbeit unterstützen und mit mir gemeinsam um die besten Lösungen auf diesen Feldern ringen.

(B)

Ich gelte bei meinen Kolleginnen und Kollegen als teamfähig, als ziemlich entschlossen, aber auch als dialog- und konsensbereit. Das verstehe ich als Angebot nach innen und nach außen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke schön, Frau Knake-Werner! – Ich rufe nunmehr Herrn Dr. Thomas Flierl auf.

[Zuruf von der CDU: Den kennen wir!]

– Ja, viele kennen den. Das stimmt. Aber einige wollen ihn noch kennenlernen. – Bitte schön! Sie haben das Wort, Herr Dr. Flierl!

Dr. Flierl (PDS): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Berliner, 1957 geboren, in Pankow aufgewachsen und dort auch zur Schule gegangen. Ich habe 1976 das Abitur gemacht und dann fünf Jahre Philosophie an der Humboldt-Universität studiert – anschließend Forschungsstudium an der Sektion Ästhetik/Kunstwissenschaften.

Danach war ich im Kulturbereich tätig, im Zentrum für Kunstausstellungen und später von 1987 bis 1990 unter drei Kulturministern – also auch in der Zeit der politischen Wende in der DDR – im Kulturministerium der DDR. Dort war ich zunächst zuständig für Grundsatzarbeiten für internationale Zusammenarbeit. Da ging es um die Entwicklung europäischer Konzepte aus der Perspektive der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes. Ein eklatanter Widerspruch, den ich da erfahren habe, war etwa der zwischen der immer starrköpfiger werdenden Innenpolitik und den Möglichkeiten der Öffnung im auswärtigen Bereich. Dieser Widerspruch war ja auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. In dieser Zeit hatte ich auch Kontakte und Kooperationen mit vielen Institutionen im Westteil der Stadt. Man kennt mich also auch in diesem Bereich durchaus. Aus diesen Zusammenhängen resul-

tiert z. B. meine Mitarbeit im Arbeitsausschuss der Stiftung Topographie des Terrors, in der ich seit Jahren mitarbeite. Schließlich war ich in der Übergangszeit dann Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe Kultur im Regionalausschuss Berlin-Brandenburg.

(C)

In dieser Zeit war ich in der SED, aber reformpolitisch orientiert. Wenn vorhin zu Recht auf die schwierige Zeit von 1976 hingewiesen wurde, ist es keine Entschuldigung, wenn ich sage, dass ich damals 19 Jahre alt war. Ich habe aber sehr gute Erinnerungen, wie frustrierend die Atmosphäre damals war. Natürlich hatte man auch Kenntnisse von den Auseinandersetzungen und hat daran auch sehr eng Anteil genommen. Dass ich mich nicht immer nur Ja-sagend – auch nicht in der SED – verhalten habe, ist bekannt. Ich wurde aufgrund öffentlicher Kritik am Abriss eines denkmalgeschützten Bauwerkes der Industriekultur in Berlin von der Universität verabschiedet und war dann – wie gesagt – im Kulturbereich tätig.

1990 bis 1996 war ich Leiter des Kulturamtes Prenzlauer Berg. Das verstehe ich als einen Nachweis, dass PDS-nahe kommunale Kulturarbeit durchaus dazu beitragen kann, kulturelle Strukturen zu erhalten, neue Vielfalt zu ermöglichen und das Neue aufzunehmen. Insofern ist dieser Lernprozess, der uns durch die Veränderung im Osten gegeben war, natürlich etwas, was mich im starken Maße geprägt hat. Ich war dann 1995 bis 1998 – daher kennen mich auch einige der hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen – Mitglied des Abgeordnetenhauses für die PDS und 1998 bis 2000 Baustadtrat in Berlin-Mitte.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um doch ein Klischee anzusprechen. Es wurden in dieser Zeit nun tatsächlich Hunderte und Tausende Baugenehmigungen erteilt. Alles das, was in Mitte die Veränderung deutlich gemacht hat, ist natürlich in starkem Maße auch durch ein Bauamt in Mitte ermöglicht worden. Wenn es hier und da ungenehmigte Bauanlagen – Schwarzbauten – gab, dann ist es auch von Amts wegen nötig, gegen sie vorzugehen.

[Beifall bei der PDS – Zuruf des Abg. Czaja (CDU)]

Ich habe das stets auch als eine kulturpolitische Auseinandersetzung um die gemeinsame Mitte der Stadt verstanden. Insofern geht es mir darum, im Verwaltungshandeln auch darüber hinaus einen kulturpolitischen Dialog in die Stadt hinein zu entwickeln und insoweit auch dazu beizutragen, die Stadt zusammenzuführen.

(D)

Seit meiner Baustadtratstätigkeit bin ich Mitglied des Parteivorstandes der PDS. Ich habe dort Programm- und auch historische Arbeiten gemacht. Ich bin der festen Überzeugung, dass tatsächlich die eigentlichen Potentiale Berlins im Kultur- und Wissenschaftsbereich liegen. So schwer die Rahmenbedingungen auch sind und so sehr man als Fachpolitiker auch daran interessiert sein muss, dass diese Bedingungen sich bessern – d. h. die Spielräume sich öffnen –, muss auch durch einen eigenen Bereich ein Beitrag geleistet werden. Deswegen kommt es darauf an, sehr schnell mit den betroffenen Institutionen in einen Dialog zu kommen.

Es stimmt nicht, Frau Klotz, dass es – abgesehen davon, dass die Wahl erst bevorsteht – keinen Kontakt mit den Betroffenen gegeben hat. Ganz im Gegenteil: Der von Ihnen begrüßte Herr Gaethgens hat vor Tagen mit anderen Vertretern der Klinik mit uns ausführlich gesprochen.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Aber nachdem die Entscheidung getroffen wurde. Das ist doch wohl ein Unterschied!]

– Ja, diese Kritik müssten Sie an die Koalition insgesamt richten, aber nicht an die Kandidaten, die jetzt aufgefordert sind, dieses Amt zu übernehmen und die entsprechenden Umsetzungen vorzunehmen.

[Ah! von der CDU und der FDP]

Dieser Dialog ist ja auf eine lange Frist gerichtet. Deswegen können wir das sehr ruhig und kontinuierlich angehen, längerfristig ein Konzept zu entwickeln. Wir sind ja kein Übergangssenat, der alles, was unerledigt geblieben ist, gewissermaßen weiterreichen kann.

[Niedergesäß (CDU): Na, na!]

Dr. Flierl

(A) Ich möchte an der Stelle noch sagen, dass ich selbstverständlich wie auch in der Vergangenheit – da waren mir die Ergebnisse allerdings nicht zugänglich – die Überprüfung auf eine eventuelle Mitarbeit nicht scheue und auch mit den Ergebnissen öffentlich umgehen werde.

Ich wünsche und verspreche Ihnen, dass es meinerseits eine sehr kollegiale und sachbezogene Zusammenarbeit wird, und bitte um Ihre vertrauensvolle Mitarbeit. – Danke schön!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Dr. Flierl!

Nach § 75 Abs. 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung kann die Wahl für den Senat in einem Wahlgang vorgenommen werden, wenn nicht eine Fraktion oder mindestens zehn Abgeordnete widersprechen. Die Fraktion der CDU hat bereits der verbundenen Einzelwahl widersprochen, so dass wir die Kandidatinnen und Kandidaten einzeln zu wählen haben. Gewählt ist hierbei – ich sagte es schon – laut Geschäftsordnung, wer die Mehrheit der Stimmen erhalten hat, d. h. mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhält. Im Gegensatz zum letzten Wahlgang zählen hier die Enthaltungen und die ungültigen Stimmen nicht mit. Wir werden die Abgeordneten wieder namentlich aufrufen, und die Wahlgänge erfolgen nach dem gleichen Vorgehen.

Meine Damen und Herren! Bevor Sie jetzt hier antreten, muss ich noch einmal daran erinnern, dass die Abgeordneten bitte – das erleichtert den Beisitzern die Tätigkeit – schon einmal in der Reihe Aufstellung nehmen, wenn sie aufgerufen sind, und warten, bis sie den Zettel bekommen. Zudem bitte ich noch zu beachten, dass auf der einen Seite der erste Teil des Alphabets und auf der anderen Seite der zweite Teil des Alphabets aufgerufen ist. Bitte stellen Sie sich also jeweils dort an, wohin Sie nach dem Abc richtigerweise gehören!

Dann bitte ich noch die Kameras links und rechts auszuschalten. Das ist im Moment nicht der Fall. Wir warten so lange, bis es der Fall ist. – Ich bitte die Kameralente darauf zu achten, dass nicht von links und rechts über die Wahlkabinen hin aufgenommen wird. – Wenn dies nun geschehen ist, bitte ich die Beisitzer, ihre Tätigkeit aufzunehmen.

(B) Wir kommen zur Wahl der Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz, Frau Karin Schubert. – Herrn Michael Borgis bitte ich, mit dem Namensaufruf zu beginnen. – Bitte schön, Herr Borgis!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Ich muss die Abstimmung unterbrechen, da eine Kamera auf dem seitlichen Podest wieder angeschaltet ist. Ich bitte den SFB sicherzustellen, dass beide Kameras links und rechts aus sind. – Herr Borgis, bitte fahren Sie fort!

[Fortsetzung des Aufrufs der Namen und der Abgabe der Stimmzettel]

Darf ich fragen, ob alle Abgeordneten Gelegenheit hatten, ihre Stimmzettel abzugeben und zu wählen? – Wenn keiner mehr Bedarf hat, dann ist das wohl so. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Beisitzer um Auszählung, um das Ergebnis festzustellen. Ich unterbreche kurz die Sitzung, bis das Ergebnis feststeht.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren, es wäre zweckmäßig, wieder Platz zu nehmen, wenn das Ergebnis Sie interessiert.

[Beifall des Abg. Wieland (SPD)]

– Da klatscht nur einer!

Die Auszählung ist beendet, die Sitzung ist ordnungsgemäß wieder eröffnet. Ich trage Ihnen das Ergebnis vor: Für Frau Karin Schubert als Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz sind 75 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und keine ungültige Stimme abgegeben worden. Damit ist Frau Karin Schubert zur Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz gewählt worden.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

(C) Wenn ich die Gratulationscour kurz unterbrechen und die Aufmerksamkeit von Frau Schubert erringen darf, dann, Frau Schubert, möchte ich Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Frau Schubert: Ich nehme die Wahl an!

Präsident Momper: Danke schön, Frau Schubert! Dann sind Sie gewählt.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich komme nun zur Wahl des Bürgermeisters und Senators für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Herrn Dr. Gregor Gysi. Ich bitte die Beisitzer, an den Wahlurnen tätig zu werden. Frau Petra Müller bitte ich, mit dem Namensaufruf zu beginnen, und den SFB bitte ich, die Kameras links und rechts im Saal wieder abzuschalten. – Danke schön! – Bitte, Frau Müller!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel.]

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das ist ersichtlich der Fall. Ich schließe den Wahlgang und bitte die Beisitzer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche kurz die Sitzung, bis das Ergebnis feststeht.

[Auszählung]

Ich eröffne die Sitzung wieder. Alle Abgeordneten, die am Ergebnis interessiert sind, mögen sich bitten in den Saal begeben. Ich trage Ihnen das Ergebnis der Wahl von Herrn Dr. Gregor Gysi zum Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen vor.

Ja-Stimmen:	70,
Nein-Stimmen:	67,
Enthaltungen:	3,
ungültige Stimmen:	keine.

(D) Damit ist Herr Dr. Gregor Gysi zum Senator und Bürgermeister gewählt.

[Beifall bei der PDS und der SPD –
Von der Tribüne werden Flugblätter
in den Saal geworfen]

– Ich bitte darum, dass die Ordnungskräfte tätig werden!

Ich möchte nun die Aufmerksamkeit von Herrn Dr. Gysi auf mich lenken. Herr Dr. Gysi, ich frage Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Gysi (PDS): Ich nehme die Wahl an!

Präsident Momper: Danke schön!

[Beifall bei der PDS]

Wir fahren in der Sitzung fort und kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Herrn Klaus Böger.

Ich bitte die Beisitzer, an den Wahlurnen tätig zu werden. Herrn Ulrich Brinsa bitte ich, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Darf ich fragen, ob jeder Abgeordnete Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben. – Das ist offensichtlich der Fall. Dann bitte ich die Beisitzer auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Können wir mit der Sitzung fortfahren? Bitte nehmen Sie Platz, damit wir das Ergebnis verkünden können!

Präsident Momper

(A) Ich trage das Ergebnis vor für die Wahl des Senators der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Herrn Klaus Böger. Es wurden abgegeben 70 Ja-Stimmen, 65 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist Herr Böger gewählt.

[Beifall bei der SPD und der PDS – Zuruf von der CDU: Weitermachen!]

Gratulation muss auch möglich sein. Wir wollen auch ein paar menschliche Minuten hier im Plenum haben. – Aber wenn ich die Aufmerksamkeit von Herrn Böger erringen darf: Herr Böger, nehmen Sie die Wahl an?

Böger (SPD): Herr Präsident! Ich nehme die Wahl an.

Präsident Momper: Das ist gut so!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

– Der Beifall ist in Ordnung.

Wir kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Finanzen, Herrn Dr. Thilo Sarrazin. Ich bitte den Ordnungsdienst, die Wahlkabinen aufzustellen, und die Beisitzer, an den Wahlurnen tätig zu werden. – Frau Dr. Löttsch, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Darf ich fragen, ob jeder Abgeordnete die Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben? – Ein Abgeordneter kommt noch. – Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Beisitzer auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zu der Bekanntgabe des Ergebnisses. – Danke schön!

[Auszählung]

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen! Die Sitzung ist wieder eröffnet. – Das Ergebnis lautet wie folgt: 68 Ja-Stimmen, 66 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen.

(B) Herr Dr. Sarrazin, damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Sarrazin: Ja, ich nehme die Wahl an!

Präsident Momper: Danke schön!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir kommen nun zur Wahl der Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Frau Dr. Heidi Knake-Werner. – Ich bitte, die Wahlurnen wieder aufzustellen. – Dann bitte ich Herrn Hahn, mit dem Namensaufruf zu beginnen! – Die Beisitzer haben an den Urnen Aufstellung genommen, der SFB schaltet wieder aus. – Herr Hahn hat das Wort!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Hatte jeder Abgeordnete Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? – Das ist ersichtlich so. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Beisitzer auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

[Auszählung]

Das Ergebnis für die Wahl der Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Frau Dr. Heidi Knake-Werner, liegt vor. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, und trage Ihnen das Ergebnis vor. Für Frau Knake-Werner wurden 74 Ja-Stimmen abgegeben, 65 Nein-Stimmen, eine Enthaltung.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wenn ich die Aufmerksamkeit von Frau Knake-Werner erringen könnte! – Ich muss Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an, Frau Dr. Knake-Werner?

Frau Dr. Knake-Werner: Ja, ich nehme die Wahl an!

Präsident Momper: Danke schön! Dann sind Sie gewählt. (C)

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie Platz nehmen könnten, und zwar alle, weil die Situation es erforderlich macht. Es ist folgendes Problem bei der Wahl von Herrn Thilo Sarrazin aufgetaucht: Ein amtierender Beisitzer hat beobachtet oder hat die Wahrnehmung gemacht, dass ein Mitglied des Hauses zwei Stimmzettel abgegeben hat.

[Zurufe von der CDU und der FDP: Buh! Pfui! – Dr. Rexrodt (FDP): Wer war das? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

– Das ist die Wahrnehmung. Ich weiß nicht, was Sie unglaublich finden. Das ist natürlich nicht in Ordnung.

[Unruhe]

– Ja, wenn es überhaupt so ist! Es ist nur die Wahrnehmung.

[Unruhe]

Vielleicht lassen Sie mich den Sachverhalt einmal erklären: Ein amtierender Beisitzer hat die Wahrnehmung gemacht, dass ein Mitglied des Hauses zwei Umschläge eingesteckt hat.

[Niedergesäß (CDU): Wer war das?]

Die Nachzählung ergibt, dass die Zahl der Abgeordneten, die als anwesend gilt, erreicht worden ist – also nicht eine Stimme mehr oder so etwas. Insofern kann man das auch nicht überprüfen. Wenn ein Beisitzer eine Wahrnehmung gemacht hat, nützt es nichts, zu versuchen, sie zu verifizieren.

Weil das so ist, ist sich das Präsidium darüber einig, dass erstens dieser Wahlgang wiederholt werden muss. Zweitens wird das diesmal so gemacht, dass – was die Geschäftsordnung zulässt oder sogar ausdrücklich fordert – die Beisitzer die Abgeordneten, die an die Wahlurne getreten sind, abhaken, so dass wir dann, wenn 140 Abgeordnete anwesend und 140 Zettel abgegeben sind, genau sehen können, dass die Stimmen jeweils von einem anwesenden Abgeordneten gekommen sind. (D)

Diesen Wahlgang möchte ich jetzt gern durchführen – die Wiederholung der Wahl von Herrn Dr. Thilo Sarrazin zum Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen. Von hier an wird das Verfahren jetzt so sein, dass sich bitte alle an den Wahlurnen in der alphabetischen Folge aufstellen, damit das nicht durcheinander geht. Sonst wird es für die Beisitzer viel zu schwierig, die einzelnen Namen abzuhaken.

Das Wort hat Herr Goetze zur Geschäftsordnung. – Bitte!

Goetze (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorgang, den wir hier haben, ist leider nicht einmalig in diesem Hause, denn wir mussten ja aus dem Bereich der von mir aus gesehen linken Fraktionen schon einmal zur Kenntnis nehmen, dass es so etwas gegeben hat. Es ist auch nicht, wie Sie, Herr Präsident eben formuliert haben, „nicht in Ordnung“, und es ist auch nicht – wie im Hause eben schon ein bisschen gesprochen wurde – der Missbrauch demokratischer Gepflogenheiten, sondern es ist einfach ein Betrugsversuch

[Beifall bei der CDU und der FDP]

von einem Kollegen aus diesem Hause, der offensichtlich für einen anderen, der nicht da war, die Stimme abgeben wollte. Das kann bei den knappen Mehrheiten, die wir hier haben, wahlentscheidend sein. Deswegen können wir nicht schnell einmal, als wäre ein Kugelschreiber hinuntergefallen, zur Wiederholung schreiten, sondern wir von Seiten der CDU-Fraktion wollen wissen, wer an dieser Stelle diese zwei Stimmzettel möglicherweise eingeworfen hat. Wir wollen die Aussage des Präsidiumsmitglieds, und deswegen beantrage ich die unverzügliche Einberufung des Ältestenrates, damit der Vorgang erst einmal geklärt werden kann.

[Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Rexrodt (FDP)]

(A) **Präsident Momper:** Nach der Wahrnehmung des amtierenden Beisitzers ist es der Abgeordnete Wolf gewesen. – Herr Wolf hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. – Wenn Sie etwas dazu sagen möchten, haben Sie das Wort. Anschließend würde ich sowieso die Sitzung unterbrechen für den Ältestenrat. – Herr Wolf!

[Zurufe von der CDU]

Wolf, Harald (PDS): Meine Damen und Herren! Dem Antrag auf Einberufung des Ältestenrats können wir zustimmen.

[Zuruf von der CDU]

– Nein, mit Verlaub! Ich finde, das ist schon ein ungeheurerlicher Vorwurf, den Sie hier machen. Es war die Situation, dass mich bei der Stimmabgabe – nachdem ich meinen Umschlag eingeworfen hatte – Herr Borgis angesprochen hat: „Sie haben doch zwei Stimmzettel abgegeben.“ – Dies entspricht nicht den Tatsachen. Sie werden doch wohl nicht glauben, dass ich als Fraktionsvorsitzender hier zwei Stimmzettel abgebe, und es ist doch auch eine Tatsache, dass 140 Abgeordnete abgestimmt haben wie in jedem anderen Wahlgang auch. Das ist doch ein sehr deutliches Indiz.

Herr Goetze! Auf eine Wahrnehmung eines Beisitzers hin von Betrug oder Betrugsversuch zu sprechen, ohne dass Sie im Ältestenrat diskutiert haben und ohne dass Sie Zeugen gehört haben – es gab noch mehr Zeugen, die dabei waren, als ich meinen Umschlag entgegen genommen und meine Stimme abgegeben habe –, finde ich eine Ungeheuerlichkeit. Und ich bin der Auffassung, dass Sie sich nach dieser Ältestenratssitzung zu entschuldigen haben.

[Beifall bei der PDS und der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ansonsten bin ich der Meinung, dass wir das im Ältestenrat diskutieren und den Wahlgang auch gern wiederholen können.

(B) Sie werden sehen, dass es 140 Stimmen in diesem Abgeordnetenhaus gibt, die an diesen Wahlen teilnehmen, und es wird auch ein entsprechendes Ergebnis geben. – Danke!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Meine Damen und Herren! Von der CDU-Fraktion ist die Einberufung des Ältestenrats beantragt worden. Normalerweise tagt dieser am Ende der Sitzung. Wenn Einvernehmen besteht, dass hier eine sofortige Klärung erforderlich ist, machen wir das. – Ich höre keinen Widerspruch. – Ich bitte die Herren Borgis und Wolf, an dieser Sitzung des Ältestenrats teilzunehmen. Ich unterbreche die Sitzung.

[Unterbrechung der Sitzung von 18.00 bis 18.35 Uhr]

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Sitzung des Ältestenrats ist beendet. Es hat folgenden Vorgang gegeben: Der Beisitzer Herr Borgis hat eine Wahrnehmung gemacht, dass zwei Umschläge von dem Abgeordneten Wolf eingesteckt worden sind. Wir haben versucht, das aufzuklären. Das geht aber nicht. Aus den Zahlen oder einem anderen Merkmal kann man es nicht eruieren. Herr Wolf hat klar gesagt, dass er nicht zwei Umschläge eingesteckt hat. Insofern steht Aussage gegen Aussage. Alle Fraktionen waren sich im Ältestenrat darüber einig, dass, um jede Belastung von dem Wahlgang abzuwenden, dieser Wahlgang wiederholt wird. Dies soll jetzt geschehen.

Von jetzt ab werden entsprechend der Geschäftsordnung § 16 die Beisitzer abhaken, wer eingesteckt hat, so dass darüber auch kein Zweifel mehr bestehen kann. Ich bitte Sie, sich nach dem Aufruf an jeder Seite in der jeweiligen alphabetischen Folge – wie aufgerufen – anzustellen.

Ich rufe nun den Wahlgang Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Finanzen, Kandidat Herr Dr. Thilo Sarrazin, wieder auf. Ich mache auf folgendes aufmerksam, bevor Sie die Briefumschläge und die Stimmzettel in die Hand bekommen: Diese Stimmzettel tragen keinen Namen. Das Verfahren ist dasselbe. Es ist entweder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen.

Frau Anja Hertel beginnt jetzt mit dem Vorlesen der Namen. – (C) Bitte sehr!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Darf ich fragen – – Zwei Abgeordnete geben noch die Stimme ab. – Darf ich fragen, ob jeder Abgeordnete Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben. – Das ist offensichtlich der Fall. Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich die Beisitzer auszuzählen – was sie schon begonnen haben – und unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

[Auszählung]

Ich bitte, wieder Platz zu nehmen, und ich bitte die Beisitzer zu mir.

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Wiederholungswahl zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Finanzen, Herrn Dr. Thilo Sarrazin, liegt vor. Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt: Ja-Stimmen: 73,

[Ah! bei der PDS]

Nein-Stimmen: 65, Enthaltungen: 2.

[Starker Beifall bei der SPD und der PDS]

Herr Dr. Sarrazin, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und frage Sie noch einmal: Nehmen Sie auch diese Wahl an?

Dr. Sarrazin: Ich nehme auch diese Wahl an!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Also, der deutsche Spruch heißt: Doppelt genäht hält besser!

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Peter Strieder. – Ich bitte um Entschuldigung! Ich korrigiere mich: Wir kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Inneres, Herrn Dr. Ehrhart Körting. Ich bitte die Beisitzer, wieder an den Wahlurnen im neuen Verfahren tätig zu werden. Vielleicht können wir das so machen, dass vorne zwei oder drei Beisitzer die Wahlurnen verwalten und das abhaken, wie bisher einer rechts, einer links. – Frau Tietje wäre so liebenswürdig. – Jetzt sind zwei Beisitzer da, so dass auf beiden Seiten gezählt wird. So, Frau Tietje, Frau Dr. Löttsch! Frau Weißbecker, Sie sind so liebenswürdig? Und Herr Sayan auch? – Dann hat Frau Hämmerling das Wort zum Namensaufruf.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Entschuldigung, Frau Hämmerling! – Ich bitte den SFB darum, dass die Kamera oben wieder ausgemacht wird. – Bitte, Frau Hämmerling!

[Fortsetzung des Aufrufs der Namen
und der Abgabe der Stimmzettel]

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, ihren Stimmzettel abzugeben? – Dann unterbreche ich die Sitzung. Ich bitte um Auszählung. Nach Vorlage des Ergebnisses geht es weiter.

[Auszählung]

Es geht weiter. Das Ergebnis liegt vor für die Wahl von Herrn Dr. Ehrhart Körting zum Senator für die Senatsverwaltung für Inneres. Herr Dr. Körting hat 77 Ja-Stimmen bekommen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Herr Dr. Körting, Sie haben auch 59 Nein-Stimmen erhalten und 4 Enthaltungen. Damit sind Sie gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Körting: Ich nehme die Wahl an!

Präsident Momper: Danke schön, Herr Dr. Körting!

Präsident Momper

- (A) Wir kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Peter Strieder. – Ich bitte die Saalordner, die Kabinen wieder aufzustellen. Ich bitte die zählenden Beisitzer, wieder Platz zu nehmen. – Ist der SFB aus? Sind alle da? – Dann bitte ich um den Namensaufruf. – Frau Tietje, bitte schön, Sie haben das Wort!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Frau Tietje, entschuldigen Sie, bitte unterbrechen Sie einmal. – Langsam ertrage ich das nicht mehr, dass der SFB immer Aufnahmen von der Seite macht, obwohl ich nun wirklich zum siebten oder achten Mal darum bitte, dass das abgeschaltet wird. – Können Sie das vielleicht abschalten? – Ich weiß nicht, wer hier der Redakteur ist. Der Kameramann ist unschuldig, das ist schon wahr. – Bitte schön Frau Tietje, fahren Sie fort!

[Fortsetzung des Aufrufs der Namen und der Abgabe der Stimmzettel]

Wie sieht es aus? Hatte jeder Abgeordnete die Gelegenheit, seinen Stimmzettel abzugeben? – Da mir keiner widerspricht, ist das so. Dann bitte ich die Beisitzer, auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses. – Schönen Dank!

[Auszählung]

Das Wahlergebnis für die Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Peter Strieder, liegt vor.

[Zurufe von der CDU]

Ich trage Ihnen das Ergebnis vor. Für Peter Strieder wurden 68 Ja-Stimmen abgegeben, 70 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Herr Müller hat das Wort zur Geschäftsordnung. – Bitte!

- (B) **Müller** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beantrage für die SPD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung von einer Stunde.

[Gelächter bei der CDU]

Präsident Momper: Nach der Geschäftsordnung muss, wenn eine Fraktion das verlangt, dem entsprochen werden.

[Zurufe von der CDU]

Damit ist die Sitzung für eine Stunde – bis 20.44 Uhr – unterbrochen.

[Unterbrechung der Sitzung von 19.44 bis 21.06 Uhr]

Meine Damen und Herren, ich bitte um Nachsicht, dass es etwas länger gedauert hat. Ich eröffne die Sitzung wieder. Der Regierende Bürgermeister hat ums Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Wowereit, Sie haben das Wort!

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schlage für einen erneuten Wahlgang zur Wahl des Senators für Stadtentwicklung Herrn Peter Strieder vor.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Ich bitte die Beisitzer, an den Wahlurnen tätig zu werden. Frau Löttsch ist freundlicherweise bereit, den Namensaufruf zu übernehmen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass wie in dem anderen Fall der Wiederholungswahl die Stimmzettel ohne Namen sind, aber „Ja“, „Nein“, „Enthaltung“ zum Ankreuzen enthalten. Es handelt sich – ich sage das noch einmal –, auch wenn es nicht auf dem Stimmzettel steht, um die Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Vorgeschlagen ist vom Regierenden Bürgermeister erneut Herr Peter Strieder.

- (C) Die Beisitzer sind alle da. Frau Löttsch ist bereit. Die Kameras sind aus. Dann hat Frau Löttsch das Wort. – Bitte schön, Frau Löttsch!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit, den Stimmzettel abzugeben? – Widerspruch höre ich nicht. Dann unterbreche ich die Sitzung und bitte die Beisitzer um Auszählung.

[Auszählung]

Ich bitte Platz zu nehmen. Das Wahlergebnis zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herrn Peter Strieder liegt vor. Ich trage Ihnen das Ergebnis vor: Ja-Stimmen sind abgegeben worden 75, Nein-Stimmen 65.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Herr Strieder, darf ich um Ihr Gehör bitten? Herr Strieder, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Strieder (SPD): Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

Präsident Momper: Danke schön, Herr Strieder.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es geht hier nun flink weiter. Wir kommen nun zur Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Herrn Dr. Thomas Flierl. – Ich bitte die Saalordner, wieder die Wahlkabinen aufzustellen. Dann bitte ich die Beisitzer, wieder herbeizueilen. Ich bitte, Frau Jutta Weißbecker, sich ans Pult zu stellen. Wahlzettel sind wieder die üblichen mit Namen. Die Beisitzer haben Platz genommen, dann geht die Abstimmung los. – Bitte schön, Frau Weißbecker, Sie haben das Wort!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Darf ich fragen, ob alle Abgeordneten Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? – Der Kollege Sayan noch nicht. – Ich habe meine Stimme abgegeben. Danke schön, dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Beisitzer auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Ich bitte, wieder Platz zu nehmen. Das Ergebnis der Wahl des Senators für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Herrn Dr. Thomas Flierl, liegt vor. Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt. Für Herrn Dr. Flierl wurden 76 Ja-Stimmen abgegeben,

[Starker Beifall bei der PDS – Beifall bei der SPD]

64 Nein-Stimmen. Damit ist Herr Dr. Flierl gewählt. – Darf ich die Aufmerksamkeit von Herrn Dr. Flierl trotz des Rekordergebnisses in Anspruch nehmen? – Herr Dr. Flierl, ich frage Sie, ob Sie die Wahl bei diesem Ergebnis annehmen.

Dr. Flierl (PDS): Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke schön! – Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Wahlen. Ich danke in Ihrer aller Namen den Mitgliedern des Präsidiums, den Beisitzern, für ihre geleistete Arbeit und dass sie aufgepasst haben, für die Abgabe der Wahlzettel, das Verlesen der Namenslisten und für die Auszählung. Die Beisitzer haben heute immerhin 1 269 – es waren mehr, die Zahl stimmt nicht, die Beamten haben das nicht nachgetragen –, also mehr als 1 269 Wahlumschläge aufmachen und auszählen müssen. Dafür, meine Damen und Herren Beisitzer, herzlichen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Die Wahlen sind damit abgeschlossen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat einen neuen Senat mit allen Rechten und Pflichten gewählt. Ich gratuliere allen Gewählten und wünsche Ihnen bei Ihrer schwierigen Arbeit zum Wohle der Stadt eine glückliche Hand. Das braucht Berlin.

Präsident Momper

- (A) Gemäß Artikel 58 Absatz 4 Satz 1 der Verfassung von Berlin werden die Zahl der Geschäftsbereiche des Senats sowie ihre Abgrenzung auf Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters vom Abgeordnetenhaus beschlossen. Ich stelle fest, dass die vom Regierenden Bürgermeister in seinem Schreiben an mich vorgeschlagenen Geschäftsbereiche, die ich heute hier verlesen habe, gleichzeitig mit den Wahlen beschlossen sind.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur

Vereidigung der Mitglieder des Senats

Ich bitte die Damen und Herren, zur Vereidigung und zur Entgegennahme der Urkunden nach vorn in die Mitte des Saales zu kommen.

[Die angesprochenen Mitglieder des Senats kommen nach vorn.]

Die Mitglieder des Hohen Hauses bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich.]

Meine Damen und Herren neu gewählte Mitglieder des Senats! Die Mitglieder des Senats leisten nach der Annahme ihrer Wahl vor der Übernahme ihres Amtes vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid, der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses vorgeschrieben wird,

[Die Abgn. Niedergesäß (CDU) und Henkel (CDU) enthüllen ein Spruchband. – Beifall bei der CDU]

allerdings erst dann, wenn die Plakate entfernt sind. – Herr Kollege Niedergesäß, bitte entfernen Sie das Plakat!

[Anhaltender Beifall bei der CDU]

Ich bitte den Ordnungsdienst, das Plakat zu entfernen! – Ich finde, der Würde des Augenblicks war das nicht angemessen.

- (B) [Beifall bei der SPD und der PDS – Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ich spreche nun den Eid vor:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Ich bitte Sie gleich einzeln, vorzutreten und dann mit der Schwurformel: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“ oder mit der Formel: „Ich schwöre es!“ den Schwur zu vollziehen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, vorzutreten und den Eid zu leisten.

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Ich schwöre es!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Frau Bürgermeisterin Karin Schubert, vorzutreten und den Eid zu leisten. – Bitte, Frau Schubert!

Frau Schubert, Bürgermeisterin und Senatorin für Justiz: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Bürgermeister Dr. Gysi, vorzutreten und den Eid zu leisten. – Bitte schön, Herr Gysi!

Dr. Gysi, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen: Ich schwöre es!

[Beifall bei der PDS und der SPD – Zuruf von rechts: Eine Schande für Berlin!]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Klaus Böger, vorzutreten und den Eid zu leisten. – Bitte, Herr Böger! (C)

Böger, Senator für Bildung, Jugend und Sport: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Thilo Sarrazin – so ist mir die Reihenfolge hier vorgegeben –, vorzutreten und den Eid zu leisten. – Bitte schön, Herr Dr. Sarrazin!

Dr. Sarrazin, Senator für Finanzen: Ich schwöre es!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Frau Dr. Heidi Knake-Werner, vorzutreten und den Eid zu leisten. – Bitte, Frau Knake-Werner!

Frau Dr. Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: Ich schwöre es!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Dr. Ehrhart Körting vorzutreten. – Bitte schön, Herr Innensenator!

Dr. Körting, Senator für Inneres: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Senator Peter Strieder, vorzutreten und den Eid zu leisten. (D)

Strieder, Senator für Stadtentwicklung: Ich schwöre es.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Dann bitte ich Herrn Senator Dr. Thomas Flierl, vorzutreten und den Eid zu leisten.

Dr. Flierl, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Ich schwöre es.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Ich bitte die Mitglieder des Senats, nach dem Fotografieren auf den zugewiesenen Sitzen Platz zu nehmen.

Die Sitzung schreitet weiter voran. Die Vereidigung und die Urkundenübergabe ist erfolgt. Damit ist der Senat im Amt. Nunmehr hat der Regierende Bürgermeister um das Wort gebeten. – Bitte, Herr Regierender Bürgermeister!

Wowereit, Regierender Bürgermeister: Herr Parlamentspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Senatsmitgliedern, die in dieser Übergangsphase und teilweise auch davor für die Stadt Berlin in ihrem jeweiligen Ressort eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

[Gelächter bei der CDU]

– Auch Vertreter der Opposition sollten bei bestimmten Anlässen eine Form wahren.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

RBm Wowereit

- (A) Bei Neuwahlen ist es so, dass Senatorinnen oder Senatoren ausscheiden müssen oder ausscheiden wollen – das hat es auch gegeben. Dieses ist in der Demokratie ein Prozess, der selbstverständlich ist. Nicht selbstverständlich ist, dass Menschen sich für die Stadt Berlin engagieren mit ihrer vollen Kraft. Dafür bedanke ich mich bei dem ehemaligen Bürgermeister Wieland, den Senatorinnen Freifrau von Friesen, Frau Goehler, Frau Krajewski und Frau Schöttler, die dem neuen Senat nicht mehr angehören werden.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Ich möchte – die anderen mögen es mir verzeihen – ein persönliches Wort richten an zwei Senatorinnen, die in die Stadt Berlin gekommen sind, als sie gerufen wurden, die spontan entschieden haben, ihre bisherige politische Wirkungsstätte und die Umgebung, die sie bislang betreut haben, zu verlassen, um – auch der Stadt Berlin – zu helfen. Das sind die beiden Senatorinnen Goehler und Krajewski, die eine aus Hamburg, die andere aus Saarbrücken, die nach Berlin geeilt sind, weil diese Stadt Berlin auch aus der Sicht von außen so interessant ist, dass man hier mithelfen will. – Recht herzlichen Dank für die Spontaneität und für die Unterstützung, die die Stadt Berlin gewonnen hat!

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Und ich möchte mich bei der Mehrheit dieses Hauses bedanken, dass sie dem neu gewählten Senat das Vertrauen ausgesprochen hat.

[Niedergesäß (CDU): Dem Herrn Strieder!]

– Auch Herrn Strieder selbstverständlich. – Die Berliner Verfassung ist etwas Besonderes, und das Prozedere der Senatswahl immer aufregend. Seit Jahrzehnten hat jeder Regierende Bürgermeister, der einen Vorschlag unterbreitet hat, jede Senatswahl bis zum Schluss mit Spannung verfolgt, weil jeder einzelne Vorschlag in geheimer Wahl eine Mehrheit finden musste. – Ich vermute auch ein Geheimnis: Es ist für mich nicht angenehm gewesen, dass wir – die Koalition – diese Prozedur noch durch eigenes Zutun verlängert haben. Das ist nun einmal so, und vielleicht ist es am Anfang einer Legislaturperiode auch ein heilsamer Schock. Aber man sieht, dass das Ergebnis jetzt in Ordnung ist.

(B)

[Zuruf von der FDP: Das ist auch gut so!]

– Das ist in Ordnung so! Sie dürfen den Satz so sagen, ich muss mich da etwas zurückhalten, habe allerdings nichts dagegen, wenn er zitiert wird.

Der Senat – aber nicht nur der Senat, sondern insgesamt dieses Haus, und da ist auch nicht zwischen Koalition und Opposition zu unterscheiden – haben in dieser Legislaturperiode Herausforderungen zu bestehen, die es zur Zeit in keinem anderen Bundesland, in keiner anderen Großstadt in der Bundesrepublik gibt. Die Probleme dieser Stadt sind enorm. Sie zu lösen, nach besten Wegen zu suchen, strittig zu diskutieren, sich auseinanderzusetzen auch in diesem Parlament, aber gemeinsam etwas zu tun für die Weiterentwicklung der Stadt Berlin – dies ist eine herausragende Aufgabe, die weder für die Regierung noch für die Opposition eine leichte ist. Wenn wir objektiv sind, haben wir die Problemlagen – wir haben mit fast allen verhandelt, um zu dieser Regierung zu kommen –

[Gelächter bei der CDU]

mit den meisten durchdiskutiert. Dabei haben wir schnell festgestellt: Sie sind in der Tat enorm. Lösungsmöglichkeiten zu finden für diese großen Herausforderungen – das wird eine ganz harte Arbeit sein.

Ich weiß auch, dass die öffentliche Diskussion über die **Regierungsbeteiligung der PDS** in dieser Stadt noch weitergehen, dass sie Emotionen auslösen wird. Und ich weiß auch, dass viele Menschen – sowohl aus dem ehemaligen Ostteil als auch aus dem ehemaligen Westteil der Stadt – Mühe haben, sich an diese Koalition zu gewöhnen. Dafür habe ich viel Verständnis. Ich bitte aber auch darum, dass die anderen Menschen in dieser Stadt, die dieser Konstellation ihr Vertrauen geschenkt haben und die

auch dazu stehen, genauso ernst genommen werden. Dieser Senat wird mit voller Kraft und mit dem Sachverstand, den jedes einzelne Senatsmitglied hier einbringt, an der Lösung der Probleme arbeiten. Bei aller Schwierigkeit, die wir in der Stadt Berlin haben, dürfen wir zudem eines nicht vergessen, und das ist das, was mich mit Optimismus in die Zukunft schauen lässt: Diese Stadt hat unendlich viele Chancen, weil es in dieser Stadt sehr viele Menschen gibt, die an sie glauben, die in die Stadt kommen, die hier geblieben sind, die ihre Potentiale einbringen, damit Berlin eine internationale Metropole wird,

[Zuruf des Abg. Wegner (CDU)]

die Weltoffenheit praktiziert, die Toleranz übt. Wir haben es geschafft nach dem 11. September, und wir werden es auch weiter schaffen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich!

[Starker Beifall bei der SPD und der PDS]

Präsident Momper: Schönen Dank, Herr Regierender Bürgermeister. Ich schließe mich den Glückwünschen im Namen des Hauses an. Ich danke der bisherigen Landesregierung, insbesondere denen, die dem neuen Senat nicht mehr angehören, für die Arbeit, die sie für Berlin geleistet haben. Ein besonderer Dank gilt also der bisherigen Senatorin für Wirtschaft und Technologie, Frau Juliane Freifrau von Friesen.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Ein besonderer Dank des Hauses gilt der bisherigen Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Adrienne Goehler.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS und den Grünen]

Und ein besonderer Dank des Hauses gilt der bisherigen Senatorin für Finanzen, Frau Christiane Krajewski. – Herzlichen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Ein besonderer Dank gilt auch der bisherigen Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen, Frau Gabriele Schöttler.

(D)

[Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS und den Grünen]

Der besondere Dank des Hauses gilt auch dem bisherigen Bürgermeister und Senator für Justiz, Herrn Wolfgang Wieland, der uns als Abgeordneter erhalten bleibt, worauf jedenfalls ich mich freue.

[Allgemeiner Beifall]

Ich unterbreche nun die Sitzung für etwa 30 Minuten, um dem neuen Senat – wenn es schneller geht, fangen wir eher wieder an – die Gelegenheit zu geben, sich zu konstituieren. Sobald er das getan hat, fahren wir fort. – Die Sitzung ist unterbrochen.

[Unterbrechung von 22.02 bis 22.34 Uhr]

Vizepräsident Dr. Stözl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Sitzung fort.

[Beifall bei der CDU]

Bitte finden Sie sich möglichst vollzählig ein.

Wir kommen zur

1fd. Nr. 2, Drucksache 15/10:

Wahl von zwei Abgeordneten und deren Vertretern zu Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung Berliner Philharmoniker

Die Fraktion der Grünen bittet um eine Beratung. Ich empfehle Ihnen für die Aussprache eine Redezeit von bis zu fünf Minuten pro Fraktion. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Für die Fraktion der Grünen hat Herr Cramer das Wort. – Bitte!

Cramer (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie wir alle wissen, hat der Übergangssenat die Grundlage für das neue **Stiftungsgesetz für die Philharmonie** gelegt. Das

Cramer

- (A) war eine schwierige Geburt. Im letzten Moment wurde eine Einigung herbeigeführt. Diesem letzten Stand der Debatte haben wir hier dann einstimmig zugestimmt.

In diesem Gesetz wurde auf Grund unserer Intervention der Paragraph 2 so verändert, dass dem Stiftungsrat u. a. folgende Mitglieder angehören:

zwei aus der Mitte des Abgeordnetenhauses entsandte Mitglieder, die geeignet erscheinen, die Stiftung in ihren finanziellen und inhaltlich-kulturellen Belangen zu beraten und zu unterstützen.

Wir haben diesen Satz bewusst hineingeschrieben. Wie Sie aus den Unterlagen entnehmen können, geht es nicht darum, nach d'Hondt oder nach Stärke der Fraktion zu entscheiden, sondern aus der Mitte des Abgeordnetenhauses sollen zwei Persönlichkeiten gewählt werden, die wirklich kompetent und fachlich in der Lage sind, die Stiftung in allen ihren Angelegenheiten zu beraten.

Die Fraktion der Grünen schlägt für diesen Stiftungsrat **Alice Ströver** vor. Sie wissen, dass sich Frau Ströver seit Jahren mit kulturellen Belangen befasst, dass sie eine ausgewiesene Kultur-expertin ist, dass sie über alle Parteigrenzen hinweg Ansehen genießt und dass ihre Fachkompetenz in diesem Hause von allen Seiten anerkannt wird.

[Beifall bei den Grünen]

Sie wissen auch, dass diese Fachkompetenz dazu geführt hat, dass Frau Ströver seit Juni letzten Jahres im sogenannten Übergangssenat die Funktion einer Staatssekretärin für Kulturelle Angelegenheiten übernommen hat und wesentlich daran beteiligt war, dass diese Stiftung überhaupt zustande kam – mit der Beteiligung des Parlaments.

Wir können uns demnach für diese Position kaum eine geeignetere Persönlichkeit vorstellen als Alice Ströver. Deshalb bitten wir Sie, ihr das Vertrauen zu schenken und sie in den Stiftungsrat zu wählen. – Vielen Dank!

(B)

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsident Dr. Stözl: Vielen Dank, Herr Kollege Cramer! – Die SPD zieht ihren Redebeitrag zurück. Von der Union gibt es ebenfalls keine Wortmeldung. Für die PDS spricht der Kollege Brauer. – Bitte!

Brauer (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Cramer hat Recht. Am 28. Mai 2001 schlug die Fraktion der Grünen vor, das Errichtungsgesetz der Stiftung Berliner Philharmoniker dahin gehend zu ändern, dass der Stiftungsrat um zwei Personen, die aus der Mitte des Abgeordnetenhauses zu wählen sind, ergänzt wird. Frau Kollegin Ströver betonte damals nachdrücklich, dass dies nicht mit den PR-Gelüsten – solche Unterstellungen gab es – einzelner Abgeordneter zusammenhänge, sondern es lediglich um Transparenz und die Arbeit der Stiftung gehe. In der Folge stimmte dann das Abgeordnetenhaus am 28. Juni 2001 nachdrücklich diesem Wunsch der Grünen zu, und heute haben wir diesen Beschluss zu realisieren. So weit, so gut, und so weit auch richtig.

In der Tradition abgewählter Koalitionen wären die zwei zu wählenden Mitglieder des Stiftungsrats natürlich Mitglieder der Koalitionsfraktionen gewesen. Dies ist nicht unser Stil. Wir finden es richtig, dass die Opposition auch in diesem Fall angemessen berücksichtigt wird. Wie und ob sich deren drei Fraktionen über ihr Vorschlagsrecht einigen, möge doch bitte deren Angelegenheit bleiben.

[Mutlu (Grüne): Es geht um Fachkompetenz!]

– Hören sie doch erst einmal zu, Herr Kollege Mutlu, bis ich fertig bin, ich rede auch noch über Fachkompetenz. – Konsensual – vergessen Sie das bitte nicht, Herr Mutlu –, auch mit Akzeptanz der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wurde einer von zwei Sitzen im Stiftungsrat vor dieser Sitzung der CDU zugebilligt. Wir akzeptieren dies. Wenn die CDU für den Stiftungsrat der Stif-

ting Berliner Philharmoniker Frau Kollegin Prof. Grütters nominiert, so kann ich meiner Fraktion nur empfehlen, diesem Vorschlag zuzustimmen, ebenso wie ich es zum Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hinsichtlich der Person des Kollegen Torsten Hilse tue. Das Abgeordnetenhaus wird mit diesen beiden Parlamentariern gut, und zwar im Sinne des Errichtungsgesetzes der Stiftung, im Stiftungsrat der Berliner Philharmoniker vertreten sein. Ich denke, darüber bräuchten wir jetzt nicht noch zusätzliche Debatten und Auseinandersetzungen zu führen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der PDS]

Vizepräsident Dr. Stözl: Vielen Dank, Herr Kollege! – Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. In Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit haben die Freien Demokraten freundlicherweise ihre Meldung zurückgezogen.

Zur Wahl werden jetzt als Mitglieder vorgeschlagen von Seiten der SPD Herr Abgeordneter Torsten Hilse, von Seiten der CDU Frau Abgeordnete Monika Grütters und von Seiten der Grünen-Fraktion Frau Abgeordnete Alice Ströver, wie wir bereits gehört haben. Man hat sich vereinbart, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln auszuführen. Sie bekommen einen Stimmzettel, zu dem etwas gesagt werden muss: Er enthält drei Vorschläge, und zu den drei Vorschlägen gibt es Ja, Nein und Enthaltung. Weil wir aber nur zwei Personen wählen können, können Sie auf den Stimmzetteln auch nur für zwei Personen die Option ausüben; ansonsten ist der Stimmzettel ungültig.

Ich bitte jetzt, die Wahlkabinen aufzustellen und die Prozedur in Gang zu setzen. Frau Hämmerling bitte ich um das Verlesen der Namen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich frage, ob jeder Mann und jede Frau die Gelegenheit zur Stimmabgabe genutzt hat. – Das scheint der Fall zu sein. Dann unterbreche ich die Sitzung zur Auszählung.

(D)

[Auszählung]

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Sitzung fort. Die Wahl ist ausgezählt. Ich gebe Ihnen das Ergebnis bekannt:

Auf Herrn Torsten Hilse entfielen 90 Ja-Stimmen. Auf Frau Monika Grütters entfielen 106 Ja-Stimmen.

[Beifall bei der CDU]

Auf Frau Alice Ströver entfielen 26 Ja-Stimmen. Damit sind Frau Grütters und Herr Hilse gewählt.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Ich gratuliere herzlich, diesem ehrenvollen Rat, dem Stiftungsrat einer der großen Kulturinstitutionen dieser Welt, Verantwortung tragen zu dürfen. Ich gestatte mir die Bemerkung, dass in Amerika, wo alles privat ist, dies mindestens 5 Millionen Dollar für jeden gekostet hätte. Hier ist dies nur mit Verantwortung verbunden.

Die nächste Wahl ist einfacher, weil wir nicht mit Wahlkabinen abstimmen. Wir haben noch zwei stellvertretende Mitglieder zu wählen. Es wurden von Seiten der SPD als stellvertretende Mitglieder Frau Brigitte Lange und von Seiten der FDP in Arrangement mit der CDU Herr Dr. Wolfgang Jungnickel vorgeschlagen. Hier wählen wir nach dem klassischen Verfahren. Ich beginne mit dem Vorschlag der stärksten Fraktion, mit dem Vorschlag der SPD. – Wer so zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies mit Mehrheit angenommen. – Wir gratulieren Frau Brigitte Lange und kommen jetzt zum Vorschlag der FDP zur Wahl von Herrn Dr. Jungnickel. – Wer so zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist dies bei einigen Enthaltungen so angenommen. Ich gratuliere auch den Stellvertretern.

Vizepräsident Dr. Stölzl**(A)** Wir kommen jetzt zur**Ifd. Nr. 3, Drucksache 15/14:****Wahl von vier Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Freien Universität Berlin**

Hier gibt es einen Konsensvorschlag. Wir machen dies wieder mit der einfachen Wahl durch Handheben. Zur Wahl als Mitglieder werden von Seiten der SPD Frau Dilek Kolat und Herr Jürgen Radebold, von Seiten der CDU Herr Peter Kurth und von Seiten der PDS Frau Ingeborg Simon vorgeschlagen. Als stellvertretende Mitglieder werden Frau Dr. Annette Fugmann-Heesing sowie Frau Iris Spranger von Seiten der SPD, von Seiten der CDU Karl-Georg Wellmann und von Seiten der PDS Herr Benjamin-Immanuel Hoff vorgeschlagen. Wir kommen wieder zur einfachen Wahl durch Handheben. – Wer diese Liste zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist der Listenvorschlag so angenommen. Wir gratulieren den Gewählten und wünschen Durchblick und Standvermögen bei den Finanzen.

Ich komme zur

Ifd. Nr. 4, Drucksache 15/15:**Wahl von fünf Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Humboldt-Universität zu Berlin**

Das ist wieder ein Listenvorschlag. Es werden von Seiten der SPD Herr Christian Gaebler und Herr Andreas Pape, von Seiten der Union Herr Mario Czaja und – abgetreten an die Grünen – Frau Lisa Paus sowie von Seiten der PDS Herr Benjamin-Immanuel Hoff vorgeschlagen. Als stellvertretende Mitglieder werden von Seiten der SPD Frau Jutta Leder und Iris Spranger, von Seiten der CDU Herr Andreas Apelt – wiederum im Konsens mit den Grünen – und von Seiten der Grünen – mit Konsens der Union – Frau Elfie Jantzen sowie von Seiten der PDS Frau Ingeborg Simon vorgeschlagen. Die Wahl erfolgt wieder durch Handheben. – Wer mit dem Konsens einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen! – Es herrscht große Einsinnigkeit. – Gegenprobe! – Das ist nicht der Fall. – Enthaltungen? – Mit 3 Enthaltungen ist die Liste so angenommen. Auch diesen Gewählten gratulieren wir und wünschen ihnen Kraft in der Humboldt-Universität!

(B)

Wir kommen zu

Ifd. Nr. 5, Drucksache 15/16:**Wahl von drei Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftskommission mit Entscheidungsbefugnis für die Universitätsklinik in Berlin**

Zur Wahl werden vorgeschlagen als Mitglieder von Seiten der SPD Herr Christian Gaebler, von Seiten der Union Herr Mario Czaja, von Seiten der PDS Herr Benjamin-Immanuel Hoff, als Stellvertreter von Seiten der SPD Herr Jürgen Radebold, von Seiten der Union Karl-Georg Wellmann, von Seiten der PDS Frau Ingeborg Simon.

Wir kommen zur schon geübten Wahl. Wer dafür ist, den bitte ich um das Zeichen! – Belebend zur späten Tageszeit. Wer dagegen ist, den bitte ich um die Gegenstimme! – Sind keine zu sehen. Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen bei den Liberalen ist das so angenommen. – Ich wünsche Glück bei Ihrem Beginnen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 6, Drucksache 15/90:**Große Anfrage der Fraktion der Grünen über kein Licht am Ende des Tunnels – „Abschirmung“ der Risiken von IBG und IBAG**Diese Große Anfrage ist vertagt, was der Tagesordnung sicher gut tut. **(C)**

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 6 A, Drucksache 15/97:**Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Januar 2002 zum Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung über Demokratie erhalten – Haushaltshoheit des Parlaments muss unverzüglich hergestellt werden, Drucksache 15/50**

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme des Antrags mit neuer Überschrift und in neuer Fassung. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Wer gemäß Beschlussempfehlung Drucksache 15/97 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 7, Drucksache 15/72:**Vorlage – zur Kenntnisnahme – über Entwurf eines Sechsten Staatsvertrages zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Eine Besprechung ist nicht vorgesehen. Vorgeschlagen wird die Überweisung an einen künftig für Medienangelegenheiten und hier für Rundfunkstaatsverträge zuständigen Ausschuss. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Zeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – So einstimmig angenommen. **(D)**

Ich komme zur

Ifd. Nr. 8, Drucksache 15/73:**Vorlage – zur Kenntnisnahme – über Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen**

Auch hier ist keine Besprechung vorgesehen. Die Vorlage ist damit ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 9, Drucksache 15/84:**Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 der Verfassung von Berlin**

Überweisungsanträge liegen hier nicht vor. Ich stelle damit fest, dass das Haus von den 15 Verordnungen Kenntnis genommen hat.

Nun kommen wir zur

Ifd. Nr. 10:**a) Drucksache 15/86:****Antrag der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates****b) Drucksache 15/87:****Antrag der Fraktion der Grünen über Veröffentlichung der Ergebnisse der Überprüfung auf Tätigkeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit**

Vizepräsident Dr. Stölzl

(A) c) **Drucksache 15/88:**

Antrag der Fraktion der CDU über Einsetzung eines Ehrenrates

d) **Drucksache 15/89:**

Antrag der Fraktion der CDU über Überprüfung von Mitgliedern der Landesregierung auf eine Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS)

Inzwischen liegt vor:

Drucksache 15/99:

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates

Damit sind die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 15/86 und der Fraktion der CDU Drucksache 15/88 zurückgezogen. Für die gemeinsame Beratung empfiehlt uns der Ältestenrat eine Redezeit von bis zu 10 Minuten pro Fraktion. Wer bittet um das Wort? – Für die Fraktion der Grünen hat der Herr Abgeordnete Cramer das Wort.

Cramer (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zwei Anträge eingebracht, mit denen die Überprüfung hinsichtlich einer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit geregelt werden soll. Für die Überprüfung der Abgeordneten fordern wir, wie in den vergangenen Jahren auch, die Einsetzung eines Ehrenrates. Dieser wird dankenswerterweise – Herr Präsident, Sie sagten es – von allen fünf Fraktionen unterstützt.

(B) Der zweite Antrag befasst sich mit der Überprüfung der Senatsmitglieder, deren Ergebnis veröffentlicht werden soll. 40 Jahre nach dem Bau der Mauer ist die Trennung von Ost und West noch längst nicht überwunden. Nicht nur nach dem Ende der DDR, auch nach den Erfahrungen mit dem Bankenskandal ist die politische und persönliche Glaubwürdigkeit der Politik von zentraler Bedeutung. Berlin ist eine Stadt, in der so viele Menschen unter dem SED-Unrecht gelitten haben. Deshalb sind wir der Meinung, dass diese Stadt nur von Menschen regiert werden darf, die nicht in dieses Unrechtssystem verstrickt waren.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Aus der Vergangenheit wissen wir, dass für die Überprüfung eines jeden Abgeordneten das individuelle Einverständnis nötig ist. Wir appellieren also schon jetzt an die **Freiwilligkeit** aller, sich dieser Überprüfung zu unterziehen und den Empfehlungen des Ehrenrates Folge zu leisten.

Anders sieht es bei der Überprüfung der Senatsmitglieder aus. Diese sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Lande Berlin. Ihre Überprüfung ist im Stasi-Unterlagengesetz und im Senatorensgesetz geregelt. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird aber lediglich zu den Personalakten genommen. Eine Veröffentlichung ist nicht vorgesehen. Mit unserem Antrag wollen wir diese Lücke schließen. Deshalb muss das Überprüfungsergebnis der Senatsmitglieder veröffentlicht werden.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Der rot-grüne Senat hatte eine solche Regelung bereits vorbereitet. Sie sollte nun schnellstens auch umgesetzt werden.

Die Frage nach der persönlichen Integrität und Glaubwürdigkeit richten wir nicht nur an jene, die im Bankenskandal, in Väterwirtschaft und regelwidrige Parteispenden verwickelt waren, dafür gibt es ja den Untersuchungsausschuss. Wir stellen diese Frage genauso an alle, die in Ost oder West für die Stasi gearbeitet haben. Wir halten daran fest, dass das auch für andere Geheimdienste gilt.

[Beifall des Abg. Over (PDS)]

Die Wählerinnen und Wähler haben einen Anspruch auf Aufklärung. (C)

[Beifall bei den Grünen]

Immer wieder wird in der Öffentlichkeit der Schlusstrich unter die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gefordert. Auch wird die Frage gestellt, wie lange man die Stasi-Überprüfung noch praktizieren will, warum immer wieder die „ollen Kamellen“ auf den Tisch kommen. Zunächst wissen wir aus leidiger Erfahrung, wie mühselig und langwierig die Aufarbeitung einer Diktatur ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die öffentliche Debatte um die Wehrmachtsausstellung erinnern. Sie hat nach mehr als 50 Jahren nichts an Aktualität eingebüßt. Wir halten sie auch heute noch für notwendig.

[Beifall bei den Grünen]

Unabhängig davon spricht gegen ein jetziges **Ende der Stasi-Überprüfung** aber zweierlei. Die Partei, die früher SED hieß, übernimmt 12 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR erstmals Regierungsverantwortung im Berliner Senat. Sie trug für die menschenfeindlichen Praktiken in der DDR die Verantwortung, so steht es auch im Koalitionsvertrag. Schon deshalb darf die Überprüfung jetzt nicht gestoppt werden. Zum anderen muss man sich vergegenwärtigen, dass alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei ihrer Einstellung überprüft werden. So lange diese Praxis besteht, muss sie erst recht auch für Senatsmitglieder gelten. Das Gebot der Gleichheit vor dem Gesetz wollen wir nicht verletzen.

[Beifall bei den Grünen –
Frau Senftleben (FDP): Richtig!]

In doppelter Hinsicht betroffen von unseren Anträgen ist der Abgeordnete **Gregor Gysi**, der heute als Senator gewählt worden ist. In den letzten Jahren tauchte im Zusammenhang mit seinem Namen immer wieder der Vorwurf auf, er habe für die Stasi gearbeitet. Der Immunitätsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich in der letzten Legislaturperiode mit diesen Stasi-Vorwürfen ausführlich befasst. Er hat in seinem Bericht eine inoffizielle Tätigkeit für die Stasi von Gregor Gysi „als erwiesen“ festgestellt und konstatiert, dass er „unter verschiedenen Decknamen dem MfS inoffiziell zugearbeitet hat“. Seine Anwalts-tätigkeit für Bürgerrechtler wie Robert Havemann, Gerd und Ulrike Poppe habe er benutzt, (D)

um im Rahmen seiner inoffiziellen Zusammenarbeit dem MfS Informationen über seine Mandanten zu liefern und Arbeitsaufträge des MfS auszuführen.

In seiner Stellungnahme weißt Gregor Gysi darauf hin, dass er „zu keinem Zeitpunkt inoffiziell mit dem MfS zusammen gearbeitet habe“.

[Zuruf von der CDU: Nein, offiziell!]

Gegen die Veröffentlichung des Berichts ist Gregor Gysi bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen, ohne Erfolg, der Bericht ist für jeden im Internet einzusehen.

Seitdem sind aber weitere und neue Vorwürfe öffentlich erhoben worden. Der Schriftsteller Lutz Rathenau, ein ehemaliger Mandant, findet in seinen Stasi-Vermerken einen Vermerk über ein vertrauliches Gespräch mit seinem Anwalt Gysi. Marianne BIRTHLER, die Leiterin der nach ihrem Vorgänger benannten Gauck-Behörde, verweist im „Tagesspiegel“ vom Mittwoch auf eine „dichte Indizienkette“, derzufolge „Gregor Gysi Zuträger der Stasi war“.

Nun wissen wir, insbesondere nach den Vorwürfen gegenüber Lothar de Maizière und Manfred Stolpe, dass die Grenze zwischen Kontakt und Mitarbeit nicht leicht zu bewerten ist. Wir wissen aber auch, dass die inoffizielle Mitarbeit für die Stasi nur in Ausnahmefällen zugegeben wurde, dass es Grauzonen gab und dass sich Vorverurteilungen verbieten. Aber eines ist auch klar: Das, was heute schon öffentlich über Gysi und die Stasi bekannt ist, hat in vielen Fällen zur Entlassung aus dem öffentlichen Dienst oder zur Mandatsniederlegung von Abgeordneten und Stadträten geführt.

[Beifall der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) –
Beifall der CDU und der FDP]

Cramer

- (A) Aus all diesen Gründen wollen wir, wie es bei jedem anderen Beschäftigten auch der Fall ist, dass die Vorwürfe geprüft, mit den neuen Erkenntnissen der Gauck-Behörde abgeglichen und das Ergebnis veröffentlicht wird.

Wodurch sich aber der Fall Gysi eklatant von allen anderen unterscheidet, ist die Tatsache, dass Gregor Gysi die Auseinandersetzung über seine Rolle als Anwalt der DDR-Bürgerrechtler auf eine juristische Ebene gehoben hat und jeden, der die Behauptung des Bundestagsausschusses wiedergibt, mit Klagen überzieht. In der SFB-Sendung „Kontraste“ „Der Kandidat und seine Vergangenheit“ kamen zum Beispiel der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Hilsberg und die Bundesbeauftragte Marianne Birthler im O-Ton zu Wort. Stefan Hilsberg, Mitglied im besagten Immunitätsausschuss fasste das Ergebnis mit seinen Worten folgendermaßen zusammen:

Es lässt sich direkt nachweisen, dass Gregor Gysi Einfluss auf seine Mandanten genommen hat – im Interesse der Staatssicherheit.

[Hört, hört! von der CDU –
Zuruf von der FDP: Unglaublich!]

Marianne Birthler gibt in ihrem Statement die Ergebnisse ihrer Behörde so wieder:

Da Dr. Gysi sich konspirativ mit der Stasi getroffen hat, da er Aufträge entgegengenommen und umgesetzt hat, da er Informationen geliefert hat, können wir davon sprechen, dass über Jahre hinaus er wie ein IM gearbeitet hat.

Die Unterlassungsklagen von Gregor Gysi richten sich nun aber nicht gegen die Personen Hilsberg und Birthler, die diese Äußerungen zu verantworten haben, sondern gegen den SFB, dem er in der ersten Instanz untersagen konnte, diese Statements im Internet zu veröffentlichen. Das geht entschieden zu weit.

- (B) [Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Wenn das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig wird, wenn bundesverfassungsrechtlich geschützte Drucksachen des Bundestages nicht mehr wiedergegeben werden dürfen, dann wird die Meinungsvielfalt der Medien beschnitten, dann herrscht Diskussionsverbot, wird das Thema Gysi und die Stasi zum Tabu erklärt. Das wollen wir nicht.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Da bitte ich doch um Stringenz, Herr Senator Gysi. Sie waren es doch, der als Verteidiger von Mauerschützen immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nicht juristisch, sondern politisch geführt werden soll. Sie waren es, der immer wieder die politische Debatte gefordert hat. Und nun, pro domo setzen Sie nur auf die Justiz und wollen ein Diskussionsverbot. Das, Herr Gysi, ist der Unterschied zu allen anderen Fällen. Uns geht es darum, die tabuisierte öffentliche Diskussion wiederzubeleben und dass von Ihnen angestrebte Diskussionsverbot nicht Praxis werden zu lassen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Vizepräsident Dr. Stözl: Herr Abgeordneter! Ihre Redezeit!

Cramer (Grüne): Ich bin sofort fertig! – Wir wollen nicht den Mief der vergangenen DDR, sondern eine lebendige und diskussionsfreudige Gesellschaft. Wir jedenfalls wollen die Meinungsvielfalt auch in den Medien sichern.

Abschließend möchte ich an Sie, an den soeben gewählten Senator appellieren, die unsägliche Praxis der Unterlassungserklärungen zu beenden, und an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten appelliere ich, unserem Antrag zuzustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zuruf von der FDP: Bravo!]

Vizepräsident Dr. Stözl: Vielen Dank Herr Kollege Cramer. (C) – Für die Fraktion der SPD hat das Wort gewünscht der Herr Abgeordnete Benneter. – Sie haben das Wort!

[Frau Ströver (Grüne): Den Regierenden Bürgermeister scheint das Thema nicht zu interessieren.
Er plaudert lieber in der Hinterbank!]

Benneter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass das Thema uns alle interessiert, auch den Regierenden Bürgermeister. Auch wenn er nicht an seinem Platz sitzt.

Was wir hier besprechen, sind die uns vorgelegten Anträge, einmal die Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates, den wollen alle Fraktionen in diesem Haus. Da gibt es überhaupt keine Unterschiede. Deshalb sollte man, Herr Cramer, solche Unterschiede auch nicht herbeireden wollen. Wir wollen keine Neuerungen, wir wollen auch keine Sonderbehandlung für die neuen Senatsmitglieder. Die Frage des Ehrenrates richtet sich an alle Abgeordneten. Dabei ist es immer auch in der Vergangenheit die Frage gewesen, inwieweit wir alle Abgeordneten verpflichten können, sich freiwillig einer solchen Überprüfung zu unterziehen oder ob wir es uns leisten können, das öffentliche Untersuchungsinteresse so auszugestalten, dass das Abgeordnetenhaus für den Fall, dass bestimmte hinreichende Verdachtsmomente vorhanden sind, von sich aus eine solche weitergehende Überprüfung einleiten kann, auch wenn nicht die Zustimmung des Einzelnen vorhanden ist. Das ist die entscheidende Frage bei dem Thema des Ehrenrates. So, wie der Antrag jetzt von allen Fraktionen eingebracht ist, besteht hier Zustimmung. Deshalb brauche ich zu so vorgerückter Stunde nicht mehr im Einzelnen weiter darauf einzugehen. Auch wir wollen, dass hier die Praxis, die in den letzten Legislaturperioden immer von allen Fraktionen gehandhabt wurde,

[Wieland (Grüne): Stimmt doch gar nicht!]

weiterhin eingehalten wird.

(D)

Was die Frage der **Senatsmitglieder** angeht, so haben wir hier dezidierte beamtenrechtliche Vorschriften, die aus dem Senatorengesetz und auch aus dem Stasi-Unterlagengesetz hervorgehen. Hier ist es so, dass die Ergebnisse der Überprüfung dem jeweiligen Dienstherrn bekannt gegeben werden.

[Dr. Lindner (FDP): Wer ist denn der Dienstherr?]

Diese Ergebnisse werden nicht einfach kommentarlos in den Personalakten verwahrt, sondern sie werden dem Dienstherrn zur Kenntnis gegeben und der Dienstherr hat auf Grund dieser Erkenntnisse zu entscheiden, was damit zu tun ist. Das ist ein ganz rechtsstaatliches Verfahren, wie es jeden im öffentlichen Dienst betrifft – auch die Senatoren. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, jetzt nach der Neuwahl des Senats zu einer Sonderbehandlung zu kommen.

Wir erwarten eine korrekte Amtsführung. Diese muss auch nach solch einer Überprüfung gewährleistet sein. Dann ist es Sache des jeweiligen Dienstherrn – im Fall der Senatoren Sache des Regierenden Bürgermeisters –, auf Grund der Erkenntnisse aus der Überprüfung bei vorliegenden Verdachtsmomenten die entsprechenden dienstrechtlichen Konsequenzen zu ziehen, sollte sich herausstellen, dass eine Senatorin oder ein Senator nicht mehr tragbar sind. Dann ist diese Auseinandersetzung politisch – das wollten Sie auch – und nicht mehr auf irgendeine juristische Ebene gehoben.

Ich denke, dass sich der Senator **Gysi** gegen nach seiner Ansicht ungerechtfertigte Vorwürfe mit Hilfe der Gerichte zu Wehr setzt, ist sein gutes Recht.

[Zuruf des Abg. Gram (CDU) –
Abg. Dr. Lindner (FDP) meldet sich
zu einer Zwischenfrage.]

Dieses gute Recht sollten wir auch dem Senator Gysi in diesen Fragen zugestehen.

[Beifall bei der PDS]

Benneter

(A) Die Art und Weise, wie hier die Diskussion über die Überprüfung – schon in einer Art Vorverurteilung, gerade auch von Ihnen, Herr Cramer – zum Gegenstand gemacht wurde, das halte ich nicht für angemessen.

[Zuruf der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne) – Zurufe von der CDU]

Sie zitieren hier aus dem Beschlussbericht des Immunitätsausschusses des Bundestages. Der ist mit Mehrheit zu entsprechenden Entschliefungen gekommen. Nicht nur der PDS-Vertreter, sondern auch der FDP-Vertreter hat dieser Entschliefung im Bundestag widersprochen, wie Sie wissen.

[Zurufe der Abgn. Zimmer (CDU) und Cramer (Grüne)]

Das Bundesverfassungsgericht, das hier von Herrn Gysi immer angerufen wurde, hat die Anträge von Herrn Gysi abgelehnt. Das ist richtig, aber Sie müssen dann der Korrektheit halber schon hinzufügen, dass dies mit der Begründung geschah, dass die Anträge teils deshalb unzulässig sind,

[Gram (CDU): Jetzt reicht es aber! – Zurufe von der FDP]

weil hier eine Beweisfrage mit Mehrheit entschieden wurde, damit aber noch lange kein Beweis für die entsprechenden Feststellungen gegeben sei. Deshalb seien die Rechte des Bundestagsabgeordneten Gysi hier nicht verletzt worden.

Vizepräsidentin Michels: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lindner von der FDP?

Benneter (SPD): Bitte, Herr Lindner!

Vizepräsidentin Michels: Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Lindner (FDP): Herzlichen Dank! – Sie sagten vorhin, der Dienstherr der Senatoren sei der Regierende Bürgermeister. Sie meinen wahrscheinlich: der Dienstvorgesetzte. Seit wann, Herr Kollege Benneter, ist der Regierende Bürgermeister der Dienstvorgesetzte der Senatoren? Und welche dienstrechtlichen Maßnahmen, meinen Sie, hat der Regierende Bürgermeister gegenüber Senatoren, die hier vom Abgeordnetenhaus gewählt werden?

[Dr. Steffel (CDU): Gute Frage!]

Benneter (SPD): Der Regierende Bürgermeister ist der Zuständige, an den die Berichte über Senatoren bei einer Stasi-Überprüfung gehen. Er ist dann auch derjenige, der darüber zu verfügen hat, was mit solchen Berichten zu geschehen hat – ob die lediglich in den Personalunterlagen abgehftet werden oder ob die dazu benutzt werden, um entsprechende Sanktionen herbeizuführen. Hier im politischen Rahmen bei Senatoren wäre es dann ganz klar die Sache des Regierenden Bürgermeisters – das ist dann auch für ihn eine politische Frage –, ob er dies dem Abgeordnetenhaus zur Entscheidung vorträgt. Darauf habe ich abgestellt und nicht auf irgendwelche funktionalen dienstrechtlichen Unterschiedlichkeiten.

[Eßer (Grüne): Genau das ist die Lücke! –

Dr. Lindner (FDP): Sie merken doch an Ihrer Antwort, dass es nicht passt!]

– Nein, das ist keine Lücke! Der Senator Gysi hat doch vorhin nach meiner Überzeugung darauf hingewiesen, dass – gerade was seinen Fall angeht – nichts unter der Decke bleibt,

[Gelächter bei der CDU und der FDP – Zurufe von der CDU und der FDP]

aber auch gar nichts unter der Decke bleibt, wenn hier irgendwelche Erkenntnisse bestehen. So war es jedenfalls bisher. Diese Erkenntnisse waren immer schon Tage vorher in den entsprechenden Zeitungen zu lesen. Deshalb habe ich da überhaupt keine Sorge, dass uns das nicht bekannt würde, wenn es zu neuen Erkenntnissen käme.

[Zurufe der Abgn. Hahn (FDP) und Eßer (Grüne)]

Daher meine ich, dass Ihr Antrag, der jetzt eine Neuerung und eine Sonderbehandlung herbeiführen will, dies nicht rechtfertigt, was die Senatsmitglieder angeht. Insofern werden wir einer Überweisung in die Ausschüsse zustimmen, aber uns dort dagegen wenden, dass nun eine Sonderbehandlung für die neu gewählten Senatsmitglieder stattfindet.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der PDS – Zurufe von der CDU und der FDP – Dr. Lindner (FDP): Dann sagt doch, dass ihr es nicht veröffentlichen wollt!]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Braun. – Bitte schön!

Braun (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Benneter sprechen für sich.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Es ist offensichtlich und ein signifikantes Zeichen des Senats, dass er sich mit moralischen und humanen Kriterien nicht mehr auseinander setzt, sondern hier den Versuch unternimmt, über die Vergangenheit hinwegzutuschen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Für uns als CDU-Abgeordnete ist es selbstverständlich, dass wir uns überprüfen lassen

[Müller (SPD): Für uns auch!]

und dass wir damit der Tradition, die in diesem Hause vorherrscht, auch weiterhin folgen werden. Darüber brauchen wir nicht länger zu reden.

Ich finde – und das sage ich gleich vorab –, dass der Antrag der Grünen, der weiter geht als unserer, nachher unsere Zustimmung finden wird. Wir werden uns dem Antrag der Grünen anschließen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Auch wir fordern eine **Überprüfung der Mitglieder der Landesregierung**, sowohl für Senatoren als auch für Staatssekretäre, und zwar auf eine Mitarbeit für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Diese Auffassung der CDU-Fraktion wird die wenigsten von Ihnen überraschen, ebenso unsere Feststellung, dass wir fest davon überzeugt sind, dass dieser Senat aus Altjusos und Alt-FDJlern der Stadt schweren moralischen Schaden zufügen wird.

[Beifall bei der CDU und der FDP – Gelächter bei der PDS]

Herr Benneter, zu Ihrer Information – und ich fand die Zwischenfrage von Herrn Lindner berechtigt –: Ich hätte mir auch gewünscht, wir hätten diesen Antrag vor der Senatswahl nicht nur diskutiert und verabschiedet, sondern wir hätten auch die Ergebnisse vor der Senatswahl gehabt, damit jeder einzelne Wähler und jeder Abgeordnete in diesem Haus, der heute für diesen Senat gestimmt hat, auch weiß, was er getan hat und mit welchen Damen und Herren er es künftig zu tun hat.

Über **Gregor Gysi** haben bereits die Gauck-Behörde und der Immunitätsausschuss des Deutschen Bundestages ein eindeutiges Urteil gefällt, übrigens mit den Stimmen der Sozialdemokraten. Wörtlich heißt es in diesem Bericht des Immunitätsausschusses:

Dr. Gregor Gysi hat in der Zeit seiner inoffiziellen Tätigkeiten Anweisungen seiner Führungsoffiziere über die Beeinflussung seiner Mandanten ausgeführt und über die Erfüllung seiner Arbeitsaufträge berichtet. Er hat sich hierauf nicht beschränkt, sondern auch eigene Vorschläge an das MfS herangetragen.

– Sehr beflissen, Herr Gysi! –

Dr. Gysi hat seine herausgehobene berufliche Stellung als einer der wenigen Rechtsanwälte in der DDR genutzt, um als Anwalt auch international bekannter Oppositioneller die

(C)

(D)

Braun

(A) politische Ordnung der DDR vor seinen Mandanten zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er sich in die Strategien des MfS einbinden lassen, selbst an der operativen Bearbeitung von Oppositionellen teilgenommen und wichtige Informationen an das MfS weitergegeben.

[Gram (CDU): Bleiben Sie hier, Herr Wowereit!
Hören Sie sich das ruhig an!]

Auf diese Erkenntnisse war der Staatssicherheitsdienst zur Vorbereitung seiner Zersetzungsstrategien dringend angewiesen. Das Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR.

So weit der Bericht des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestages! – Wir wissen alle, dass Herr Dr. Gysi gegen diese Feststellungen geklagt hat und immerhin vor dem höchsten deutschen Gericht, dem Bundesverfassungsgericht, gescheitert ist.

Ich könnte jetzt viele weitere Einzelbeispiele nennen. Drei Komplexe hat die Gauck-Behörde besonders hervorgehoben, und zwar betreffend Rudolf Bahro, Robert Havemann und Bärbel Bohley. In der Zusammenfassung führt die Gauck-Behörde aus – ich zitiere –:

Diese Unterlagen belegen, dass Dr. Gysi von 1978 bis 1989 inoffiziell mit der HA XX/OG bzw. XX/9 zusammengearbeitet hat.

In dieser Zeit lieferte er mandantenbezogene Informationen an das MfS. Er hat sich mit seinen Führungsoffizieren Lohr bzw. Reuter sowohl in seiner Privatwohnung als auch in der konspirativen Wohnung „Ellen“ getroffen. Zwischen Dr. Gysi und der HA XX/OG bzw. der HA XX/9 hat ein dauerhaftes Verbindungssystem bestanden. Seine inoffizielle Tätigkeit hat sich nicht in der Informationslieferung erschöpft. Gegenüber seinen Führungsoffizieren entwickelte er selbst Vorschläge hinsichtlich der Einflussnahme des MfS auf seine Mandanten.

(B) [Wellmann (CDU): Bravo!]

Dr. Gysi hat in der Planung des MfS als verfügbar und einsetzbar gegolten. Die inoffizielle Tätigkeit Dr. Gysis ist vom MfS nachweislich so genannter Operativgeldabrechnung mehrfach durch Präsente und Zuwendungen belohnt worden.

So weit wörtliche Zitate aus dem Bericht der Gauck-Behörde.

Nun liegt die gutachterliche Stellungnahme der Gauck-Behörde schon fast sechs Jahre zurück. In letzter Zeit sind weitere Vorwürfe – darauf hat Herr Cramer hingewiesen – erhoben worden, insbesondere von dem Schriftsteller Lutz Rathenow. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu wissen, mit wem die charakterlosen Sozialdemokraten ins Bett steigen – oder besser: die Stadt moralisch ruinieren wollen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

Nur ergänzend: Eine Verpflichtungserklärung wurde nicht gefunden, aber das war bei SED-Mitgliedern nicht üblich.

Aber es geht nicht nur um „Mephisto“ Dr. Gysi. Uns interessieren auch die möglichen Verstrickungen von Westpolitikern. Der veröffentlichte **Lebenslauf von Frau Knake-Werner** ist bemerkenswert:

[Zurufe von der FDP]

Bis 1981 Mitglied der SPD, dann in die DKP eingetreten, dem bekanntermaßen stalinistischen Standbein der SED im Westen; dann in der Sowjetunion ausgebildet; 1989 aus der DKP ausgetreten und seitdem Mitglied der PDS, versehen mit verschiedenen Führungsaufgaben. Jeder von uns weiß um die Abhängigkeit der DKP vom ehemaligen Staatsapparat der DDR. Ich möchte wissen, ob und in welchem Umfang Maßnahmen der DDR gegen unser freiheitliches System von dieser Frau Knake-Werner unterstützt wurden.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Der gerade gewählte **Kultur- und Wissenschaftssenator Flierl** ist als zynischer „Betonpolitiker“

[Heiterkeit bei der PDS]

im wahrsten Sinne des Wortes bekannt.

[Zurufe von der PDS]

Seine Liebe zum sozialistischen Realismus – jedenfalls in der Architektur –, der notwendige Veränderungen in der Berliner Stadtmitte verhinderte, ist bekannt. Er soll offenlegen, ob und gegebenenfalls wie weit er „Liebesbeweise“ für den Staatsapparat der DDR erbrachte. Er wird für die Zerschlagung wichtiger Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen wie das UKBF verantwortlich sein. Mich interessiert, welche Geisteshaltung dieser Mann hat, der sich jetzt bei den herausragenden Berliner Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen dafür rächt, dass der Sozialismus gescheitert ist.

[Beifall bei der CDU – Vereinzelter Beifall bei der FDP –
Gelächter bei der PDS – Zurufe von der PDS]

Ich persönlich kann nicht verstehen, dass im Ostteil der Stadt nahezu 50 % ihre Peiniger von früher gewählt oder – wie es Wolf Biermann ausdrückte – „mit der letzten Wahl ihre Peitsche geküsst haben“.

[Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

Ich will aber nicht, dass anschließend wieder alle sagen können: „Wir haben nichts gewusst.“ Wir wollen Aufklärung und Information.

[Zuruf des Abg. Krestel (FDP)]

Die Schlüsse hieraus wird schon jeder selbst ziehen.

Wir unterstützen den Antrag der Grünen. Er ist ein Beitrag zur Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst.

[Zurufe von den Grünen]

Jeder Bedienstete dort hat sich einer Überprüfung zu unterziehen, warum also nicht auch die Spitzen der Verwaltung?

Eine letzte Bemerkung:

[Unruhe]

– Frau Präsidentin, könnten Sie bitte für Ruhe sorgen? – Kein Mensch ist unfehlbar. Um mit Kurt Hiller zu sprechen: „Jeder hat ein Recht auf Entwicklung, aber sie muß glaubwürdig sein.“ Ich kann die Schandtaten der PDS/SED nicht vergessen: die Spaltung des Landes, jahrzehntelange erstickende Diktatur, Unterdrückung der politischen und geistigen Freiheit, Vernichtung der Lebenschancen von Generationen, fast 1 000 Tote an den Grenzen. Wer das Parteiprogramm der PDS liest, wird schnell feststellen: eine Distanzierung, ein Bruch mit der Geschichte, allenfalls taktische Überlegung, neues Design für alte Inhalte. Das Verlangen nach einer Entschuldigung hierfür erscheint lächerlich,

[Beifall bei der SPD]

geradezu eine Petitesse, die in ihrer Nichtigkeit nur beleidigend gegenüber den Opfern wirkt. Für derartige Verbrechen einer Partei helfen nur Auflösung der Partei und Herausgabe des unrechtmäßig erworbenen Riesenvermögens.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Allein durch diese Maßnahmen hätte die PDS unter Beweis gestellt, dass sie nicht die Fortsetzung der stalinistischen SED ist. Aber das wollte sie nicht. Und deshalb werden wir sie auch nicht aus ihrer Verantwortung für die Schandtaten der SED entlassen. – Die CDU-Fraktion besteht auf Sofortabstimmung über die heute gestellten Anträge.

[Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Krestel (FDP) –
Zuruf des Abg. Liebich (PDS)]

Vizepräsidentin Michels: Das Wort für die PDS-Fraktion hat der Abgeordnete Nelken. – Bitte schön!

(A) **Nelken** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werter Vorredner Herr Braun! Inwiefern das, worüber Sie hier gesprochen haben, mit den uns vorliegenden Anträgen zu tun hat, ist mir verschlossen geblieben. Ich will nicht auf die ganze Litanei eingehen, die Sie hier vorgeführt haben. Heute ist schon viel über historische Bedeutung gesprochen worden; manchmal hatte ich aber den Eindruck, dass die Debatten, die wir im Laufe des Abends geführt haben, diese historische Dimension vermissen ließen. Es wurde sehr viel Parteitaktik betrieben, und ich glaube, auch in der jetzigen Debatte.

Zunächst einmal, Herr Cramer: Ich kann gar nicht feststellen, woraus sie geschlossen haben, dass jemand die Stasiüberprüfung für die Abgeordneten abschaffen will. Wir haben einen Antrag, der von allen Fraktionen getragen wurde, im gleichen Wortlaut wie der zu Beginn der letzten Wahlperiode gestellte Antrag.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das muss auch so sein, weil eine neue Legislaturperiode angefangen hat!]

Dieses Mal ist die FDP mit dabei. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode auf diesen Antrag geeinigt. Ich will zu dieser späten Stunde nicht darauf eingehen, worüber wir damals diskutiert haben – das ist möglicherweise etwas ungehörig gegenüber denjenigen Abgeordneten, die nicht dabei waren –, aber ich verweise einmal auf die Ausführungen, die ich damals zu diesem Antrag gemacht habe: Trotz Kritikpunkten waren wir der Meinung, dass es im Haus einen Konsens zu dieser wichtigen Frage gibt. Wir stehen nach wie vor zu diesem Konsens. Gegenüber der damaligen Kritik hat sich nur eines geändert: Die Konstruktion des Ehrenrats hat damals ergeben, dass die Regierungsparteien dort eine Zweidrittelmehrheit haben. Das hat sich geändert; jetzt ist die Zusammensetzung des Ehrenrats ausgeglichen zwischen Opposition und Regierungsparteien. Insofern gehe ich auf diese Frage nicht weiter ein. Ich verweise auf die Rede. Vielleicht können Sie auch nachlesen, welche Probleme ich damals angemerkt habe.

(B) Ich komme zu dem, was in der Debatte heute Abend eigentlich die Hauptrolle spielt: Es ist die „Überprüfung von Mitgliedern der Landesregierung“, wie es im Antrag heißt. Mich wundert, dass die CDU sich diesem Antrag angeschlossen hat; denn in dem Antrag der Grünen wird angeregt, dass dieses Haus eine Änderung der entsprechenden Ausführungsvorschriften beschließen möge. In dem Antrag wird auf den Regierenden Bürgermeister verwiesen, der zu berichten habe. Wenn man dem folgte, würde das bedeuten, dass das, was die CDU eigentlich meint – dass auch die Ergebnisse hinsichtlich der Staatssekretäre bekannt gegeben werden –, in diesem Antrag gar nicht enthalten ist. Ich glaube, dass es Grund genug gibt, diese Anträge ernsthaft zu beraten, ob dann zu sehen, ob das, was verschiedene Antragsteller meinen, zu einer sinnvollen Vorlage kommt.

[Zurufe von der FDP]

Aber zum politischen Inhalt: Es wurde in der Debatte vieles verknüpft. Es wurde nicht über die Anträge, sondern vorzüglich über **Senator Gysi** geredet. Ich frage mich, ob wir hier im Haus Anträge beschließen, die entweder konkret auf Personen gerichtet sind,

[Krestel (FDP): Das ist das klassische Beispiel!]

oder – wenn wir hier Verordnungen oder Gesetze ändern wollen – ob diese unabhängig von den Personen geändert werden.

[Dr. Rexrodt (FDP): Es geht doch immer um Personen, nie um Sachen!]

– Es geht in der politischen Auseinandersetzung immer um Personen, aber es stellt sich doch die Frage, ob man Gesetzgebungsprozesse danach in Bewegung setzt, welche Koalition mit welchen Personen gerade an der Regierung ist. Gesetzgebungsprozesse müssen doch eine allgemeine Gültigkeit haben. Die müssen auch allgemein begründet sein, und zwar unabhängig von den Personen. Insofern ist die Frage, ob wir, weil jetzt eine andere Regierung ist, eine Praxis, die bis jetzt bestanden hat, ändern müssen. Die Änderungsnotwendigkeit muss sich ja,

werte Damen und Herren, aus der Sache ergeben. Es kann nicht bei jeder Regierung ein neues Gesetz oder eine neue Verordnung erlassen werden.

[Dr. Rexrodt (FDP): Dafür sind wir da!]

Also müssen wir doch in den Ausschüssen prüfen – und deswegen, Herr Rexrodt, wollen wir es auch in die Ausschüsse überweisen –, ob es in der Sache eine Notwendigkeit zur Änderung der gesetzlichen Vorschriften gibt. Dann wird sich ja zeigen – – Das müsste aber unabhängig von der Person sein.

[Dr. Lindner (FDP): Es geht um Bürgermeister Gysi, nicht um Sachen!]

Jetzt komme ich noch mal zu der Frage der Personen. Wenn es um Herrn Bürgermeister Gysi geht, dann ist z. B., wenn er als Abgeordneter betroffen ist, der Ehrenrat zuständig. Da wird über die Person entschieden. Aber hier wollen wir über Verfahrensänderungen entscheiden.

Ich will jetzt auch noch mal ein Wort zu Herrn Gysi sagen. Die Anschuldigungen, die gegen ihn vorgebracht worden sind, wird er sich sicher auch selber beantworten können in der Öffentlichkeit, unabhängig von diesen Anträgen. Aber ich kenne Herrn Gysi auch schon aus Debatten. Wenn hier gesagt wird, er versucht, Auseinandersetzungen um dieses Thema sowohl bei seiner Person wie generell zu unterdrücken, habe ich eine völlig andere Erfahrung. Erstens haben Sie das alle in der Öffentlichkeit mitbekommen. Nie ist so ausführlich über eine Person in diesem Zusammenhang diskutiert worden wie gegenüber Herrn Gysi. Sie haben hier auch ausgiebig zitiert. Und außerdem haben wir die innerparteilichen Auseinandersetzungen um diese Frage auch völlig öffentlich geführt. Und da hat sich auch die Person Gysi engagiert. Und da war nie die Rede davon, dass irgendwas vertuscht werden soll, dass wir ein Diskussionsverbot haben wollen, sondern wir haben breitest darüber diskutiert und werden dies auch weiterhin tun.

[Dr. Rexrodt (FDP): Was wollen Sie da eigentlich?]

Und so – Herr Rexrodt, zu Ihrer Frage:

[Beifall bei der PDS]

Einer ihrer Grundsätze, die die PDS immer an diesen Fragen auch in diesem Haus verfolgt hat, war die Frage der Öffentlichkeit. Denn Geheimdienste leben im Wesentlichen, das gilt übrigens für alle Geheimdienste, von Vertrauensbruch, von Konspiration. Das wichtigste Gegenmittel gegen Konspiration ist die Öffentlichkeit. Insofern sind wir immer auch in der Ehrenratsfrage dafür eingetreten, dass wir eine öffentliche Auseinandersetzung darüber wollen. Insofern, wenn es um die Öffentlichkeit geht, werden, wie einige meiner Vorredner schon gesagt haben, das ist sowieso klar, alle diese Vorgänge immer sofort in dieser Medienwelt öffentlich ausgetragen werden. Wir haben immer ein hohes Interesse daran, dass etwas in dieser Frage sozusagen aus den Hinterzimmern in die öffentliche Debatte kommt. Das hat die PDS hier im Haus vertreten, das hat sie aber auch immer bundesweit vertreten. Jetzt haben Sie uns da also sicher auf Ihrer Seite.

Zu der Frage, was Sie jetzt aber vorschlagen, sage ich, müssen wir erstens sagen, wenn wir eine Änderung dieser Regelung haben wollen, inwiefern sie rechtsstaatlichen Ansprüchen genügt. Was Sie nämlich jetzt z. B. vorgeschlagen haben, Herr Cramer, stellen Sie doch mal der Ehrenratsregelung gegenüber! Da ist ja auch nicht so gesagt worden, dass die Ergebnisse der Überprüfung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Damit befasst sich zuerst der Ehrenrat, dann wird, wenn es mit Einverständnis des Betroffenen ist, eine öffentliche Auseinandersetzung geführt. Also in dieser Frage sollten wir auch konsequent in beiden Regelungen bleiben. Das ist übrigens im Antrag der CDU viel klarer, weil sie nämlich nicht sagt, dass die Ergebnisse veröffentlicht werden sollen, sondern dass es einen Bericht darüber geben soll; das ist sicher rechtsstaatlich viel einwandfreier zu regeln. Ich glaube, dass wir, wenn wir ernsthaft darüber diskutieren und wenn wir bei dem Grundsatz bleiben, dass wir eine öffentliche Auseinandersetzung wollen, dieses Ver-

Nelken

- (A) fahren, das wir haben wollen, allen rechtsstaatlichen Ansprüchen Genüge tut. Dann müssten wir über diese Anträge noch mal reden. Vielleicht kommen wir in den Ausschüssen zu so einer Debatte, die weniger von den parteipolitischen Interessen geprägt ist, und dann können wir ja sehen, ob ein Änderungsbedarf an den geltenden Rechtsvorschriften besteht oder ob hier nur vor dem Hintergrund eines angeblichen Änderungsbedarfs versucht werden soll, den politischen Gegner ins politische Ziellicht zu rücken. Bis jetzt ist der Eindruck, den ich aus dieser Debatte gewonnen habe, dass das eigentlich Ihr Interesse ist, dass es Ihnen überhaupt nicht um die öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Problem geht. Es geht Ihnen eigentlich immer nur darum – das hat in der Geschäftsordnungsdebatte Ihr Kollege von der CDU heute gesagt –, in dieser Debatte Personen zu demontieren. Bei einer solchen Art der Auseinandersetzung um Geheimdienste, um Staatssicherheit werden wir nicht mitmachen. Für die öffentliche Debatte sind wir.

[Beifall bei der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, hat zunächst für eine Kurzintervention die Abgeordnete Klotz das Wort. – Bitte schön!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Mit der differenzierten Auseinandersetzung über die Vergangenheit wird es, glaube ich, schwer in diesem Haus werden. Zum Ersten: Es gibt einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auf die Überprüfung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses über die Mitarbeit oder die Arbeit für das MfS, von allen Fraktionen, genau wie es in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Das finde ich auch in Ordnung, wir haben nie etwas anderes behauptet. Und wir haben uns da auch nicht an die Spitze der Bewegung gestellt und behauptet, die ändern wollen das nicht. Mal so weit, Herr Nelken.

- Zweitens: Es gibt eine Überprüfungsregelung für die Senatsmitglieder, die gibt es auch bisher. Es gibt aber auch eine Lücke in dieser Überprüfungsregelung, dass nämlich mit dem Ergebnis dieser Überprüfung bisher nicht umgegangen wurde, wenn es denn eins gab. Deswegen gab es, und zwar bevor die PDS im Senat saß, bevor Herr Gysi auf der Senatsbank Platz genommen hatte, eine Verständigung zwischen dem grünen Justizressort und dem SPD-Innenressort über eine Veränderung der Ausführungsvorschrift, dass diese Ergebnisse öffentlich gemacht werden sollen, und zwar mit Zustimmung der jeweiligen Senatsmitglieder; ohne geht es übrigens auch gar nicht. Zustimmung der Senatsmitglieder – noch mal zuhören –, die müssen vorher sagen: Wir stimmen dem zu. – Deswegen wollten wir das heute auch hören. Das war uns wichtig.
- (B)

Nächster Punkt, das finde ich auch wirklich ärgerlich: Es geht uns wirklich nicht um Vorverurteilung. Das ist nicht der Punkt. Es geht um Transparenz. – Da können Sie ruhig den Kopf schüteln. – Es geht nicht darum, hier schon Urteile zu fällen, wofür die Fakten überhaupt nicht auf dem Tisch liegen. Wenn Herr Cramer gesagt hat, dass Unterlassungserklärungen, die natürlich juristisch legitim sind, das ist doch überhaupt nicht der Punkt, es erschweren, über Biographien zu reden, sich mit Vergangenheit auseinanderzusetzen, damit auch differenziert umzugehen, dann hat er Recht. Gregor Gysi ist eine prominente öffentliche Person, und eine prominente Person muss damit leben, dass es damit auch eine Auseinandersetzung gibt, das gehört dazu,

[Dr. Rexrodt (FDP): Völlig richtig!]

Jeder, der sich öffentlich kritisch äußert, kriegt möglicherweise einen Maulkorb umgehängt – das dient nicht der Geschichtsaufarbeitung. Das ist es, was ich kritisch finde und was wir kritisch sehen. Und das ist etwas, was wir ändern wollen. Ich denke, wenn wir über Aufarbeitung von Biographien reden – das trifft für viele in diesem Saal zu –, dann kann dieses Thema nicht außen vor bleiben, sondern dann gehört es auch dazu. Und insofern finde ich diese Unterstellung, was das für eine Motivation war, diese beiden Anträge hier einzubringen, einfach schändlich. Ich bin sehr gespannt, mit welchem Ergebnis wir aus den Ausschussberatungen wieder herauskommen.

[Beifall bei den Grünen, der FDP und der CDU]

- Vizepräsidentin Michels:** Herr Nelken, Sie hätten jetzt die Möglichkeit der Erwiderung! (C)

Nelken (PDS): Sehr geehrte Kollegin Klotz! Ich habe ja die Begründung des Herrn Cramer für seinen Antrag und auch die des Abgeordneten Herrn Braun von der CDU aufmerksam verfolgt. Große Teile in beiden waren hier vorgetragene Vorwürfe gegen konkrete Personen. Damit ist nicht etwa gesagt worden, wir wollen dort ein Verfahren haben und diskutieren dann entsprechend des Verfahrens öffentlich über seine Ergebnisse, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, sondern hier ist mit den Vorwürfen gegen Personen das Verfahren begründet worden. Das habe ich kritisiert, und das halte ich nach wie vor für falsch. Damit setzen Sie sich dem Verdacht der Instrumentalisierung aus.

[Beifall bei der PDS]

Zu dem zweiten Punkt: Wir haben in der PDS eine Regelung, die besagt, dass jeder, der sich um ein öffentliches Amt bewirbt, völlig offen mit seiner politischen Biographie inklusive einer eventuellen Tätigkeit für das MfS umgehen muss. Er muss dies öffentlich vor denjenigen, die ihn da nominieren, darlegen, damit die sich ein Bild darüber machen können. Das ist ein Verfahren, wo man sagen kann, das gilt innerparteilich. Und daran halten wir von der PDS uns seit Jahren, einschließlich aller, die hier auch für dieses Abgeordnetenhaus nominiert wurden. Das ist öffentlich, das kann also auch jeder verfolgen, der – –

[Dr. Rexrodt (FDP): Aber das reicht nicht, Herr Nelken! – Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

– Moment! Nein, es geht ja überhaupt nicht darum. Ich habe ja gesagt, dass wir denken, dass genau dieser **Grundsatz der Öffentlichkeit** grundsätzlich gilt. Was wir aber wollen, ist, dass es ein ordentliches und rechtsstaatliches Verfahren gibt. Und wenn wir uns dabei auf einen Vorschlag einigen können, dann besteht darüber überhaupt kein Zweifel. Aber Ihre jetzige Vorlage, die darin besteht, zu sagen, der Senat möge es dahin gehend ändern, und die dann z. B. im Gegensatz zu dem steht, was zum Teil die CDU beantragt, das ist meines Erachtens keine abstimmungsfähige Vorlage. Deswegen wollen wir die Überweisung in den Ausschuss. Und dann werden wir sehen, ob wir da zu einer sachgerechten Debatte kommen. – Herr Rexrodt, wenn Sie nicht wissen, was ich rede, dann sollten Sie vielleicht zuhören.

(D)

[Beifall bei der PDS]

Es geht darum, dass wir über drei Anträge abzustimmen haben. Bei einem besteht Einigkeit. Da haben wir Sofortabstimmung. Bei zwei Anträgen haben wir Diskussionsbedarf, und darüber wollen wir im Ausschuss diskutieren.

[Dr. Lindner (FDP): Sie wollen es im Ausschuss begraben!]

Deswegen beantragen wir die Überweisung und keine Sofortabstimmung.

[Zurufe: Redezeit!]

Vizepräsidentin Michels: Wir wollen doch zu so später Stunde die Würde des Hauses noch wahren.

[Dr. Rexrodt (FDP): Mit so einem Beitrag!]

Wir kontrollieren hier sehr genau die Redezeit, und es war sogar eine Minute weniger, als der Abgeordnete zur Verfügung hat. Also gar kein Grund, sich aufzuregen. Wir sind jetzt gespannt auf den nächsten Redebeitrag. Zum zweiten Mal hat jetzt das Wort von der Fraktion der FDP der Kollege Ritzmann. – Bitte schön!

Ritzmann (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt 12 Uhr nachts. Um 12 Uhr nachts diskutieren wir ein Thema, das – glaube ich – die Menschen in dieser Stadt sehr interessiert,

[Beifall bei der FDP und der CDU]

bei dem sie gern gehört hätten, was hier gesprochen wird.

Ritzmann

- (A) Es gab einen Antrag, diesen Tagesordnungspunkt vor die Wahl der Senatoren zu stellen. Die Koalition hat dies abgelehnt. Aufgrund der Beiträge, die jetzt geleistet wurden, kann man sich auch vorstellen, warum.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Ich weiß nicht, wie die Wahl der Senatoren ausgegangen wäre, wenn wir diese Debatte im Vorfeld gehabt hätten.

Aber: Die Koalition steht. Sie steht bis sie fällt.

[Heiterkeit bei der CDU]

Herr Cramer hat aus meiner, ich glaube auch aus unserer Sicht Wichtiges gesagt. Deswegen möchte ich diesen Teil weglassen und mich auf die Gegenwart der PDS konzentrieren, den Aspekt etwas erweitern.

Die PDS als Organisation, als Partei, die mit der PKK, mit terroristischen Organisationen, die ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen wollen, kooperiert,

[Oh! von der PDS]

die mit Autonomen zusammenarbeitet, sie beherbergt, sie in ihren Publikationen anpreist – relevante Gliederungen: marxistischen Forum, kommunistische Plattform –, stehen der DDR weiterhin nahe, wollen einen Staat, der an ihr orientiert ist, und machen den Kapitalismus für alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verfehlungen und Verwerfungen verantwortlich.

[Doering (PDS): Ist das jetzt ein Antrag?]

Enteignungen, Vergesellschaftungen, das haben wir alles schon gehört. Relevante Teile Ihrer Partei wolle diese freiheitliche Demokratie überwinden.

[Unruhe – Beifall bei der FDP und der CDU]

- (B) Dass ich oder die FDP mit dieser Meinung nicht allein stehen, führt zum Beispiel dazu, dass Ihre Partei auf Bundesebene vom Verfassungsschutz überwacht wird. Ich glaube, der zuständige Minister ist ein Mitglied der SPD. In Berlin ist es so, wenn ich mich nicht irre, dass ein Teil Ihrer Partei vom Verfassungsschutz überwacht wird. Hierfür ist das Mitglied der SPD Herr Körting zuständig, wenn ich mich nicht irre. Neben der Stasiüberprüfung brauchen wir eine sehr starke Sicherheitsüberprüfung bei der Einsetzung dieses Senats, wo auch bei dem Hintergrund, den die einzelnen Senatoren hier mitbringen, genau geschaut wird, was hier eigentlich passiert.

[Vereinzelter Beifall bei der FDP und der CDU]

Der Ehrenrat für die Abgeordneten ist eine sehr sinnvolle Institution, die von uns unterstützt wird. Wir haben den Antrag mit eingebracht. Der Antrag der Grünen, der weitergeht – das haben wir auch gehört –, dem stimmen wir zu, was die Veröffentlichung angeht, den unterstützen wir, den möchten wir auch heute abgestimmt haben. Es haben ja auch zwei Senatoren der PDS der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse bereits zugestimmt, zumindest hier im Plenum. Die Zustimmung ist die Voraussetzung. Nur kann ich dann nicht verstehen, warum Sie das hier dann nicht beschließen wollen. Wenn Ihre Senatoren dem bereits zugestimmt haben, kann ich nicht verstehen, warum das nicht geschehen kann.

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Michels: Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Braun von der CDU?

Ritzmann (FDP): Natürlich!

Braun (CDU): Herr Kollege Ritzmann! Ist Ihnen eigentlich aus irgend einem anderen Bundesland bekannt, dass ein Koalitionspartner den anderen durch den Verfassungsschutz überprüfen lässt?

[Zuruf: Jetzt müssen Sie Nein sagen!]

Ritzmann (FDP): Berlin ist in einer schwierigen Situation, (C)

[Beifall bei der PDS]

und das Perverseste, was wir vorzuliegen haben, ist, dass ein Regierungspartner vom anderen überwacht wird, ob er nicht vorhat, die freiheitliche Demokratie zu überwinden und einen Sozialismus zu installieren. Das ist schräg. Das ist nicht gut für Berlin, aber dazu ist bereits alles gesagt.

Die Anträge stellen sicher, dass von Seiten der Behörden untersucht wird. Wir werden sehen, wie weit der Regierende Bürgermeister, natürlich nicht als der Dienstherr, darauf hinwirken wird, seinen Pflichten nachkommen wird, dass auch die Staatssekretäre überprüft werden.

Die FDP wird allerdings auch gemeinsam mit der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen, dass weder SED-/Stasi-Kader noch sonstige linksextreme Mitglieder oder Sympathisanten, die dieses System überwinden wollen, hier in Berlin an relevante Schaltstellen kommen.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Weitere Wortmeldungen, wurde mir signalisiert, liegen nicht vor.

Ich lasse also zunächst über den Antrag der fünf Fraktionen zur Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates, Drucksache 15/99, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir diesen Antrag einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zu den Anträgen in der Drucksache 15/87 von der Fraktion der Grünen und den Antrag in der Drucksache 15/89 von der Fraktion der CDU. Hier wurde ursprünglich jeweils um die Sofortabstimmung gebeten. Ich höre inzwischen, dass auch die Fraktion der Grünen bei ihrem Antrag einer Ausschussüberweisung zustimmen würde. Aber inzwischen liegt ohnehin ein Antrag der Koalitionsfraktionen über eine Ausschussüberweisung vor. (D)

Somit lasse ich über die Ausschussüberweisung zuerst abstimmen. Wer diese beiden Anträge an die Ausschüsse überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dies so beschlossen. Wir haben diese beiden Anträge an die Ausschüsse überwiesen.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 11, Drucksache 15/91:

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden

in Verbindung mit

Drucksache 15/100:

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden

Da hier zu dem ursprünglichen Antrag inzwischen ein parteiübergreifender Fünf-Fraktionen-Antrag vorliegt, ist der Antrag Drucksache 15/91 somit zurückgezogen. Diese formelle Mitteilung war noch nötig.

Vizepräsidentin Michels

- (A) Als Vier-Fraktionen-Antrag gab es noch einen Beratungsvorbehalt. Mir wurde inzwischen signalisiert, dass nunmehr auf eine Beratung verzichtet wurde. Ich höre, hier widerspricht niemand. Somit kommen wir sofort zur Abstimmung. Die fünf Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Antrag zur möglichen Überarbeitung an den Hauptausschuss überwiesen werden soll. Wer also die Drucksache 15/100 an den Hauptausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir dies so beschlossen.

Lfd. Nr. 11 A, Drucksache 15/98:**Antrag der Fraktion der Grünen über „Hochschulverträge einhalten – Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin“**

in Verbindung mit

Drucksache 15/102:**Antrag der Fraktion der CDU über uneingeschränkten Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin statt Herabstufung zu einem Regionaln Krankenhaus**

Hier wurde mir signalisiert, dass fraktionsübergreifend geklärt worden sei, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. Ich sehe, hierzu ergibt sich kein Widerspruch.

Wir kommen zur

Lfd. Nr. 11 B, Drucksache 15/101:**Antrag der Fraktion der PDS und der Fraktion der SPD über Einsetzung von weiteren Ausschüssen**

- (B) Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor, und zwar die Drucksache 15/101-1, und ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen, Drucksache 15/101-2.

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Wird noch eine Beratung gewünscht? – Mir wurde signalisiert, es lägen keine Wortmeldungen vor.

[Zuruf]

– Für die Fraktion der Grünen hat der Abgeordnete Mutlu das Wort. – Bitte schön!

[Zurufe von der CDU]

Mutlu (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es überrascht mich, dass keiner zu der Einsetzung der Ausschüsse sprechen will, obwohl auch von der CDU-Fraktion ein Änderungsantrag vorliegt. Wir sind der Meinung, dass im Grunde die Einsetzung der Ausschüsse, wie sie hier vorgeschlagen sind, annehmbar ist. Allerdings sind wir nach genauerem Hinsehen der Meinung, dass dort etwas fehlt. Zum einen geht es um den Ausschuss Wirtschaft und Arbeit, zum anderen um den Ausschuss Frauen und Gleichstellungspolitik als eigenständigen Ausschuss und einen Ausschuss, der für uns ganz wichtig ist, nämlich den Ausschuss für Migrations- und Integrationspolitik.

Zu diesen beiden letztgenannten Ausschüssen im Einzelnen: Die Parteien und insbesondere die Spitzenkandidatinnen der SPD und PDS haben im Vorfeld der Wahlen öffentlich immer wieder erklärt, im Falle einer Regierungsbeteiligung die Chancen zu nutzen, um Gleichstellungspolitik und Gender-Mainstreaming politische Realität werden zu lassen. Die bisherige Umsetzung stellt sich aber wie folgt dar: Die entscheidenden Verhandlungen für die rot-rote Koalition haben unter Ausschluss von Frauen stattgefunden, und nun wurde auch noch das Amt der Frauen senatorin mit einem Mann besetzt.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

(C) Zur Erinnerung: Das Frauenressort wurde einmal geschaffen, um Diskriminierung abzubauen und mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Dass dies noch lange nicht erreicht ist, beweist die Besetzung des neuen Senats. Im Übergangssenat saßen vier Frauen, jetzt sind es nur noch zwei. Das ist ein Rückschritt, den wir ablehnen. Damit Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht zur absoluten Bedeutungslosigkeit degradiert wird – noch mehr, als es bereits in der großen Koalition der Fall war –, sind wir für die Einsetzung eines **eigenständigen Ausschusses für Frauen und Gleichstellung**. Das war auch die Forderung der PDS vor den Wahlen. Nun glaubt die PDS scheinbar, mit Gregor Gysi einen so guten Frauensensor gefunden zu haben, dass sie auf einen solchen Ausschuss verzichten kann. Wir sind da anderer Meinung und sagen: Die PDS irrt sich in dieser Entscheidung gewaltig.

Zu dem anderen Ausschuss, den wir fordern – dem **Ausschuss für Migrations- und Integrationspolitik** –, möchte ich auch zwei Sätze sagen: 1997 wurde dieser Ausschuss, der damals noch Ausländerausschuss hieß, von der SPD aus Koalitionsrason geopfert. Die CDU war damals der Meinung, dass dieser Ausschuss überflüssig sei. Heute müssen wir feststellen, dass sich PDS und SPD leider dieser Meinung der CDU angeschlossen haben – mit dem Argument, dies sei eine Querschnittsaufgabe, die sich in allen Ausschüssen wiederfinden müsse. Ich bin da anderer Meinung. Vor nicht allzu langer Zeit gab es im Bundestag die Debatte über ein neues Zuwanderungsgesetz, und inzwischen hat auch die CSU akzeptiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Wir wissen, dass mit diesem neuen Zuwanderungsgesetz viele Aufgaben auf die Hauptstadt bzw. uns zukommen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass ein derartiger Ausschuss diese gewaltige Integrationsaufgabe, die der Stadt bevorsteht, auch besser lösen helfen kann und dass diese Frage dort besser aufgehoben ist.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Aus diesem Grund möchte ich auch noch zu dieser späten Stunde an Ihre Vernunft appellieren. Insbesondere die Koalitionsfraktionen sollten diesen Schritt noch einmal überdenken und der Einsetzung dieser drei Ausschüsse zustimmen.

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Michels: Mir wurde signalisiert, dass auf weitere Wortmeldungen verzichtet wird. Wir kommen also sofort zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 15/101-1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dies mit großer Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 15/101-2 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der PDS und der Fraktion der SPD über Einsetzung von weiteren Ausschüssen mit der Drucksachenummer 15/101 abstimmen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dies mit großer Mehrheit so beschlossen. Alle Fachausschüsse der 15. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses sind damit eingesetzt.

Ich rufe auf

Lfd. Nr. 12, Drucksache 15/66:**Vorlage – zur Beschlussfassung – über Entlastung wegen der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofs von Berlin im Haushaltsjahr 2000**

Eine Beratung hierzu ist nicht vorgesehen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Hauptausschuss. Darüber lasse ich nun abstimmen. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte

Vizepräsidentin Michels

(A) ich um das Handzeichen. – Danke schön! Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit haben wir diese Vorlage so einstimmig überwiesen. (C)

[Dr. Rexrodt (FDP): Nein, wir haben uns enthalten!]

Der Abgeordnete Goetze hat das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 65 unserer Geschäftsordnung erbeten. – Bitte schön, Sie haben jetzt dazu Gelegenheit! Sie haben das Wort!

Goetze (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf einen Vorgang zurückkommen, der bei der Wahl des Senats von Bedeutung war.

Ich erkläre hier, dass ich nicht beabsichtigt habe, den **Kollegen Wolf** des **Wahlbetruges** zu bezichtigen. Vielmehr habe ich zu einem Zeitpunkt, als nur bekannt war, dass ein amtierender Beisitzer beobachtet haben soll, dass ein Abgeordneter zwei Stimmzettel eingeworfen habe, und deswegen die Wahl wiederholt werden sollte, diesen Vorgang bewerten wollen. Es war mir nicht bekannt, dass der betroffene Abgeordnete diesem Vorwurf widersprechen würde. – Ich möchte dazu einwerfen, dass das Wortprotokoll belegt, dass der Vorwurf mehrfach als Tatsache hier im Raume vom Präsidenten festgestellt wurde. – Ferner war mir nicht bekannt, dass der Kollege Wolf von diesem Vorwurf betroffen war.

Nur die zu diesem Zeitpunkt bekannten Tatsachen wollte ich bewerten. Einen Schuldvorwurf gegen Herrn Wolf wollte ich nicht erheben und habe ich mit meinem Beitrag auch nicht erheben oder erheben können, wie ich eben schon dargestellt habe. – Vielen Dank!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

(B) **Vizepräsidentin Michels:** Danke schön! – Meine Damen und Herren! Sie werden es nicht glauben, aber damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 31. Januar 2002 um 13 Uhr wie immer in dieser Saale statt. Ich wünsche allen eine angenehme Nacht, einen guten Nachhauseweg und viel Erfolg für die weiteren Tage. – Die Sitzung ist geschlossen. (D)

[Schluss der Sitzung:
Freitag, 18. Januar 2002, 00.18 Uhr]

(A) Anlage 1

(C)

Liste der Dringlichkeiten

nach Anerkennung
der Dringlichkeit
zu behandeln

-
1. Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Januar 2002 zum Antrag der Fraktion der CDU auf Annahme einer Entschließung über Demokratie erhalten – Haushaltshoheit des Parlaments muss unverzüglich hergestellt werden
– Drs 15/97 – als TOP 6 A

 2. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates
– Drs 15/99 – i. V. m. TOP 10

 3. Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der PDS, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Grünen über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Vorgänge bei der Bankgesellschaft AG, der Landesbank Berlin und des Umgangs mit Parteispenden
– Drs 15/100 – i. V. m. TOP 11

 4. a) Antrag der Fraktion der Grünen über „Hochschulverträge einhalten – Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin“
– Drs 15/98 –
b) Antrag der Fraktion der CDU über uneingeschränkten Erhalt des Universitätsklinikums Benjamin Franklin statt Herabstufung zu einem Regionalkrankenhaus
– Drs 15/102 – } als TOP 11 A

 5. Antrag der Fraktion der PDS und der Fraktion der SPD über Einsetzung von weiteren Ausschüssen
– Drs 15/101 – als TOP 11 B

(B)

(D)

(A) Anlage 2

(C)

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und der Bürgermeister und der weiteren Mitglieder des Senats

I.

Gemäß Artikel 56 Abs. 1 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 75 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt worden:

Klaus Wowereit.

II.

Gemäß Artikel 56 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 75 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin sind gewählt worden:

zur Bürgermeisterin und Senatorin für die Senatsverwaltung für Justiz
Karin Schubert

zum Bürgermeister und Senator für die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen

(B) Dr. Gregor Gysi

zum Senator für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
Klaus Böger

zum Senator für die Senatsverwaltung für Finanzen
Dr. Thilo Sarrazin

zur Senatorin für die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Dr. Heidi Knake-Werner

zum Senator für die Senatsverwaltung für Inneres
Dr. Ehrhart Körting

zum Senator für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
Peter Strieder

zum Senator für die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Thomas Flierl

Wahl von zwei Abgeordneten und deren Vertretern zu Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung Berliner Philharmoniker

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Stiftung Berliner Philharmoniker vom 12. Juli 2001 sind für die Dauer von vier Jahren gewählt worden:

zu Mitgliedern:

Abg. Torsten Hilse
Frau Abg. Monika Grütters

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Frau Abg. Brigitte Lange
Abg. Dr. Wolfgang Jungnickel

Wahl von vier Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Freien Universität

Gemäß § 68 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz) in der Fassung vom 17. November 1999 (GVBl. S. 630), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2001 (GVBl. S. 534), wurden für die Dauer der 15. Wahlperiode gewählt:

zu Mitgliedern:

Frau Abg. Dilek Kolat
Abg. Jürgen Radebold
Abg. Peter Kurth
Frau Abg. Ingeborg Simon

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Frau Abg. Dr. Annette Fugmann-Heesing
Frau Abg. Iris Spranger
Abg. Karl-Georg Wellmann
Abg. Benjamin-Immanuel Hoff

(D)

Wahl von fünf Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Finanz- und Wirtschaftskommission der Humboldt-Universität zu Berlin

Gemäß § 68 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz) in der Fassung vom 17. November 1999 (GVBl. S. 630), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2001 (GVBl. S. 534), wurden für die Dauer der 15. Wahlperiode gewählt:

zu Mitgliedern:

Abg. Christian Gaebler
Abg. Andreas Pape
Abg. Mario Czaja
Frau Abg. Lisa Paus
Abg. Benjamin-Immanuel Hoff

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Frau Abg. Jutta Leder
Frau Abg. Iris Spranger
Abg. Andreas Apelt
Frau Abg. Elfi Jantzen
Frau Abg. Ingeborg Simon

(A) Wahl von drei Abgeordneten sowie deren Stellvertretern zu Mitgliedern der Gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftskommission mit Entscheidungsbefugnis für die Universitätsklinik in Berlin

Gemäß § 68 a Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz) in der Fassung vom 17. November 1999 (GVBl. S. 630), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Oktober 2001 (GVBl. S. 534), wurden für die Dauer der 15. Wahlperiode gewählt:

zu Mitgliedern:

Abg. Christian Gaebler
Abg. Mario Czaja
Abg. Benjamin-Immanuel Hoff

zu stellvertretenden Mitgliedern:

Abg. Jürgen Radebold
Abg. Karl-Georg Wellmann
Frau Abg. Ingeborg Simon

Zügige Vorlage eines Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2002

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich den Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2002 abschließend zu erarbeiten und diesen dem Abgeordnetenhaus zur Beratung vorzulegen.

(B)

Einsetzung eines parlamentarischen Ehrenrates

1. Es wird ein parlamentarischer Ehrenrat des Abgeordnetenhauses eingesetzt, der das Verfahren zur Überprüfung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik durchführt.

2. Der Ehrenrat besteht aus der Präsidentin/dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses als Vorsitzende(m), ihren/seinen Vizepräsidenten und je einer/m Vorsitzenden jeder Fraktion. In begründeten Ausnahmefällen können für die Fraktionsvorsitzenden Stellvertreter benannt werden.

Die Überprüfung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses ist nichtöffentlich durchzuführen. Die Mitglieder des Ehrenrates sind über den Abschluss des Verfahrens hinaus und auch nach dem Ausscheiden aus dem Abgeordnetenhaus oder aus dem Ehrenrat zur Verschwiegenheit über schutzwürdige persönliche Daten der überprüften Mitglieder des Abgeordnetenhauses verpflichtet. Auf Antrag der/des betroffenen Abgeordneten findet das Verfahren in öffentlicher Sitzung statt, wenn nicht Rechte Dritter verletzt werden. Die Protokolle über die Sitzungen und die sonstigen Unterlagen des Ehrenrates dürfen nur seinen Mitgliedern und den von der Präsidentin/vom Präsidenten besonders bezeichneten Bediensteten zugänglich gemacht werden.

Der Ehrenrat trifft seine Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit.

3. Die Überprüfung erfolgt, wenn ein Mitglied des Abgeordnetenhauses sie schriftlich für sich beantragt oder schriftlich in sie einwilligt. Nach Eingang des Antrages oder der Einwilligung bittet die Präsidentin/der Präsident des Abgeordnetenhauses die/den Bundesbeauftragte/n für die Unterlagen des Staats-

sicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragte/r) um die Beantwortung folgender Frage: **(C)**

„Liegen Ihrer Behörde Erkenntnisse über eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung der betreffenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit vor?“

Die/der Bundesbeauftragte wird gebeten, seine Erkenntnisse dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitzuteilen. Dabei soll die/der Bundesbeauftragte alle ihm verfügbaren Informationen beiziehen.

Die Präsidentin/der Präsident des Abgeordnetenhauses erklärt gegenüber dem Bundesbeauftragten, dass die Daten ausschließlich zum Zwecke der Überprüfung im Sinne dieses Beschlusses verwendet werden.

Vorab sind die Mitglieder des Ehrenrates in gleicher Weise zu überprüfen. Nach Abschluss dieser Überprüfung beginnt der Ehrenrat seine Tätigkeit.

4. Hauptamtliche Mitarbeiter sind Personen, die in einem offiziellen Arbeitsverhältnis des Staatssicherheitsdienstes gestanden haben, und Offiziere des Staatssicherheitsdienstes im besonderen Einsatz. Als hauptamtliche Mitarbeiter gelten auch Personen, die gegenüber Personen nach Satz 1 hinsichtlich derer Tätigkeit für den Sicherheitsdienst weisungsbefugt waren.

Inoffizielle Mitarbeiter sind Personen, die

- a) sich zu Lieferung von personengebundenen Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereit erklärt oder
- b) bewusst und gewollt mit ihm zusammengearbeitet haben.

Eine solche Zusammenarbeit liegt insbesondere dann vor, wenn die betroffene Person Geld oder andere Vorteile für ihre Tätigkeit erhalten hat.

5. Die Präsidentin/der Präsident des Abgeordnetenhauses teilt zunächst dem Mitglied des Abgeordnetenhauses sowie den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden die von der/dem Bundesbeauftragten übermittelten Ergebnisse der Anfrage unverzüglich schriftlich mit. **(D)**

6. Das betroffene Mitglied des Abgeordnetenhauses erhält Gelegenheit, die Akten einzusehen, Gegendarstellung geltend zu machen und gegebenenfalls eine nochmalige Überprüfung zu beantragen. Es kann sich einer Vertrauensperson bedienen.

7. Nach Ablauf von acht Wochen nach Erhalt des ersten Prüfungsergebnisses übergibt die Präsidentin/der Präsident des Abgeordnetenhauses die Ergebnisse der ersten und gegebenenfalls der nochmaligen Überprüfung den Mitgliedern des Ehrenrates. Der Ehrenrat nimmt die Bewertung der Erkenntnisse vor, die sich aus den Mitteilungen der/des Bundesbeauftragten und aus sonstigen dem Ehrenrat zugeleiteten oder von ihm beigezogenen Unterlagen sowie gegebenenfalls aus den Äußerungen des überprüften Mitglieds des Abgeordnetenhauses ergeben. Vor Abschluss der Bewertung sind die Erkenntnisse, die sich aus den vorliegenden Unterlagen und den Äußerungen des betroffenen Mitglieds ergeben, mit ihm zu erörtern. Nach Abschluss der Bewertung gibt der Ehrenrat eine auf jeden Einzelfall bezogene Empfehlung an das Mitglied des Abgeordnetenhauses und seinen jeweiligen Fraktionsvorsitzenden ab.

Eine Aufforderung zur Mandatsniederlegung darf nur erfolgen, wenn die/der Betroffene ein Verbrechen begangen oder gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Das weitere Verfahren bleibt den Fraktionen anheim gestellt.

Ergeben sich nach dem Abschluss der Bewertung der Erkenntnisse keine tatsächengestützten Anhaltspunkte, dass das Mitglied des Abgeordnetenhauses hauptamtlich oder inoffiziell für das MfS/AfNS tätig gewesen ist oder politische Verantwortung getragen hat, oder bewertete der Ehrenrat einen Sachverhalt als unbedenklich, wird dieses Ergebnis dem Mitglied des Abgeordnetenhauses und seinem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt.

- (A) 9. Teilt die/der Bundesbeauftragte mit, dass das Mitglied des Abgeordnetenhauses hauptamtlich oder inoffiziell für das MfS/ AfNS tätig gewesen ist oder politische Verantwortung getragen hat, oder ergibt die Prüfung der vorliegenden Unterlagen einen entsprechenden Nachweis für eine solche Tätigkeit und bewertet der Ehrenrat diesen Sachverhalt als nicht unbedenklich, wird dieses Ergebnis nebst einer Empfehlung dem Mitglied des Abgeordnetenhauses und seinem jeweiligen Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt. Diese Entscheidung des Ehrenrates wird durch die Präsidentin/den Präsidenten des Abgeordnetenhauses dem Abgeordnetenhaus begründet. Auf Verlangen ist dem Mitglied des Abgeordnetenhauses die Möglichkeit zu einer anschließenden Erklärung in angemessenem Umfang zu geben.

Einsetzung von weiteren Ausschüssen

I.

Gemäß Artikel 44 Absätze 1 und 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 und § 20 a der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin werden zusätzlich zu den bereits eingesetzten Ausschüssen folgende Ausschüsse eingesetzt:

1. Ausschuss für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (ArbBFrau)
2. Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr (BauWohnV)
3. Ausschuss Berlin-Brandenburg (BerlBra)
4. Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medienpolitik (EuroBundMedien)
- (B) 5. Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Migration und Verbraucherschutz (GesSozMiVer)
6. Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport (JugFamSchulSport)
7. Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten (Kult)
8. Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz (StadtUm)
9. Ausschuss für Verfassungsschutz (VerfSch)
10. Ausschuss für Verwaltungsreform und Kommunikations- und Informationstechnik (VerwRefKIT)
11. Ausschuss für Wirtschaft, Betriebe und Technologie (WiBetrTech)
12. Ausschuss für Wissenschaft und Forschung (WissForsch)

II.

Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird die Anzahl der Mitglieder für folgende Ausschüsse auf 9 festgelegt:

- Ausschuss Berlin-Brandenburg
- Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medienpolitik
- Ausschuss für Verfassungsschutz
- Ausschuss für Verwaltungsreform und Kommunikations- und Informationstechnik
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung.

Die Anzahl der Mitglieder der übrigen oben genannten ständigen Ausschüsse wird auf 19 festgelegt.

Die Verteilung der Mitglieder auf die Fraktionen der SPD, der CDU, der PDS, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen erfolgt

- in den Ausschüssen mit 9 Mitgliedern im Verhältnis 3 : 2 : 2 : 1 : 1
- in den Ausschüssen mit 19 Mitgliedern im Verhältnis 6 : 5 : 4 : 2 : 2.

III.

Der bereits mit Beschluss vom 29. November 2001 eingesetzte Hauptausschuss wird aufgefordert, folgende Unterausschüsse zu bilden:

- Stellenwirtschaft
- Haushaltskontrolle
- Vermögensverwaltung und Beteiligungen
- Theater.

Der Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr wird aufgefordert einen Unterausschuss Bebauungspläne, und der Ausschuss für Jugend, Familie, Schule und Sport, einen Unterausschuss Sport zu bilden.

Der bereits mit Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 13. Dezember 2001 eingesetzte Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung wird aufgefordert, einen Unterausschuss Datenschutz zu bilden.

Die Größe der Unterausschüsse soll auf 9 Mitglieder festgelegt werden, die im Verhältnis 3 : 2 : 2 : 1 : 1 auf die Fraktionen verteilt werden.

IV.

Gemäß Artikel 44 Absatz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin benennen die Fraktionen die auf sie entfallenden Mitglieder der Ausschüsse. Die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz werden gemäß Artikel 46 a der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 a der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin auf Vorschlag der Fraktionen vom Abgeordnetenhaus gewählt.